

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik, Ausgabe 04 | 2017



Die Themen

Einbürgerungen

Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt

25 Jahre Krankenhausstatistik

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe

Zeichenerklärung

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden oder keine Veränderung
- / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
- ... Angabe fällt später an
- x Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtigtes Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- ≙ entspricht

Auf- und Abrunden

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100 % abweichen. Eine Abstimmung auf 100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.

Impressum

Bayern in Zahlen
Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 148. (71.)

Bestell-Nr. Z10001 201704
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb
Bayerisches Landesamt für Statistik
Nürnberger Straße 95
90762 Fürth

Bildnachweis
Titel: © Robert Kneschke, fotolia.com
Innen: Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt)

Papier
Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier,
chlorfrei gebleicht.

Preise
Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
zuzüglich Versandkosten
Datei kostenlos

Vertrieb
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205, 0911 98208-6270
Telefax 089 2119-3457

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-13580

© **Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth 2017**
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Bevölkerungsstatistik ist die Wurzel der amtlichen Statistik. Für den Staat, gleich welcher Regierungsform, war es immer schon wichtig zu wissen, wer in seinen Grenzen lebt und wie sich seine Bevölkerung zusammensetzt. Es verwundert also nicht, dass Volkszählungen schon aus der Antike überliefert sind. Auch für die moderne amtliche Statistik ist die Erfassung und Analyse demographischer Daten ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit. Der modernen Gesellschaft Rechnung tragend, ist sie jedoch erheblich komplexer und vielschichtiger geworden. Natürlich interessiert auch heute noch die absolute Einwohnerzahl einer Gebietseinheit, hat sie doch vielfältige Folgen in politischer, rechtlicher und finanzieller Hinsicht. Und doch muss moderne Bevölkerungsstatistik mehr leisten: Erkenntnisse zur demographischen Struktur, zum Migrationshintergrund oder zur „Zukunftsfestigkeit“ sollen aus ihr gewonnen werden. Außerdem dient die Bevölkerungsstatistik auch als Grundlage für andere Fachstatistiken, um deren Ergebnisse in Relation setzen und damit vergleich- und bewertbar machen zu können.

Seit Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2000 sind detaillierte Aussagen zu den verschiedenen Rechtsgründen der Einbürgerung möglich. Wir stellen Ihnen in diesem Monat Ergebnisse und Analysen der Statistik der Einbürgerungen des Jahres 2015 vor. Wie viele Menschen wurden in Bayern eingebürgert, wie ist ihre demographische Struktur, welche Staatsangehörigkeiten hatten sie vorher und wie lange lebten sie schon bei uns?

Wanderungsstatistiken waren in den vergangenen Jahren aufgrund der Flüchtlingsbewegungen häufig Gegenstand des öffentlichen Interesses. Deutschland und Bayern erleben derzeit eine Phase großer Migrationsbewegungen. Die Auswirkungen dieser Migration auf den Arbeitsmarkt beleuchtet ein weiterer Beitrag unseres Monatsheftes. Sind die 29 290 Betten, die für die stationäre Vorsorge oder Rehabilitation 2015 in Bayern zur Verfügung standen, eigentlich viel? Und wie steht es um die Behandlungsfälle im Krankenhaus? An der Krankenhausstatistik einschließlich der Statistik für die Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen wird deutlich, dass eine absolute Zahl oftmals wenig aussagt. Ihre Aussagekraft gewinnt sie erst, wenn sie in Relation zur Bevölkerungsgröße gesetzt wird. Analysen erfordern darüber hinaus auch zeitliche Vergleiche. Wir nehmen 25 Jahre Krankenhausstatistik zum Anlass, Ihnen einige Ergebnisse näher zu bringen.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Herzlichst



Dr. Göbl
Präsident



Statistik aktuell

202 [Kurzmitteilungen](#)

Beiträge aus der Statistik

214 [Einbürgerungen in Bayern 2015](#)

[Gastbeitrag](#)

218 [Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt](#)

230 [25 Jahre Krankenhausstatistik – Ergebnisse seit 1991 für die Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen](#)

239 [Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns im Jahr 2015](#)

Historische Beiträge aus der Statistik

243 [Die Einbürgerungen in Bayern von 1981 bis 1993](#)

Bayerischer Zahlenspiegel

249 [Tabellen](#)

258 [Graphiken](#)

Neuerscheinungen

3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen



Gesundheitswesen

2016 wieder weniger Schwangerschaftsabbrüche in Bayern

Im Jahr 2016 wurden insgesamt 11 483 Schwangerschaftsabbrüche bei Frauen mit einem Wohnsitz in Bayern durchgeführt. Das waren 2,9% weniger als im Vorjahr (2015: 11 821). Damit setzte sich der seit dem Jahr 2004 rückläufige Trend bei den Schwangerschaftsabbrüchen in Bayern weiter fort, dessen einzige Ausnahmen die Jahre 2011 und 2014 mit jeweils einem Anstieg darstellten.

70,0% der betroffenen Frauen waren zum Zeitpunkt des Schwangerschaftsabbruches zwischen 18 und 34 Jahre alt, damit blieb der Anteil dieser Altersgruppe gegenüber 2000 (71,8%) fast unverändert. 18,3% waren 35 bis 39 Jahre alt,

im Vergleich dazu waren es 2000 in dieser Altersgruppe 17,0%. In 8,9% der Fälle waren die Frauen 40 Jahre oder älter (2000: 6,9%). Bemerkenswert ist, dass 2016 der Anteil der unter 18-Jährigen mit 2,8% seit 2013 weiter gesunken ist.

Differenziert nach dem Familienstand, machten verheiratete Frauen im Jahr 2016 einen Anteil von 41,8% unter den Schwangerschaftsabbrüchen aus. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der verheirateten Frauen sogar 48,3%.

86,1% der Schwangerschaftsabbrüche führten die Ärzte in gynäkologischen Arztpraxen bzw. OP-Zentren ambulant durch. Im Jahr 2000

wurden mit 81,7% etwas weniger Abbrüche in gynäkologischen Praxen bzw. OP-Zentren vorgenommen. Nur 976 und damit 8,5% der Schwangerschaftsabbrüche fanden 2016 ambulant in Krankenhäusern statt (2000: 2 159 bzw. 13,0%). In 617 Fällen bzw. 5,4% der Schwangerschaftsabbrüche war der Eingriff im Jahr 2016 mit einem stationären Krankenhausaufenthalt verbunden (2000: 874 bzw. 5,3%).

Die meisten Schwangerschaftsabbrüche (69,6%) wurden mit der Absaugmethode (Vakuumaspiration) durchgeführt, bei 17,7% kamen medikamentöse Verfahren zum Einsatz.

Schwangerschaftsabbrüche von Frauen mit Wohnsitz in Bayern 2000 und 2004 bis 2016 nach Alter, Familienstand der Schwangeren sowie Ort des Eingriffs

Alter —— Familienstand —— Ort des Eingriffs	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Schwangerschaftsabbrüche insgesamt	16 603	16 155	14 294	13 593	13 364	12 736	12 054	11 696	12 325	12 040	11 886	12 102	11 821	11 483
davon nach Alter der Schwangeren														
unter 18 Jahre	715	918	820	669	674	600	540	476	464	432	482	395	351	321
18 bis 34 Jahre	11 919	11 182	9 825	9 386	9 312	8 873	8 566	8 354	8 785	8 571	8 399	8 524	8 254	8 039
35 bis 39 Jahre	2 827	2 852	2 486	2 395	2 290	2 118	1 932	1 835	1 993	1 943	1 999	2 113	2 175	2 105
40 oder mehr Jahre	1 142	1 203	1 163	1 143	1 088	1 145	1 016	1 031	1 083	1 094	1 006	1 070	1 041	1 018
davon nach Familienstand der Schwangeren														
ledig	7 298	7 859	6 959	6 602	6 794	6 511	6 169	6 017	6 354	6 390	6 395	6 356	6 174	6 043
verheiratet	8 020	7 240	6 405	6 027	5 616	5 228	4 965	4 795	5 144	4 833	4 799	4 952	4 909	4 805
verwitwet	98	75	60	55	38	55	40	51	40	47	36	37	45	30
geschieden	1 187	981	870	909	916	942	880	833	787	770	656	757	693	605
davon nach dem Ort des Eingriffs														
gynäkologische Praxis/OP-Zentrum	13 570	14 364	12 317	12 037	11 655	11 011	10 637	10 175	10 642	10 510	10 442	10 721	10 400	9 890
Krankenhaus (ambulant)	2 159	1 264	1 483	1 123	1 211	1 183	865	957	1 028	927	863	746	850	976
Krankenhaus (stationär)	874	527	494	433	498	542	552	564	655	603	581	635	571	617



Gewerbeanzeigen

Neugründungen in Bayern 2016

Insgesamt 90 479 Neugründungen und 78 528 vollständige Aufgaben wurden bei den Gewerbeämtern in Bayern im Jahr 2016 gemeldet. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Neugründungen damit um 4,5 % zurück. Die Zahl der wirtschaftlich bedeutenden Betriebsgründungen verringerte sich allerdings nur um 2,8 %. Bei den vollständigen Aufgaben war ein Rückgang um 5,4 % zu beobachten, bei den Betriebsaufgaben betrug der Rückgang 5,6 %.

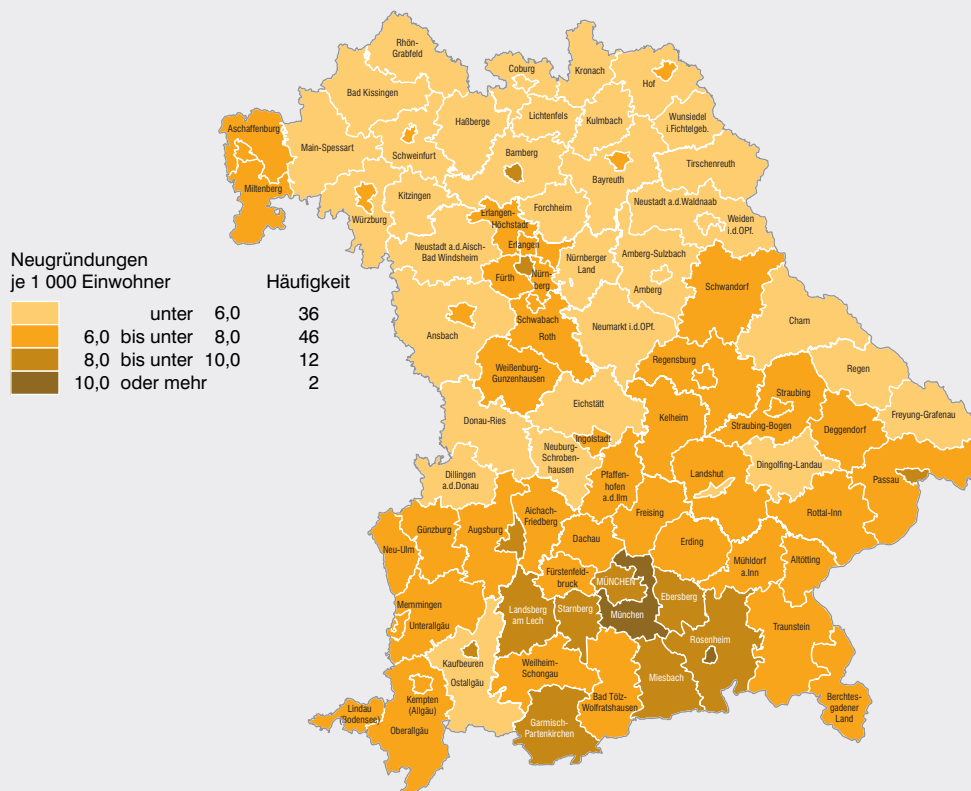
Der Gründungssaldo ist mit 11 951 mehr Neugründungen als vollständigen Aufgaben von Gewerben weiterhin positiv und somit ein Indikator für einen anwachsenden Unternehmensbestand in Bayern. Gegenüber dem Jahr 2015 stieg der Gründungssaldo wieder leicht an und erhöhte sich um 1,5 %.

Ebenso hat der Anteil der Gründerinnen an den Neugründungen von Einzelunternehmen im Vergleich zum Vorjahr leicht zugenommen.

Während im Jahr 2015 noch 27 874 und damit 37,5 % der Einzelunternehmen von Frauen gegründet wurden, wurden im Jahr 2016 38,0 % aller 70 906 Neugründungen von Einzelunternehmen von Frauen vorgenommen.

Das Bild der neu gegründeten Unternehmen in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns zeigt ein deutliches Süd-Nord-Gefälle. Im Jahr 2016 lag die kreisfreie Stadt Rosenheim mit 10,6 Neu-

Neugründungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns 2016 je 1 000 Einwohner Einwohnerzahl am 31. Dezember 2015



gründungen je 1 000 Einwohner an der Spitze der Kreise. Auf dem zweiten und dritten Platz folgten der Landkreis München und die kreisfreie Stadt Passau mit 10,5 und 9,6 Neugründungen je 1 000 Einwohner. Insgesamt zeigt das

Bild der neu gegründeten Unternehmen je 1 000 Einwohner, dass vor allem die großen Ballungsräume München und Nürnberg als Motoren einer hohen Gründungsdynamik wirken.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Gewerbeanzeigen in Bayern im September 2016“ (Bestellnummer: D1201C 201609, nur als Datei).*

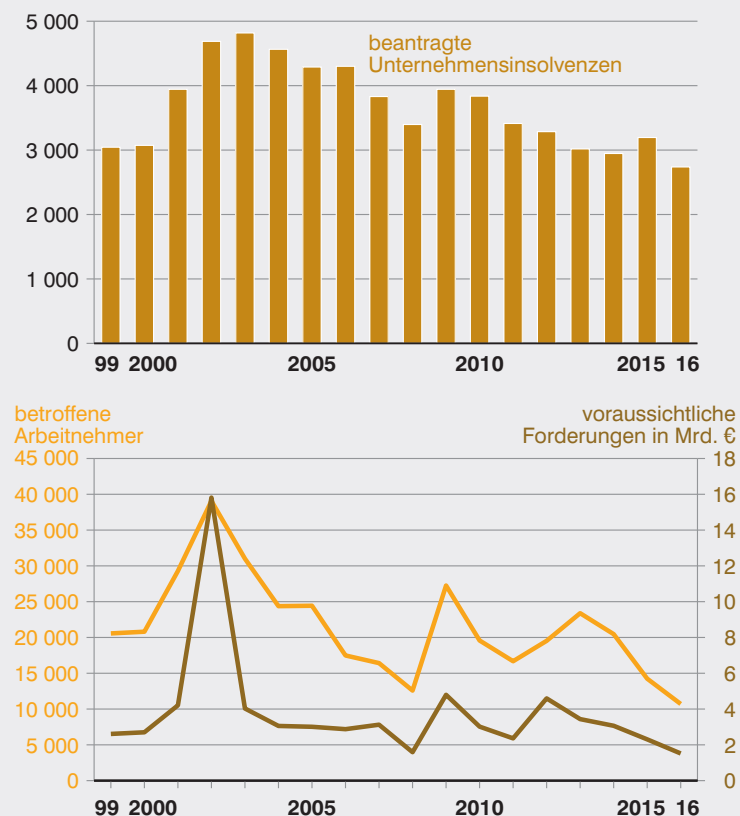


Insolvenzen

Historischer Tiefstand – Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Bayern auf dem niedrigsten Stand seit 1999

Insgesamt 13 925 Insolvenzverfahren wurden 2016 bei den bayrischen Amtsgerichten beantragt, darunter 2 738 Unternehmensinsolvenzverfahren und 7 852 Verbraucherinsolvenzverfahren. Die Anzahl der insgesamt gemeldeten Insolvenzverfahren ging im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 % zurück. Die Zahl der insolventen Unternehmen sank auf den tiefsten Stand, der jemals während der seit 1999 geltenden Insolvenzordnung beobachtet wurde. Dieser Rückgang spiegelt sich ebenso bei den voraussichtlichen Forderungshöhen und der Zahl der durch eine Unternehmensinsolvenz betroffenen Arbeitnehmer wider. Nur 1 518 Millionen Euro wurden als Forderungen angemeldet, gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 34%. Die Zahl der von einem Unternehmensinsolvenzverfahren betroffenen Arbeitnehmer ging nochmals um knapp 25 % zurück und lag im Jahr 2016 bei nur 10 711 Arbeitnehmern.

Beantragte Unternehmensinsolvenzverfahren, betroffene Arbeitnehmer und voraussichtliche Forderungen in Bayern seit 1999



Der kontinuierliche Rückgang der voraussichtlichen Forderungshöhen wurde in den letzten Jahren deutlich davon beeinflusst, dass der Anteil der voraussichtlichen Forderungshöhen in der Wirtschaftsabteilung „Verwaltung und

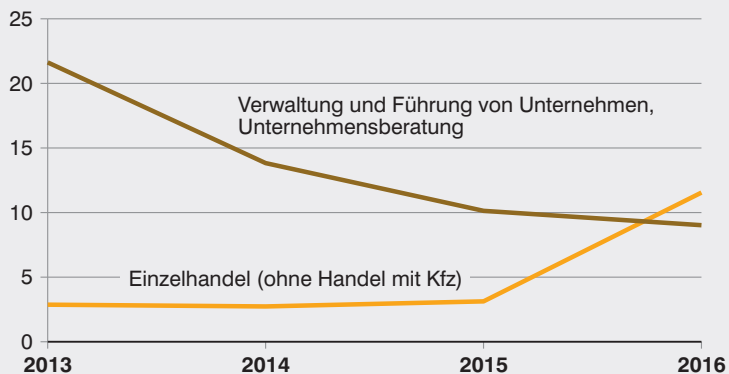
Führung von Unternehmen sowie Unternehmensberatung“ an der Gesamtsumme aller voraussichtlichen Forderungen zurückging und damit vor allem Unternehmensverbünde weniger Insolvenzen anmeldeten.

Die voraussichtlichen Forderungshöhen in der Wirtschaftsabteilung „Verwaltung und Führung von Unternehmen sowie Unternehmensberatung“ sanken zuletzt auf nur noch 137 Millionen Euro, ihr Anteil von noch über 20% an allen For-

derungshöhen im Jahr 2013 hatte sich damit binnen drei Jahren mehr als halbiert (2016 nur noch 9%). Im Jahr 2016 erhöhten sich nur die Forderungssummen in der Wirtschaftsabteilung „Einzelhandel (ohne Handel mit Kfz)“ deutlich und erreichten mit 175 Millionen Euro den höchsten Anteil (11,5%) an der bayernweiten Gesamtsumme der voraussichtlichen Forderungen von Unternehmensinsolvenzverfahren.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Insolvenzverfahren in Bayern im Jahr 2016“.*

Unternehmensinsolvenzverfahren – Anteil der voraussichtlichen Forderungen an deren Gesamtsumme in Bayern seit 2013 nach ausgewählten Wirtschaftsabteilungen in Prozent



Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Bayerische Industrie mit starkem Jahresauftakt im Januar 2017

Im Januar 2017 erzielte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“, ein Umsatzplus von 10,1 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Von den 25,6 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen 13,8 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (+8,9%) und darunter rund 5,3 Milliarden Euro auf Um-

sätze mit den Ländern der Eurozone (+12,8%). Die Anteile der Auslandsumsätze und der Umsätze mit den Eurozoneländern am Gesamtumsatz betrugen 53,9% bzw. 20,6%.

Die Nachfrage nach Gütern des Verarbeitenden Gewerbes stieg im Januar 2017 gegenüber dem Vorjahresmonat preisbereinigt um 5,8%. Die Bestelleingänge aus dem Inland stiegen um 8,4%, die aus dem Ausland um 4,4%.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende Januar 2017 mit 1,154 Millionen Beschäftigten um 1,5% über dem Vorjahresstand.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Januar 2017“ (Bestellnummer: E1101C 201701, nur als Datei) und „Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Januar 2017“ (Bestellnummer: E1300C 201701, nur als Datei).*



Wohnungswesen

74 598 Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern 2016

Nach endgültigen Ergebnissen der Baugenehmigungsstatistik wurden in Bayern im Jahr 2016 Baugenehmigungen (einschließlich Genehmigungsfreistellungen) für insgesamt 74 598 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden

erteilt. Im aktuellen Berichtsjahr wurden damit ein Fünftel (+20,0% bzw. +12 441) mehr Wohnungen von den bayerischen Bauaufsichtsbehörden zum Bau freigegeben als 2015 und fast so viele wie 1999 (insgesamt 74 777 Wohnungen).

Die meisten dieser Wohnungen sind in neuen Wohngebäuden geplant (64 966 bzw. 87,1 %; +22,7% gegenüber 2015), darunter 33 293 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (+30,1%) sowie zusammen 25 655 Wohnungen in Einfamilien-

Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern 2015 und 2016

Bezeichnung	Wohnungsbaugenehmigungen ¹ in Bayern			
	2015	2016	Veränderung 2016 gegenüber 2015	
			Anzahl	%
Nach Gebäudearten				
Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt	60 817	73 094	12 277	20,2
davon				
in neuen Wohngebäuden zusammen	52 945	64 966	12 021	22,7
davon				
in Wohngebäuden mit 1 Wohnung	20 081	20 431	350	1,7
in Wohngebäuden mit 2 Wohnungen	4 262	5 224	962	22,6
in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen	25 582	33 293	7 711	30,1
in Wohnheimen	3 020	6 018	2 998	99,3
durch Baumaßnahmen				
an bestehenden Wohngebäuden	7 872	8 128	256	3,3
Wohnungen in Nichtwohngebäuden insgesamt	1 340	1 504	164	12,2
davon				
in neuen Nichtwohngebäuden	1 166	1 203	37	3,2
durch Baumaßnahmen				
an bestehenden Nichtwohngebäuden	174	301	127	73,0
Insgesamt	62 157	74 598	12 441	20,0
Nach Regierungsbezirken				
Oberbayern	25 118	29 771	4 653	18,5
Niederbayern	6 427	7 865	1 438	22,4
Oberpfalz	5 546	6 504	958	17,3
Oberfranken	3 143	4 270	1 127	35,9
Mittelfranken	7 977	9 100	1 123	14,1
Unterfranken	4 641	5 945	1 304	28,1
Schwaben	9 305	11 143	1 838	19,8
Bayern	62 157	74 598	12 441	20,0
Kreisfreie Städte	21 287	26 489	5 202	24,4
darunter Großstädte ²	16 316	21 033	4 717	28,9
Landkreise	40 870	48 109	7 239	17,7

1 Einschließlich Genehmigungsfreistellungen.

2 München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt, Würzburg, Fürth, Erlangen.

häusern (20 431 Wohnungen; +1,7 %) und Zweifamilienhäusern (5 224 Wohnungen; +22,6 %). In neuen Nichtwohngebäuden sollen 1 203 Wohnungen entstehen (+3,2 %) und durch Baumaßnahmen am Gebäudebestand sollen zusammen 8 429 Wohnungen realisiert werden (+4,8 %).

Auch im Jahr 2016 wurden die meisten Wohnungsbauaufreigaben für Oberbayern angezeigt (29 771), mit großem Abstand vor Schwaben und Mittelfranken (11 143 bzw. 9 100). Die wenigsten Wohnungsbauaufreigaben erteilten die bayerischen Bauaufsichtsbehörden da-

gegen in Oberfranken (4 270), wenngleich dieser Regierungsbezirk damit unter allen sieben bayerischen Regierungsbezirken den im Vergleich zum Vorjahresergebnis relativ stärksten Anstieg an Wohnungsbauaufreigaben erfuhr (+35,9 %). Die sechs anderen Regierungsbezirke Bayerns trugen mit jeweiligen Zuwachsraten zwischen 14,1 % (Mittelfranken) und 28,1 % (Unterfranken) zur positiven Gesamtentwicklung der Wohnungsbauaufreigabe bei.

Von den in Bayern im Jahr 2016 insgesamt 74 598 zum Bau freigegebenen Wohnungen sind 35,5 %

in den kreisfreien Städten und 64,5 % in den Landkreisen projektiert (+24,4 % bzw. +17,7 %). In den acht bayerischen Großstädten sollen insgesamt 21 033 bzw. 28,2 % aller im aktuellen Berichtsjahr genehmigten Wohnungen entstehen (+28,9 %).

Ausführliche Ergebnisse bis auf Kreisebene enthält der Statistische Bericht „Baugenehmigungen in Bayern 2016“ (Bestellnummer: F21023 201600, Preis der Druckausgabe 7,70 €).*



Binnenhandel

Bayerns Großhandel 2016 im Plus

Der Umsatz im bayerischen Großhandel (einschließlich der Handelsvermittlung) stieg nach vorläufigen Ergebnissen im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr nominal um 1,3 % und preisbereinigt um 1,9 %. Die Zahl der Beschäftigten des Großhandels wuchs um 1,0 %, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,2 % stieg und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 0,3 % zunahm.

Im Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren und Maschinen (Produktionsverbindungshandel) sank

der nominale Umsatz leicht (nominal: -0,5 %; real: +1,8 %). Im Großhandel mit Konsumgütern (Konsumtionsverbindungshandel) wuchsen nominaler und preisbereinigter Umsatz (nominal: +3,6 %; real: +2,5 %). In der Handelsvermittlung verringerte sich der nominale Umsatz um 6,1 % und der reale Umsatz um 7,5 %. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Produktionsverbindungshandel um 1,0 %, im Konsumtionsverbindungshandel um 0,7 % und in der Handelsvermittlung um 2,5 %.

Hinweis

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Die nachgewiesenen vorläufigen Ergebnisse werden laufend aktualisiert. Diese Revisionen entstehen durch statistische Informationen aus verspäteten Mitteilungen der befragten Unternehmen.

Die monatliche Großhandelsstatistik wird im Mixmodell durchgeführt. Beim Mixmodell werden große Unternehmen direkt befragt, während Angaben zum Umsatz und zur Anzahl der Beschäftigten der übrigen Unternehmen die Finanzverwaltungen und die Bundesagentur für Arbeit liefern.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Dezember 2016“ (Bestellnummer: G1200C 201612, nur als Datei).*

Umsatz und Beschäftigte der Handelsvermittlung und des Großhandels in Bayern im Jahr 2016
Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Januar bis Dezember				
	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real ¹		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent				
Handelsvermittlung und Großhandel insgesamt	1,3	1,9	1,0	1,2	0,3
dav. Handelsvermittlung	- 6,1	- 7,5	2,5	3,4	1,2
Großhandel (mit)					
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	- 0,5	1,6	- 2,4	- 2,8	- 1,8
Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	3,2	1,6	3,0	3,3	2,0
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	5,1	3,7	0,4	0,9	- 0,6
Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	- 0,6	- 0,4	2,8	2,9	2,4
sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	3,2	2,2	1,4	1,2	2,3
Sonstiger Großhandel	- 1,8	3,1	0,5	0,5	0,8
ohne ausgeprägten Schwerpunkt	- 4,4	- 2,0	- 2,6	- 2,2	- 3,8
Großhandel zusammen (ohne Handelsvermittlung)	1,5	2,1	0,9	1,1	0,2
dav. mit Rohstoffen, Halbwaren und Maschinen ²	- 0,5	1,8	1,0	1,0	1,1
mit Konsumgütern (Konsumtionsverbindungshandel)	3,6	2,5	0,7	1,1	- 0,4

1 In Preisen des Jahres 2010.

2 Produktionsverbindungshandel.

Bayerns Kfz-Händler 2016 mit gutem Geschäft

Der Umsatz im bayerischen Kraftfahrzeughandel erhöhte sich im Jahr 2016 nominal um 5,7 % und real um 4,7 %. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 2,2 % zu, die Zahl der Vollzeitbeschäftigten stieg

dabei um 2,1 % und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 2,4 %. Alle vier Wirtschaftszweige des Kfz-Handels melden für das Jahr 2016 deutliche Umsatzzuwächse: Der „Handel mit Kraftwagen“ erzielte

einen nominalen Umsatzzuwachs von 5,7 % (real: +4,6 %). In der „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ wuchs der nominale Umsatz um 3,9 % (real: +2,7 %). Im „Handel mit Kraftwagenteilen und

Umsatz und Beschäftigte des Kraftfahrzeughandels in Bayern im Jahr 2016**Vorläufige Ergebnisse**

Wirtschaftszweig	Januar bis Dezember				
	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real ¹		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent				
	Handel mit Kraftwagen	5,7	4,6	2,3	2,2
Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	3,9	2,7	1,5	1,4	1,9
Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	7,3	7,0	2,4	2,8	1,2
Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern	6,7	5,4	6,3	4,7	9,7
Kraftfahrzeughandel insgesamt²	5,7	4,7	2,2	2,1	2,4

1 In Preisen des Jahres 2010.

2 Ohne Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen).

„-zubehör“ stieg der nominale Umsatz um 7,3 % (real: +7,0 %). Im „Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern“ nahm der Umsatz nominal um 6,7 % zu (real: +5,4 %).

Hinweis

Die nachgewiesenen vorläufigen Ergebnisse werden laufend aktualisiert. Diese Revisionen entstehen durch statistische Informationen aus verspäteten Mitteilungen der befragten Unternehmen.

Die monatliche Kraftfahrzeughandelsstatistik wird im Mixmodell durchgeführt. Beim Mixmodell werden große Unternehmen direkt

befragt, während Angaben zum Umsatz und zur Anzahl der Beschäftigten der übrigen Unternehmen die Finanzverwaltungen und die Bundesagentur für Arbeit liefern.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Dezember 2016“ (Bestellnummer: G1200C 201612, nur als Datei).*

**Tourismus, Gastgewerbe****Umsatz des bayerischen Gastgewerbes nahm im Januar 2017 zu**

Der Umsatz im bayerischen Gastgewerbe erhöhte sich im Januar 2017 im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal um 2,0 % und re-

al um 0,2 %. Nach vorläufigen Ergebnissen der Monatsstatistik stieg die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes um 1,0 % (Voll-

zeitbeschäftigte: -1,4 %; Teilzeitbeschäftigte: +2,8 %).

Umsatz und Beschäftigte des bayerischen Gastgewerbes im Januar 2017**Vorläufige Ergebnisse**

Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real ¹		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent				
Beherbergung	1,3	- 0,1	0,5	- 0,3	1,3
dav. Hotellerie	1,3	- 0,1	0,5	- 0,3	1,3
Ferienunterkünfte u. Ä.	3,7	1,8	- 1,4	- 3,5	- 0,4
Campingplätze	1,2	0,6	5,0	3,5	6,2
sonstige Beherbergungsstätten	2,1	1,2	1,7	- 0,2	7,2
Gastronomie	2,5	0,4	1,4	- 2,3	3,5
dav. Restaurants, Gaststätten, Imbiss- stuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	1,4	- 0,9	0,9	- 3,8	4,0
Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	7,3	5,7	4,3	4,1	4,4
Ausschank von Getränken	0,8	- 1,0	0,2	1,0	0,0
Gastgewerbe insgesamt	2,0	0,2	1,0	- 1,4	2,8

1 In Preisen des Jahres 2010.

In der Beherbergung wuchs der nominale Umsatz im Januar 2017 um 1,3% (real: -0,1%), in der Gastronomie erhöhte sich der nominale Umsatz um 2,5% (real: +0,4%). Die Zahl der Beschäftigten nahm in der Beherbergung um 0,5% und in der Gastronomie um 1,4% zu.

Hinweis

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Januar 2017“ (Bestellnummer: G4300C 201701, nur als Datei).*

9,2 Millionen Übernachtungen in den Kleinbeherbergungsbetrieben Bayerns 2016 bestätigt

Die Kleinbeherbergungsbetriebe mit neun oder weniger Betten (einschließlich Privatquartiere)* in den Prädikatsgemeinden im Freistaat verbuchten 1,5 Millionen Gästeankünfte im Jahr 2016, 1,8% mehr als im Vorjahr, und 9,2 Millionen Übernachtungen (+0,6%). Die Beherbergungsbetriebe mit zehn oder mehr Betten (einschließlich der Campingplätze) meldeten in den 360 bayerischen Prädikatsgemeinden 11,9 Millionen Gästeankünfte (+4,9%) und 44,9 Millionen Übernachtungen (+3,4%). Die Beherbergungsbetriebe in den sonstigen Gemeinden ohne Prädikat zählten 23,5 Millionen Gästeankünfte (+2,8%) und 45,9 Millionen Übernachtungen (+2,7%). Damit können für Bayern für das Jahr 2016 36,9 Millionen Gästeankünfte und 100,0 Millionen Übernachtungen bestätigt werden.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste der Kleinbeherbergungsbetriebe lag im Jahr 2016 bei 6,2 Tagen und damit deutlich über der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Gäste in den Beherbergungsbetrieben mit zehn oder mehr Gästebetten und auf Campingplätzen in den Prädikatsgemeinden (3,8 Tage). In den sonstigen Gemeinden war die durchschnittliche Aufenthaltsdauer mit 1,9 Tagen am geringsten.

22 der 300 prädikatisierten Gemeinden, die Ergebnisse zu den Übernachtungen der Kleinbeherbergungsbetriebe meldeten, hatten im Jahr 2016 in ihren Kleinbeherbergungsbetrieben über 100 000 Übernachtungen. Allen voran lag Oberstdorf mit 815 000 Übernachtungen. Über 200 000 Übernachtungen meldeten wei-

tere fünf Gemeinden, dies waren Garmisch-Partenkirchen (312 000), Pfronten (256 000), Schönau a. Königssee (249 000), Mittenwald (227 000) und Bad Hindelang (220 000).

* In Bayern wird auf landesrechtlicher Grundlage in einer freiwilligen Erhebung bei den Prädikatsgemeinden die Zahl der Gästeankünfte und Übernachtungen der Kleinbeherbergungsbetriebe mit weniger als zehn Betten (einschl. Privatquartiere) erfragt. Rund 300 der 360 prädikatisierten Gemeinden (einschl. der Staatsbäder) beteiligten sich an der Erhebung. Durch die Freiwilligkeit und die Beschränkung auf die prädikatisierten Gemeinden wird das Gästeaufkommen in den Kleinbeherbergungsbetrieben und Privatquartieren nicht vollständig erfasst.

Hinweis

Durch verspätete Meldungen von Betrieben bzw. Gemeinden können sich noch geringfügige Änderungen in den Ergebnissen ergeben.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Dezember 2016 und im Jahr 2016“ (Bestellnummer: G41003 201612, Preis der Druckausgabe 20,50 €).*

Mehr Gäste und Übernachtungen in Bayern zum Jahresstart 2017

Die Zahl der Gästeankünfte in den rund 11 300 geöffneten Beherbergungsbetrieben* Bayerns erhöhte sich im Januar 2017 gegenüber dem Vorjahresmonat nach vorläufigen Ergebnissen um 6,0% auf rund 2,1 Millionen, die Zahl der Übernachtungen stieg um 1,9% auf gut 5,4 Millionen. Im Inländerreiseverkehr wuchs die Zahl

der Gästeankünfte um 6,6% und die Zahl der Übernachtungen um 3,3%. Im Ausländerreiseverkehr nahm die Zahl der Gästeankünfte ebenfalls zu (+4,2%), die Zahl der Übernachtungen ging allerdings um 4,2% zurück.

Alle sieben Regierungsbezirke Bayerns meldeten für den Janu-

ar 2017 mehr Gästeankünfte als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Übernachtungen stieg in vier Regierungsbezirken: Oberbayern, Oberpfalz, Oberfranken und Schwaben. Mehr Gäste und Übernachtungen als im Januar 2016 zählten im Berichtsmonat die Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Jugendherbergen und Hütten sowie die Vor-

Bayerns Fremdenverkehr im Januar 2017
 Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart — Herkunft — Gebiet	Geöffnete Betriebe	Angebotene Betten	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
			insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent
Hotels	2 184	218 691	1 178 973	8,3	2 420 072	2,1
Hotels garnis	1 898	77 926	354 446	6,8	782 947	3,2
Gasthöfe	2 285	66 568	187 847	4,3	403 925	1,0
Pensionen	1 224	32 551	81 895	- 0,3	245 384	- 0,8
Hotellerie zusammen	7 591	395 736	1 803 161	7,2	3 852 328	2,0
Jugendherbergen und Hütten	250	16 888	54 977	4,4	139 588	1,3
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	432	33 609	105 705	- 4,1	315 077	- 3,8
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen	2 651	63 779	82 438	- 0,7	446 838	4,7
Campingplätze	215	x	17 247	- 6,3	83 564	1,2
Vorsorge- und Rehakliniken	169	26 731	34 781	6,8	585 549	2,2
Insgesamt	11 308	536 743	2 098 309	6,0	5 422 944	1,9
davon aus dem						
Inland	x	x	1 608 863	6,6	4 422 427	3,3
Ausland	x	x	489 446	4,2	1 000 517	- 4,2
davon Oberbayern	3 884	213 798	1 047 962	8,4	2 427 538	4,5
darunter München	411	69 040	477 945	10,1	929 058	4,5
Niederbayern	1 737	75 121	178 630	2,5	700 220	- 0,1
Oberpfalz	846	37 629	107 192	1,0	279 768	0,9
Oberfranken	822	34 165	98 183	0,3	256 203	1,5
Mittelfranken	893	48 094	211 024	3,9	416 252	- 6,3
darunter Nürnberg	149	18 393	107 815	6,5	191 198	- 7,3
Unterfranken	849	40 742	146 929	4,8	371 229	- 0,2
Schwaben	2 277	87 194	308 389	6,1	971 734	1,8

sorge- und Rehakliniken. In den Ferienzentren, -häusern und -wohnungen sowie auf Campingplätzen gab es weniger Gästeankünfte, aber mehr Übernachtungen als im Vorjahresmonat. In den Pensi-

onen und den Erholungs-, Ferien-, und Schulungsheimen nahmen die Zahl der Gästeankünfte und die Zahl der Übernachtungen ab.

* Geöffnete Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffnete Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Januar 2017“ (Bestellnummer: G41003 201701, Preis der Druckausgabe 17,60 €).*


Straßen- und Schienenverkehr
Verkehrsunfälle auf Bayerns Straßen im Januar 2017 gestiegen

Im Januar 2017 stieg die Zahl der Straßenverkehrsunfälle um 4,6%. Nach vorläufigen Ergebnissen registrierte die Polizei 32 253 Unfälle (Januar 2016: 30 848). Bei diesen Unfällen kamen in 2 967 Fällen Personen zu Schaden – gegenüber Januar 2016 ein Rückgang um 14,1%.

Überwiegend traten lediglich Sachschäden (29 286 Unfälle) auf, und

hierbei mit einem Anteil von über 95% (27 882 übrige Sachschadensunfälle) Bagatellschäden. Verglichen mit Januar 2016 ergab sich damit eine Zunahme der Sachschadensunfälle um 6,9%, es wurden aber 7,4% weniger Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel von der Polizei aufgenommen.

Die Zahl der Verunglückten sank im Januar 2017 um 13,0% auf 4 155 Menschen. Die Zahl der Getöteten sank um 29,1% auf 39 Unfallopfer (Januar 2016: 55). Es wurden 492 Verkehrsteilnehmer schwer (-24,0%) und 3 624 leicht verletzt (-11,1%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Januar 2017“ (Bestellnummer: H1101C 201701, nur als Datei).*

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im Januar 2017
 Vorläufige Ergebnisse

Unfälle Verunglückte	Januar		Veränderung	
	2017	2016		
	Anzahl			%
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	32 253	30 848	1 405	4,6
dav. Unfälle mit Personenschaden	2 967	3 454	- 487	- 14,1
Unfälle mit nur Sachschaden	29 286	27 394	1 892	6,9
dav. schwerwiegende Unfälle mit				
Sachschaden im engeren Sinne	1 254	1 253	1	0,1
sonstige Sachschadensunfälle unter				
dem Einfluss berauschender Mittel	150	162	- 12	- 7,4
übrige Sachschadensunfälle	27 882	25 979	1 903	7,3
Verunglückte insgesamt	4 155	4 778	- 623	- 13,0
dav. Getötete	39	55	- 16	- 29,1
Verletzte	4 116	4 723	- 607	- 12,9
dav. Schwerverletzte	492	647	- 155	- 24,0
Leichtverletzte	3 624	4 076	- 452	- 11,1

3,3% mehr Passagiere an bayerischen Flughäfen im Jahr 2016

Im Jahr 2016 starteten bzw. landeten insgesamt 436 527 Flugzeuge auf den drei bayerischen Großflughäfen* München, Nürnberg und Memmingen. Das waren 3,5% mehr als im Vorjahreszeitraum. Nach Ergebnissen des Statistischen Bundesamts flogen insgesamt 46,7 Millionen Passagiere von diesen drei Flughäfen ab oder landeten dort (einschließlich Durchgangsverkehr). Dies entspricht einer Steigerung um

3,3% gegenüber 2015. Das Fracht- und Postaufkommen stieg an diesen Flughäfen insgesamt um 5,2% auf 382 237 Tonnen.

An Bayerns größtem Flughafen München stieg im Jahr 2016 die Zahl der Fluggäste an Bord um 3,1% auf über 42 Millionen bei 384 967 Starts und Landungen (+4,0%). Über drei Viertel der Ein- und Aussteiger (77,2%) kamen aus

dem Ausland oder flogen ins Ausland. Das Fracht- und Postaufkommen erhöhte sich um 5,3% auf 375 040 Tonnen (einschließlich Transitverkehr).

In Nürnberg stieg die Zahl der Starts und Landungen um 1,1% auf 41 801. Die Passagierzahlen erhöhten sich um 3,0% auf knapp 3,5 Millionen. 68,6% der Fluggäste in Nürnberg waren Auslandspassa-

Bayerns Hauptverkehrsflughäfen im Jahr 2016

Starts/Landungen Passagiere Fracht/Post	Flughafen							
	München		Nürnberg		Memmingen		insgesamt	
	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent	Anzahl	Veränderung ggü. Vorjahreszeitraum in Prozent
Starts und Landungen insgesamt	384 967	4,0	41 801	1,1	9 759	- 3,8	436 527	3,5
davon Starts	192 571	4,0	20 778	1,2	4 880	- 3,6	218 229	3,5
Landungen	192 396	4,0	21 023	1,0	4 879	- 4,0	218 298	3,5
Passagiere an Bord in 1 000	42 246	3,1	3 465	3,0	994	12,9	46 705	3,3
davon Einsteiger	21 023	3,1	1 726	2,9	493	13,5	23 242	3,3
davon ins Inland	4 793	- 0,1	546	2,2	1	- 93,3	5 339	0,0
ins Ausland	16 231	4,1	1 180	3,2	492	16,1	17 904	4,3
Aussteiger	21 136	3,3	1 724	2,9	501	15,3	23 360	3,5
aus dem Inland	4 800	1,0	538	2,2	1	- 93,1	5 339	0,9
aus dem Ausland	16 335	4,0	1 185	3,3	500	17,9	18 021	4,2
Transitverkehr ¹	87	- 19,9	16	18,0	0	- 97,3	x	x
Fracht und Post an Bord in Tonnen	375 040	5,3	7 197	1,2	0	x	382 237	5,2
davon Einladung	212 730	5,5	3 281	0,6	-	-	216 011	5,4
Ausladung	140 842	4,7	2 426	6,4	0	x	143 268	4,7
Transitverkehr ¹	21 468	6,3	1 489	- 4,9	-	-	22 957	5,5

1 Direkter Durchgangsverkehr (gleiche Flugnummer).

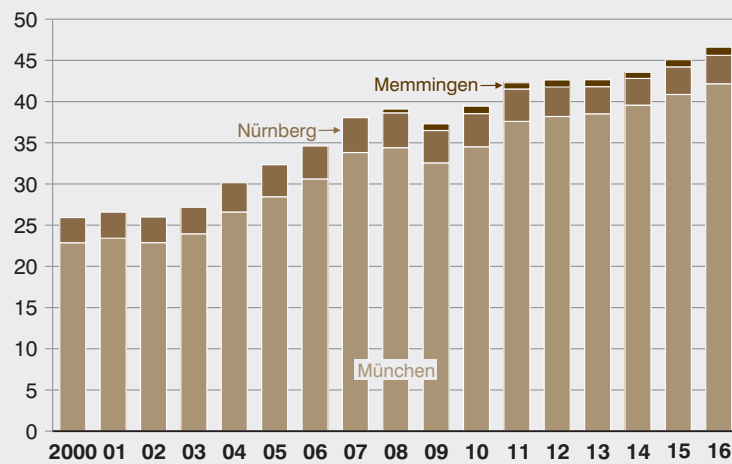
giere (Ein- und Aussteiger). Das Fracht- und Postaufkommen stieg um 1,2% auf rund 7 200 Tonnen. Von den 994 000 Passagieren in Memmingen (+12,9%) waren fast alle Auslandsreisende. Memmingen meldete insgesamt 9 759 Starts und Landungen und damit 3,8% weniger als im Jahr 2015.

* Hauptverkehrsflughäfen mit mehr als 150 000 Fluggasteinheiten (Einsteiger und Aussteiger, je 100 kg Fracht und Post) im Jahr. Die monatliche Erhebung zum gewerblichen Luftverkehr beruht auf dem Verkehrsstatistikgesetz (§ 12, 1 VerkStatG).

Quelle:

Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verkehr – Luftverkehr – Fachserie 8 Reihe 6.1 – 2016, Link: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/TransportVerkehr/Luftverkehr/Luftverkehr.html

Passagiere der bayerischen Hauptverkehrsflughäfen seit 2000*
in Millionen



* Ohne Transitverkehr.



Schiffsverkehr

Güterumschlag der bayerischen Binnenschifffahrt im Jahr 2016 um knapp drei Prozent gesunken

Insgesamt 7,17 Millionen Tonnen Güter und somit 2,8% weniger als im Vorjahr wurden im Jahr 2016 in den bayerischen Häfen der Bundeswasserstraßen von Passau über Nürnberg bis Aschaffenburg umgeschlagen. Rund 2,91 Millionen Tonnen wurden eingeladen und über 4,26 Millionen Tonnen Güter ausgeladen. Mit dem Rückgang des Güterumschlags im Jahr 2016 setzt sich ein Abwärtstrend fort, der sich bereits über viele Jahre beobachten lässt. Nachdem das Jahr 2014 mit einem Güterumschlag von 8,6 Millionen Tonnen noch nach einer Trendwende ausgesehen hatte, lag dieser in den Jahren 2015 und 2016 deutlich unter der 8 Millionen-Tonnen-Marke.

Der Güterumschlag im Maingebiet lag in 2016 bei 4,22 Millionen Tonnen (+2,2%) und entsprach einem Anteil von 58,8%. Der Güterumschlag an der Donau ging um 9,2% auf 2,96 Millionen Tonnen zu-

Güterumschlag der Binnenschifffahrt in Bayern von Januar bis Dezember 2015 und 2016 nach Verkehrsgebieten und ausgewählten Häfen

Verkehrsgebiet Hafen	Güterumschlag Januar bis Dezember		
	2015	2016	
	Tonnen		Veränderung gegenüber 2015 in Prozent
Maingebiet	4 126 518	4 216 036	2,2
dar. Nürnberg	301 946	273 710	- 9,4
Bamberg	308 411	322 311	4,5
Schweinfurt	231 333	289 375	25,1
Würzburg	210 054	276 359	31,6
Karlstadt	324 654	312 654	- 3,7
Lengfurt	482 547	495 657	2,7
Aschaffenburg	800 996	789 260	- 1,5
Donaugebiet	3 256 967	2 958 441	- 9,2
dar. Kelheim	406 841	352 199	- 13,4
Regensburg	1 579 249	1 349 470	- 14,5
Straubing - Sand	538 693	620 943	15,3
Deggendorf	257 710	217 685	- 15,5
Passau	365 316	292 386	- 20,0
Bayern insgesamt	7 383 485	7 174 477	- 2,8

rück. Die umschlagstärksten Häfen waren Regensburg mit 1,35 Millionen und Aschaffenburg mit knapp 0,79 Millionen Tonnen.

Insgesamt meldeten sich 8 593 Schiffe mit Umschlagsgütern an

und ab, davon befuhren mit 53,3% etwas mehr als die Hälfte der Schiffe (4 577) das Maingebiet. Zu Wasser wurden von den 7,17 Millionen Tonnen Güterumschlag hauptsächlich „Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft sowie

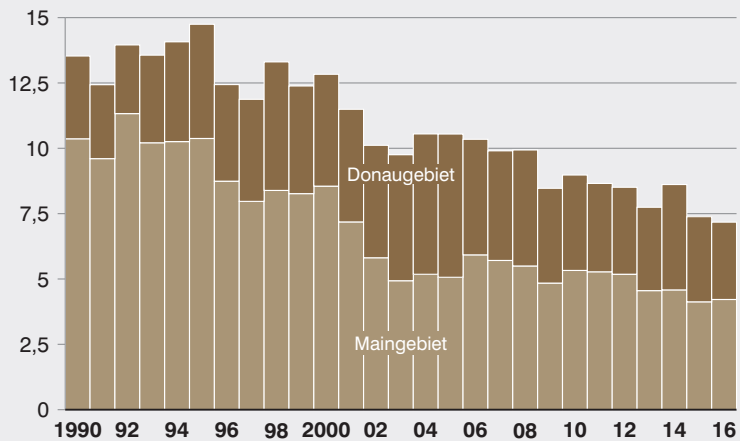
der Fischerei“ (24,9%) und „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ (19,7%) transportiert. Weitere 13,6% entfielen auf Schüttgüter der Abteilung „Chemische Erzeugnisse“.

Hinweis

Die Ausweisung der in der Binnenschifffahrt transportierten Güter erfolgt nach der Gütersystematik NST-2007.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Binnenschifffahrt in Bayern im Dezember und im Jahr 2016“ (Bestellnummer: H2100C 201612, nur als Datei).*

Entwicklung des Güterumschlags der Binnenschifffahrt in Bayern seit 1990 im Donau- und Maingebiet
in Millionen Tonnen



Verdienste und Arbeitszeiten

Bayerische Reallöhne im Jahr 2016 um 1,4% gestiegen

In Bayern lag der Bruttoverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) aller Arbeitnehmer, also der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten sowie der geringfügig Beschäftigten, im Jahr 2016 durchschnittlich real um 1,4% höher als im Jahr 2015. Die Nominallöhne stiegen um 2,0% gegenüber dem Vorjahr.

Nachdem die Beschäftigten in Bayern in den Jahren 2014 und 2015 sowohl nominal als auch real kräftige Verdienstzuwächse verbuchen konnten, schwächte sich diese positive Entwicklung im Jahr 2016 etwas ab. Wegen der niedrigen Inflationsrate (+0,6%) erhöhten sich die realen Verdienste im Jahr 2016 aber immerhin um 1,4% – eine leicht überdurchschnittliche Wachstumsrate für die ab dem Jahr 2008 vorliegende Zeitreihe des Reallohnindex.

Entwicklung der Real- und Nominallöhne* sowie der Verbraucherpreise in Bayern seit 2008

Jahr	Reallohnindex ¹	Nominallohnindex ¹	Verbraucherpreisindex
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
2008	0,7	3,4	2,7
2009	- 1,0	- 0,5	0,5
2010	2,0	3,1	1,1
2011	1,3	3,4	2,1
2012	0,5	2,7	2,2
2013	0,2	1,6	1,4
2014	2,5	3,3	0,8
2015	2,7	3,1	0,4
2016	1,4	2,0	0,6

* Bruttomonatsverdienste (inklusive Sonderzahlungen) der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten sowie geringfügig Beschäftigten.

¹ Abweichungen gegenüber früheren Publikationen sind rundungsbedingt wegen Umstellung auf ein neues Basisjahr (2015 = 100).

Hinweis

Die Datengrundlage für den Nominallohnindex ist die Vierteljährliche Verdiensterhebung. Hierfür werden in einer repräsentativen Stichprobe rund 5 000 bayerische Betriebe im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich befragt. Beim Reallohnindex wird die Verdienstentwicklung ins Verhältnis zur Entwicklung der Verbraucherpreise gesetzt.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Bayern im 4. Quartal 2016“ (Bestellnummer: N1100C 201644, nur als Datei), (vgl. Seite 51 zum Nominal- und Reallohnindex).*

* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Einbürgerungen in Bayern 2015

Sandra Guynn

In Bayern wurden im Jahr 2015 insgesamt 13 373 Personen eingebürgert, damit erhöhte sich die Zahl gegenüber dem Vorjahr um 214. Die meisten Personen hielten sich zwischen 8 bis unter 15 Jahren in der Bundesrepublik auf und waren zum Zeitpunkt der Einbürgerung zwischen 23 und 35 Jahren alt. Innerhalb Deutschlands fanden die meisten Einbürgerungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg statt.

Erläuterungen

Bei der Einbürgerung wird einer Ausländerin bzw. einem Ausländer¹ durch die Aushändigung einer Einbürgerungsurkunde die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen. Hierfür muss ein Antrag gestellt werden und die betreffende ausländische Person muss bestimmte Voraussetzungen, welche im Abschnitt „Rechtsgrundlagen“ erläutert sind, erfüllen. Die Durchführung der Einbürgerungsverfahren obliegt in Bayern den Kreisverwaltungsbehörden. Diese übermitteln die statistisch relevanten Angaben für die jährliche Statistik überwiegend elektronisch an das Bayerische Landesamt für Statistik. Es werden die Einbürgerungen nach der bisherigen Staatsangehörigkeit, dem Rechtsgrund, der Aufenthaltsdauer, dem Alter, dem Familienstand sowie nach fortbestehender bzw. nicht fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit ausgewertet.

Als Ausländer zählen alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, also nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz sind. Auch Staatenlose und Personen mit ungeklärten Staatsangehörigkeiten gehören zu diesem Personenkreis.

Rechtsgrundlagen

Seit Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2000 sind detaillierte Aussagen zu den verschiedenen Rechtsgründen der Einbürgerung möglich. Ein wesentlicher Unterschied zur alten Gesetzgebung ist, dass mit der neuen Rechts-

grundlage keine Aussiedler² mehr über den formalen Weg eingebürgert werden. Dieser Personenkreis gilt demnach bereits als deutsch und erhält nach dieser Feststellung die entsprechenden Unterlagen.

Am 14. März 2005 traten weitere Veränderungen durch die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes in Kraft, sodass nun leichtere Bedingungen bestehen und Ausländer z. B. durch Besuch eines Integrationskurses nur noch eine kürzere Aufenthaltsdauer von sieben Jahren, anstatt acht Jahren, nachweisen müssen.

Folgende Rechtsgrundlagen gelten für Einbürgerungen ab dem 14. März 2005:

- Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)³: §§ 8, 9, 10 Abs. 1 bis 3, §§ 13, 14, 40 b und c
- Grundgesetz (GG)⁴: Art. 116 Abs. 2 S. 1
- Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit (StaatenlMindÜbkAG)⁵: Art. 2
- Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet (HAusIG)⁶: § 21

Die alten und neuen Rechtsgrundlagen werden in der Übersicht gegenübergestellt.

Einbürgerungen 2015 in Bayern

Im Jahr 2015 wurden in Bayern insgesamt 13 373 Personen (5 915 männlich, 7 458 weiblich) eingebürgert und erhielten dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit. Damit stieg die Zahl der Einbürgerungen im Vergleich zum Vorjahr (13 159) um 1,6%.

¹ Der leichten Lesbarkeit wegen wird im Folgenden nur die männliche Form verwendet.

² Aussiedler sind deutsche Staatsangehörige oder deutsche Volkszugehörige, die ihren Wohnsitz in den ehemaligen deutschen Ostgebieten oder in anderen ost- oder südosteuropäischen Gebieten hatten und nach März 1952 in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind. Sie sind Deutsche im Sinne des Grundgesetzes (GG). Seit 1993 Zugewanderte werden als Spätaussiedler bezeichnet.

³ Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864).

⁴ Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. Juli 2010 (BGBl. I S. 944).

⁵ Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit vom 29. Juni 1977 (BGBl. I S. 1101), geändert durch Artikel 3 § 4 des Gesetzes vom 15. Juli 1999 (BGBl. I S. 1618).

⁶ Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 243-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950).

Übersicht Gegenüberstellung alter und neuer Rechtsgrundlagen der Einbürgerung in Deutschland		
Kurztext	Rechtsgrundlage ab 2005	Rechtsgrundlage bis 2004
Einbürgerungen von Ausländern im Inland:		
- mit Niederlassung auf Dauer	§ 8 StAG	§ 8 StAG
- mit 8 Jahren Aufenthalt	§ 10 Abs. 1 StAG	§ 85 Abs. 1 AuslG. ¹
- mit 7 Jahren Aufenthalt und Integrationskurs	§ 10 Abs. 3 S. 1 i.V.m. Abs. 1 StAG	—
- mit 6 Jahren Aufenthalt und Vorliegen besonderer Integrationsleistungen (Rechtsgrundlage seit 2007, seit 2011 tabellarisch darstellbar)	§ 10 Abs. 3 S. 2 i.V.m. Abs. 1 StAG	—
- mit Deutschen als Ehe- oder Lebenspartner	§ 9 StAG	§ 9 StAG
- Miteinbürgerung von Familienangehörigen	§ 10 Abs. 2 StAG	§ 85 Abs. 2 AuslG
Einbürgerungen im Ausland:		
- ehemalige Deutsche und deren minderjährige Nachkommen	§ 13 StAG	§ 13 StAG
- Ausländer mit Bindungen an Deutschland	§ 14 StAG	§ 14 StAG
Alt- und Wiedergutmachungsfälle:		
- frühere deutsche Staatsangehörige	Art. 116 Abs. 2 S. 1 GG	Art. 116 Abs. 2 S. 1 GG
Übergangsregelungen:		
- für Kinder unter 10 Jahren bei Antrag in 2000	§ 40b StAG	§ 40b StAG
- für Einbürgerungsbewerber bei Antrag bis Ende März 2007	§ 40c StAG	§ 85 AuslG § 86 Abs. 1 AuslG § 86 Abs. 2 AuslG (jeweils alte Fassung)
Einbürgerung von Staatenlosen	Art. 2 StaatenIMindÜbkAG	Art. 2 StaatenIMindÜbkAG
Einbürgerung von heimatlosen Ausländern	§ 21 HAuslG	§ 21 HAuslG
Einbürgerung von Ausländern mit 7 und 6 Jahren Aufenthalt zusammengefasst (Altfälle)	§ 10 Abs. 3 StAG	—

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Einbürgerungen.

¹ „Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet“ vom 9. Juli 1990 (BGBl. I S. 1354), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361 – Terrorismusbekämpfungsgesetz).

Seit 2000 ist jedoch ein Rückgang um ca. 35% zu verzeichnen, was vor allem auf die geänderten Rechtsgrundlagen zurückzuführen ist. So werden Aussiedler, die bereits deutsch im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, und Kinder ausländischer Eltern, die nach dem 1. Januar 2000 in Deutschland geboren wurden und bei entsprechenden Voraussetzungen (§ 4 Abs. 3 StAG) die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt erhalten, nicht mehr in der Einbürgerungsstatistik erfasst.

Einbürgerungen nach Rechtsgründen

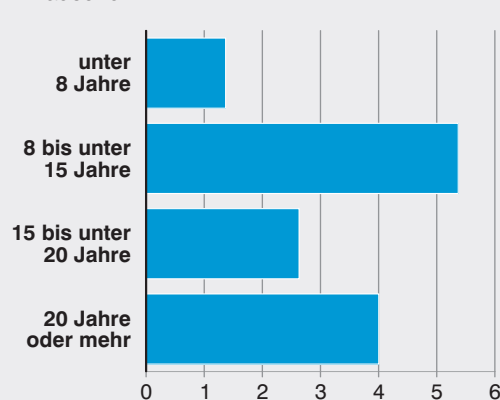
Von den 13 373 eingebürgerten Personen erhielten 11 052 (82,6%) die deutsche Staatsangehörigkeit durch die Rechtsgrundlagen des § 10 Abs. 1 und 2 StAG. Es handelte sich hierbei um Personen mit einem Mindestaufenthalt in Deutschland von 8 Jahren sowie um deren Familienangehörige (ausländischer Ehegatte und minderjährige Kinder). Es folgen 1 446 Fälle (10,8%), bei denen die Einbürgerung gemäß § 8 StAG (Niederlassung auf Dauer in Deutschland) erfolgte. Auf Grund des § 9 StAG (mit Deutschen als Ehe- und Lebenspartner) wurden

690 Personen (5,2%) eingebürgert. Auf alle weiteren Rechtsgründe entfielen 185 Fälle (1,4%).

Aufenthaltsdauer vor der Einbürgerung

Die Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik ist eine der Voraussetzungen für die Einbürgerung. 40,2% (5 370) aller eingebürgerten Personen hielten sich

Abb. 1
Eingebürgerte Personen 2015 nach Aufenthaltsdauer vor der Einbürgerung
in Tausend

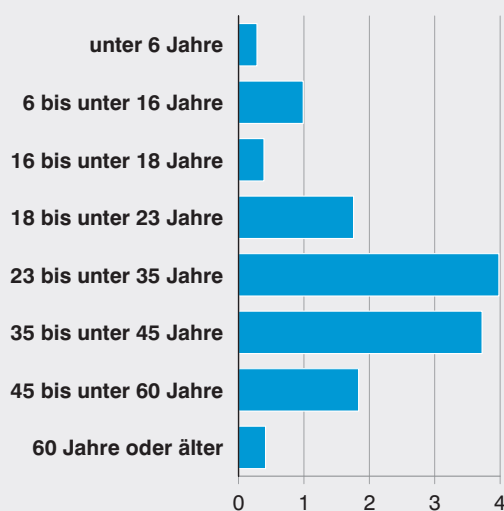


bereits 8 bis unter 15 Jahre in Bayern oder den anderen Bundesländern auf, bevor sie einen Antrag auf Einbürgerung stellten. 29,9% (4 003) waren sogar schon 20 Jahre oder mehr in Deutschland, 19,7% (2 632) lebten 15 bis unter 20 Jahre in ihrer Wahlheimat und 10,2% (1 368) erhielten die Einbürgerungsurkunde bereits bei einer Aufenthaltsdauer von unter 8 Jahren (vgl. Abbildung 1).

Häufigste Einbürgerungen im Alter von 23 bis unter 35 Jahren

Betrachtet man die eingebürgerten Personen nach ihrem Alter zum Zeitpunkt der Einbürgerung, so erhielten in Bayern 2015 am häufigsten Ausländer im Alter von 23 bis unter 35 Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit (29,8% oder 3 981 Personen), gefolgt von den 35- bis 45-Jährigen mit 27,8% (3 724). Unter 18-Jährige wurden in 12,4% der Fälle (1 660) eingebürgert. Auf die restlichen Altersgruppen entfielen 30,0% (4 008), wobei darunter 3,1% der Ausländer (413) 60 Jahre oder älter waren (vgl. Abbildung 2).

Abb. 2
**Eingebürgerte Personen 2015
nach Altersgruppen**
in Tausend

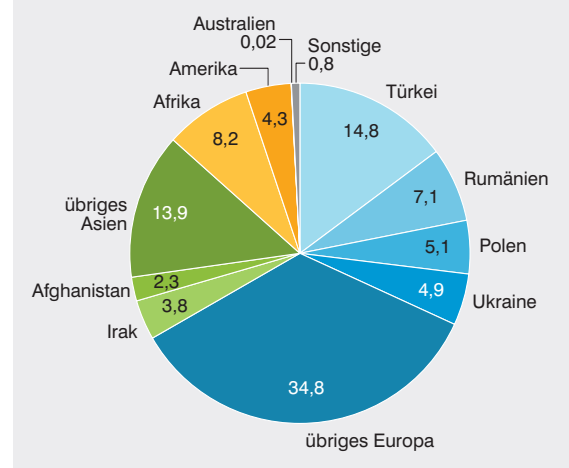


Staatsangehörigkeiten vor der Einbürgerung

Im Jahr 2015 wurden in Bayern Ausländer aus insgesamt 141 Nationen eingebürgert. Den größten Anteil daran hatten mit 14,8% (1 979 Personen) Türken, gefolgt von Personen aus Rumänien mit 7,1% (947), aus Polen mit 5,1% (678) und aus der Ukraine mit 4,9% (656). Die Mehrheit wurde aus euro-

päischen Staaten eingebürgert. Insgesamt 66,7% (8 919 Personen) kamen von diesem Kontinent (inklusive Türkei), darunter 35,5% (4 753) aus der Europäischen Union. Betrachtet man die anderen Kontinente, so wurden aus Asien 19,9% bzw. 2 664 Ausländer (am häufigsten Iraker und Afghanen) eingebürgert, gefolgt von Afrika mit 8,2% oder 1 103 Personen (insbesondere Marokkaner und Tunesier) sowie 4,3% bzw. 577 Personen aus Amerika (am häufigsten Brasilianer). Staatenlos waren insgesamt 0,7% oder 89 Ausländer, aus Australien und Ozeanien wurden lediglich 3 Personen eingebürgert (vgl. Abbildung 3).

Abb. 3
**Einbürgerungen in Bayern 2015
nach Staatsangehörigkeit**
in Prozent



Einbürgerungen mit fortbestehender und nicht fortbestehender ehemaliger Staatsangehörigkeit

Eine Mehrstaatigkeit⁷ ist nach dem deutschen Staatsangehörigkeitsrecht möglichst zu vermeiden. Die alte Staatsangehörigkeit soll nicht weiter bestehen bleiben, wenn dies entweder durch Verlust oder durch Aufgabe möglich ist. Bei Verlust wird die eingebürgerte Person automatisch per Gesetz nicht mehr als Bürger des alten Staates angesehen, wenn sie eine neue Staatsangehörigkeit erwirbt. Die zweite Möglichkeit ist die Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit durch ein Entlassungsverfahren. In Ausnahmefällen wird Mehrstaatigkeit aber auch hingenommen: Zum einen gibt es Staaten, bei denen per Gesetz keine Möglichkeit besteht, die bisherige Staatsangehö-

⁷ Mehrstaatigkeit (auch Mehrstaatsbürgerschaft oder umgangssprachlich „doppelte Staatsangehörigkeit“ genannt) bezeichnet den Fall, dass eine Person mehr als eine Staatsbürgerschaft gleichzeitig besitzt.

rigkeit abzulegen, zum anderen kann es in einigen Ländern vorkommen, dass die dortigen Behörden die Entlassung regelmäßig verweigern (z.B. Afghanistan, Algerien, Iran). In Deutschland wird Mehrstaatigkeit ebenfalls hingenommen, wenn die einzubürgernde Person Bürger ausgewählter Länder der Europäischen Union ist, die Deutsche einbürgern, ohne zu verlangen, dass sie die deutsche Staatsangehörigkeit aufgeben. Hierzu gehören Länder wie Belgien, Finnland, Frankreich oder auch Italien.

In Bayern wurden 7 523 von insgesamt 13 373 Personen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit eingebürgert, das sind immerhin 56,3% aller Einbürgerungen. Betrachtet man den Personenkreis der Europäischen Unionsbürger, so wurde bei 4 628 der 4 753 Eingebürgerten die Mehrstaatigkeit zugelassen, was einem Prozentsatz von 97,4% entspricht.

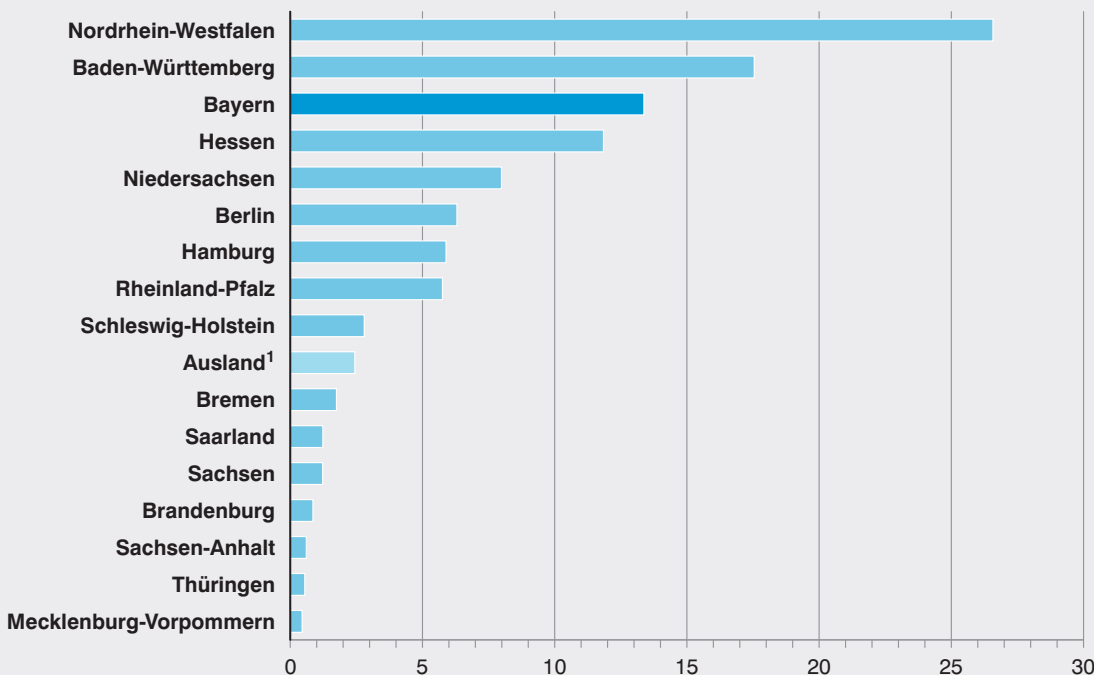
Zu den Herkunftsstaaten der Personen, welche ausschließlich unter dem Aspekt der Mehrstaatigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, gehören z.B. Irland, Ungarn, Schweden, Frankreich, Tunesien, Argentinien, Kuba, Brasilien und Afghanistan.

107 181 Einbürgerungen in Deutschland 2015

In Deutschland erhielten im Jahr 2015 insgesamt 107 181 Personen (50 152 männlich, 57 029 weiblich) die deutsche Staatsangehörigkeit. Vor allem auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen mit 26 573 Personen bzw. 24,8%, Baden-Württemberg (17 546; 16,4%) und Hessen (11 845; 11,1%) entfielen bereits mehr als die Hälfte aller Einbürgerungen. Die wenigsten Personen wurden in Mecklenburg-Vorpommern (448; 0,4%) und Thüringen (549; 0,5%) eingebürgert (vgl. Abbildung 4).

Abb. 4

Einbürgerungen in Deutschland 2015 nach Bundesländern in Tausend



¹ Einbürgerungen von Ausländern, die im Ausland wohnen (§ 14 StAG).

Gastbeitrag*

Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt

Dipl.-Volksw. Michael Hartmann

Deutschland erlebt derzeit eine Phase großer Migrationsbewegungen. Die Hauptgründe dafür sind die Osterweiterung der Europäischen Union, die EU-Schuldenkrise und die Fluchtmigration. Der Beitrag analysiert, wie sich die Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt und die Grundsicherung für Arbeitsuchende ausgewirkt hat. Die Neuzuwanderer können in den Arbeitsmarkt- und Grundsicherungsstatistiken nicht getrennt ausgewiesen werden; daher werden Herkunftsländergruppen nach den Hauptgründen der Zuwanderung der letzten Jahre betrachtet. Wie haben sich für Staatsangehörige aus diesen Ländern die Beschäftigung, die Arbeitslosigkeit und der Grundsicherungsleistungsbezug entwickelt und welchen Einfluss hatte das auf die Gesamtgrößen? Wie gut ist den Menschen aus diesen Ländern die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt gelungen?

1 Einleitung

Der Arbeitsmarkt in Deutschland wird zunehmend von Arbeits- und Fluchtmigration beeinflusst. In den Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) können die Neuzuwanderer nicht gesondert ausgewiesen werden. Es sind aber Auswertungen nach der Staatsangehörigkeit derjenigen Länder möglich, aus denen es aktuell umfangreiche Zuwanderung nach Deutschland gibt. Wie haben sich Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Sozialleistungsbezug von Personen aus diesen Ländern in den letzten Jahren entwickelt? Welche Bedeutung hat das für den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland? Wie gut gelingt den Menschen aus den Zuwanderungsländern die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt? Zu diesen Fragen werden empirische Befunde vorgelegt. In Kapitel 2 werden die Herkunftsländergruppen bestimmt, aus denen die aktuelle Zuwanderung kommt. Nach methodischen Anmerkungen in Kapitel 3 beschreiben die Kapitel 4 bis 6 die Auswirkungen der Migration auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die Arbeitslosigkeit und den Bezug von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende. Kapitel 7 vergleicht Höhe und Entwicklung der Beschäftigungsquoten, der Arbeitslo-

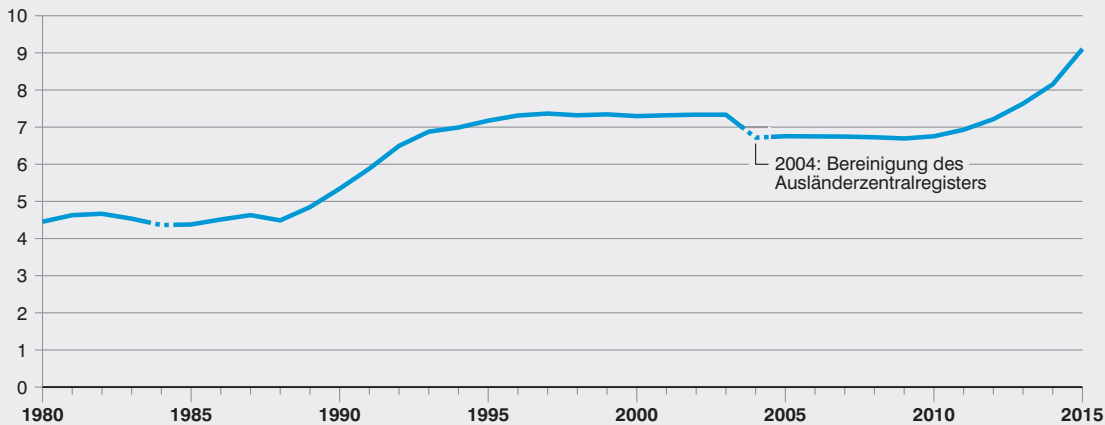
senquoten und der Grundsicherungsquoten von Deutschen und Migranten nach Herkunftsländergruppen. Kapitel 8 fasst die Ergebnisse zusammen und zieht ein Fazit.

2 Zuwanderung nach Deutschland

Deutschland erlebt derzeit eine Phase großer Migrationsbewegungen. Seit 2011 liegt die Nettozuwanderung von Ausländern höher als in den Jahren nach 1993 und erreichte im Jahr 2015 mit 1,14 Millionen den höchsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Statistisches Bundesamt, 2016). Entsprechend ist die ausländische Bevölkerung seit 2011 kräftig gestiegen, nachdem sie in den 15 Jahren zuvor nahezu stagnierte. So hat

* Der vorliegende Beitrag ist in der Zeitschrift „WISTA – Wirtschaft und Statistik“ des Statistischen Bundesamts im Sonderheft „Arbeitsmarkt und Migration“ im Juli 2016 erschienen. Er wird hier mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Bundesamts im Originalwortlaut abgedruckt.

Abb. 1
Ausländische Bevölkerung in Deutschland seit 1980*
 in Millionen



* Jeweils am 31. Dezember. Bis 1989 früheres Bundesgebiet.

Quellen: Ausländerzentralregister; Statistisches Bundesamt

nach Angaben aus dem Ausländerzentralregister die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer von Dezember 2010 bis Dezember 2015 von 6,8 Millionen um 2,35 Millionen oder 35 % auf 9,11 Millionen zugenommen. Dabei ist noch zu beachten, dass im gleichen Zeitraum mehr als eine halbe Million Ausländer/-innen eingebürgert wurden. Die starke Zuwanderung in diesem Zeitraum hat vor allem drei Gründe: die Osterweiterung der Europäischen Union (EU), die EU-Schuldenkrise und zuletzt die Fluchtmigration (vgl. Abbildung 1).

Die sogenannte Osterweiterung der EU schuf mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit die rechtlichen Voraussetzungen für eine ungehinderte Zuwanderung von Staatsangehörigen aus diesen Ländern. Dabei hat Deutschland von der in den Aufnahmeverträgen eingeräumten Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Zugang zum Arbeitsmarkt für die neuen EU-Staaten für bis zu sieben Jahre einzuschränken (Ausnahme: Kroatien). Als erste Gruppe traten Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen der EU im Jahr 2004 bei. Die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit galt für diese Länder in Deutschland ab dem 1. Mai 2011. Dann folgten am 1. Januar 2007 die Beitritte von Bulgarien und Rumänien und am 1. Juli 2013 der von Kroatien; die Arbeitnehmerfreizügigkeit erhielten diese Länder zum 1. Januar 2014 (Bulgari-

en und Rumänien) und zum 1. Juli 2015 (Kroatien). Als starke Migrationsanreize wirken dabei vor allem die großen Einkommensunterschiede zu Deutschland, aber auch die sehr hohe Arbeitslosigkeit in einigen osteuropäischen Staaten.

Darüber hinaus haben auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Schuldenkrise Zuwanderungen nach Deutschland ausgelöst. Von den Folgen der EU-Schuldenkrise waren und sind die sogenannten GIPS-Staaten besonders betroffen, also Griechenland, Italien, Portugal und Spanien, deren Arbeitsmärkte sich drastisch verschlechterten. Die Erwerbslosenquoten in diesen Ländern erreichten in den Jahren 2013 und 2014 Höchstwerte von 27,5 % in Griechenland, 26,1 % in Spanien, 16,4 % in Portugal und 12,7 % in Italien. In Deutschland nahm dagegen die Erwerbslosenquote nach 2009 durchgehend ab; sie verringerte sich von 7,6 % auf die im europäischen Vergleich niedrigste Quote von 4,6 % im Jahr 2015. Der deutsche Arbeitsmarkt war und ist aufnahmefähig und bietet Zuwanderern Erwerbsmöglichkeiten.

Gleichzeitig nahm die Zahl der Flüchtlinge weltweit zu. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) waren Ende 2014 rund 59,5 Millionen Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg oder Bürgerkrieg, nach 51,2 Millionen

ein Jahr zuvor und 37,5 Millionen vor zehn Jahren (UNHCR, 2015). Der weitaus größte Teil der Flüchtlinge findet weiterhin Zuflucht in den Nachbarregionen von Kriegs- und Krisengebieten, mittlerweile kommen aber immer mehr Flüchtlinge auch nach Europa und vor allem nach Deutschland. So überschritt die Zahl der in Deutschland gestellten Asylerstanträge 2013 die Schwelle von 100 000 und erreichte im Jahr 2015 mit 442 000 Anträgen einen neuen Höchstwert. Maßgeblich für den Anstieg sind Asylbewerber aus den Bürgerkriegsregionen insbesondere des Nahen und Mittleren Ostens und Teilen Afrikas, aber auch Asylbewerber aus Ländern mit schwierigen Lebensverhältnissen, wie dem Westbalkan.

Flüchtlinge wie Neuzuwanderer insgesamt können in den Arbeitsmarktstatistiken nicht direkt erkannt werden.¹ Für die Analyse der Auswirkungen der Fluchtmigration auf den Arbeitsmarkt wurde daher von der Statistik der Bundesagentur für Arbeit teilweise das Aggregat „Personen mit einer Staatsangehörigkeit aus einem der zugangsstärksten Asylherkunftsländer“ gebildet. In das Aggregat wurden die Länder aufgenommen, deren Staatsangehörige in den letzten Jahren in Deutschland die meisten Asylerstanträge gestellt haben. Für bestimmte Fragestellungen wird unterschieden in Asylherkunftsländer aus nichteuropäischen Staaten (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Sy-

1 Ab Juni 2016 können in der Arbeitslosenstatistik auch Flüchtlinge ausgewiesen werden, allerdings nicht für zurückliegende Zeiträume (Bundesagentur für Arbeit, d).

Tab. Bevölkerung und Arbeitsmarkt nach Staatsangehörigkeit

	Bevölkerung nach AZR ¹		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte		Regelleistungsberechtigte nach dem SGB II		Arbeitslose	
	Bestand Dezember 2015		Bestand Juni 2015	Beschäftigungsquote Dezember 2015 ^{2, 3}	Bestand Dezember 2015	SGB II-Quote Dezember 2015 ^{2, 3}	Bestand Dezember 2015	Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße Dezember 2015 ²
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt⁴	•	•	30 771 297	•	5 837 290	•	2 681 415	•
Deutsche	•	59,1	27 925 888	59,1	4 381 060	7,7	2 103 418	6,3
Ausländer	9 107 893	37,7	2 829 470	37,7	1 426 855	17,5	572 985	14,7
Summe Zuwanderungsländer	5 340 920	•	1 701 656	•	890 818	•	337 361	•
EU-Osterweiterung	2 108 241	45,5	854 005	45,5	261 519	13,1	103 410	9,9
GIPS ⁵	1 225 905	48,3	471 731	48,3	144 309	13,8	66 012	11,0
Asylherkunftsländer	2 006 774	25,6	375 920	25,6	484 990	26,6	167 939	25,3
Balkan	772 523	35,5	199 679	35,5	121 477	17,4	50 295	16,7
Osteuropa	364 768	35,7	98 851	35,7	62 928	19,8	27 288	17,6
Nichteuropa	869 483	12,8	77 390	12,8	300 585	37,4	90 356	43,5
Sonstige Ausländer	3 766 973	35,7	1 143 753	35,7	536 037	16,3	235 624	14,9
Veränderung gegenüber 2010								
	Anzahl	Prozentpunkte	Anzahl	Prozentpunkte	Anzahl	Prozentpunkte	Anzahl	Prozentpunkte
Insgesamt⁴	•	•	2 804 696	•	- 313 054	•	- 330 171	•
Deutsche	•	•	1 854 445	•	- 551 358	•	- 430 539	- 1,4
Ausländer	2 354 272	4,4	950 601	4,4	237 445	- 1,9	99 291	- 2,4
Summe Zuwanderungsländer	2 186 429	•	798 439	•	367 979	•	116 599	•
EU-Osterweiterung	1 074 327	16,2	565 341	16,2	158 792	2,5	54 614	- 2,9
GIPS ⁵	213 065	6,9	133 448	6,9	34 341	1,4	8 892	- 1,6
Asylherkunftsländer	899 037	- 6,9	99 650	- 6,9	174 846	- 3,8	53 093	1,6
Balkan	256 377	- 3,2	47 489	- 3,2	36 759	- 0,4	6 534	- 1,5
Osteuropa	49 205	7,0	29 077	7,0	- 27 342	- 12,6	- 5 517	- 7,3
Nichteuropa	593 455	- 12,4	23 084	- 12,4	165 429	- 13,8	52 076	9,6
Sonstige Ausländer	167 843	3,2	151 812	3,2	- 130 534	- 4,2	- 17 308	- 2,5
%								
Insgesamt	•	10,0	x	- 5,1	•	- 11,0	x	
Deutsche	•	7,1	x	- 11,2	•	- 17,0	x	
Ausländer	34,9	50,6	x	20,0	x	21,0	x	
Summe Zuwanderungsländer	69,3	88,4	x	70,4	x	52,8	x	
EU-Osterweiterung	103,9	195,8	x	154,6	x	111,9	x	
GIPS ⁵	21,0	39,4	x	31,2	x	15,6	x	
Asylherkunftsländer	81,2	36,1	x	56,4	x	46,2	x	
Balkan	49,7	31,2	x	43,4	x	14,9	x	
Osteuropa	15,6	41,7	x	- 30,3	x	- 16,8	x	
Nichteuropa	215,0	42,5	x	122,4	x	136,0	x	
Sonstige Ausländer	4,7	15,3	x	- 19,6	x	- 6,8	x	

1 AZR = Ausländerzentralregister.

2 Vorläufig; absolute Veränderung mit bis auf eine Kommastelle gerundeten Quoten berechnet.

3 Quotenberechnung Deutsche: Bezugsgröße = Bevölkerungsfortschreibung Dezember 2014.

4 Wegen fehlender Angaben zur Staatsangehörigkeit ergibt die Summe von Ausländern und Deutschen nicht Insgesamt.

5 Griechenland, Italien, Portugal, Spanien.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

rien), aus Osteuropa (Russische Föderation, Ukraine) und aus dem Balkan (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien). Die Asylherkunftsländer bilden zusammen mit den oben genannten Ländern der EU-Osterweiterung und den GIPS-Staaten die aktuellen Migrationsländer.

Ein Blick auf die Bevölkerungsstatistik zeigt, dass diese Herkunftsländergruppen das Migrationsgeschehen in Deutschland in den letzten Jahren dominierten. So entfielen mehr als 90 % des Anstiegs der ausländischen Bevölkerung im Zeitraum 2010 bis 2015 auf diese Ländergruppen. Die Zahl der in Deutschland lebenden Staatsangehörigen aus diesen Ländern hat sich in diesem Zeitraum um 69 % erhöht. Dabei kommen die absolut größten Wachstumsbeiträge von Personen aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten und den nichteuropäischen Asylherkunftsländern, deren Zahlen sich verdoppelt beziehungsweise verdreifacht haben. Die Bevölkerungszahl der sonstigen Ausländer, also der Ausländer ohne die Staatsangehörigen aus den Migrationsländern, ist im selben Zeitraum dagegen nur um 5 % gestiegen. Entsprechend hat der Anteil von Staatsangehörigen aus den aktuellen Migrationsländern an allen Ausländern von 47 % auf 59 % zugenommen (vgl. Tabelle).

3 Methodische Anmerkungen²

Zuwanderer erhöhen das Arbeitskräfteangebot, wenn sie im erwerbsfähigen Alter sind und einer Erwerbsarbeit nachgehen dürfen und wollen. Sofern sie ihr Arbeitsangebot realisieren und eine Arbeit aufnehmen, werden sie als Erwerbstätige gezählt. Gelingt ihnen das nicht, können sie sich bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter arbeitslos melden. Die vorliegende Analyse untersucht die Auswirkungen der Migration auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die registrierte Arbeitslosigkeit und den Leistungsbezug in der Grundsicherung für Arbeitsuchende.³ Die Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung und der Selbstständigkeit werden nicht berücksichtigt. Auch die Auswirkungen der Migration auf andere soziale Sicherungssysteme, wie insbesondere Asylbewerberleistungen und Sozialhilfe für nicht erwerbsfähige Personen, bleiben außerhalb der Betrachtung. Wie in Kapitel 2 beschrieben, bilden die Ländergrup-

pen der EU-Osterweiterung, die GIPS-Staaten und die Asylherkunftsländer die aktuellen Migrationsländer. Diese Abgrenzung ist nur eine Näherung, weil einerseits Ausländer aus diesen Ländern schon lange im Land leben können und andererseits Ausländer auch aus anderen Ländern neu zugewandert sein können. Entscheidend sind Veränderungen von Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und dem Bezug von Grundsicherungsleistungen, die plausibel mit der aktuellen Migration in Zusammenhang gebracht werden können. Die Darstellungen von Strukturen und Quoten konzentrieren sich auf die neuen osteuropäischen EU-Staaten und die nichteuropäischen Asylherkunftsländer, weil sich die Bevölkerungszahlen dieser Ländergruppen in den letzten fünf Jahren so stark verändert haben, dass auch die Strukturen und Quoten maßgeblich von der aktuellen Migrationsperiode geprägt sein dürften.

Bei der Interpretation der Ergebnisse zu den Herkunftsländergruppen ist zu beachten, dass Staatsangehörige aus diesen Ländern einen jeweils unterschiedlichen Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Grundsicherungsleistungen haben. Staatsangehörige aus den Ländern der EU-Osterweiterung und den GIPS-Ländern genießen in Deutschland volle Arbeitnehmerfreizügigkeit und können Leistungen aus der Grundsicherung beziehen, wenn sie arbeiten oder durch vorherige Arbeit Ansprüche erworben haben. Dagegen unterliegen Staatsangehörige aus den Asylherkunftsländern, die sich als Asylbewerber oder geduldete Personen in Deutschland aufhalten, in den ersten drei bis sechs Monaten einem Beschäftigungsverbot und bis zum 15. Monat einer Vorrangprüfung, in der bei jeder beabsichtigten Beschäftigungsaufnahme geprüft wird, ob ein bevorzogter Inländer den Arbeitsplatz besetzen kann.⁴ Für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern wie dem Balkan, die ihren Antrag nach dem 31. August 2015 gestellt haben, besteht zudem ein durchgehendes Beschäftigungsverbot, das sich auch auf eine etwaige nachfolgende Duldung erstreckt. Erst wenn der Antrag von Schutzsuchenden anerkannt wird, erhalten sie uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt und bei Bedürftigkeit auch zu Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Schutzsuchende je nach Asylherkunftsland in unterschiedlichem Aus-

² Vgl. hierzu die monatliche Hintergrundinformation der Bundesagentur für Arbeit: Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt (Bundesagentur für Arbeit, c). Ausführliches Datenmaterial und Schaubilder zu den Auswirkungen der Migration auf den Arbeitsmarkt werden monatlich im Migrationsmonitor Arbeitsmarkt veröffentlicht.

³ Datenstand für die Analyse war der Mai 2016.

⁴ Diese Fristen gelten seit November 2014; davor dauerte das Beschäftigungsverbot für Asylbewerber 9 Monate und für Geduldete 15 Monate.

maß mit einem Schutzgrund anerkannt werden und aus diesen Ländern auch andere Migrationswege nach Deutschland eingeschlagen werden, wie Familiennachzug oder reguläre Bildungs- oder Arbeitsmigration.

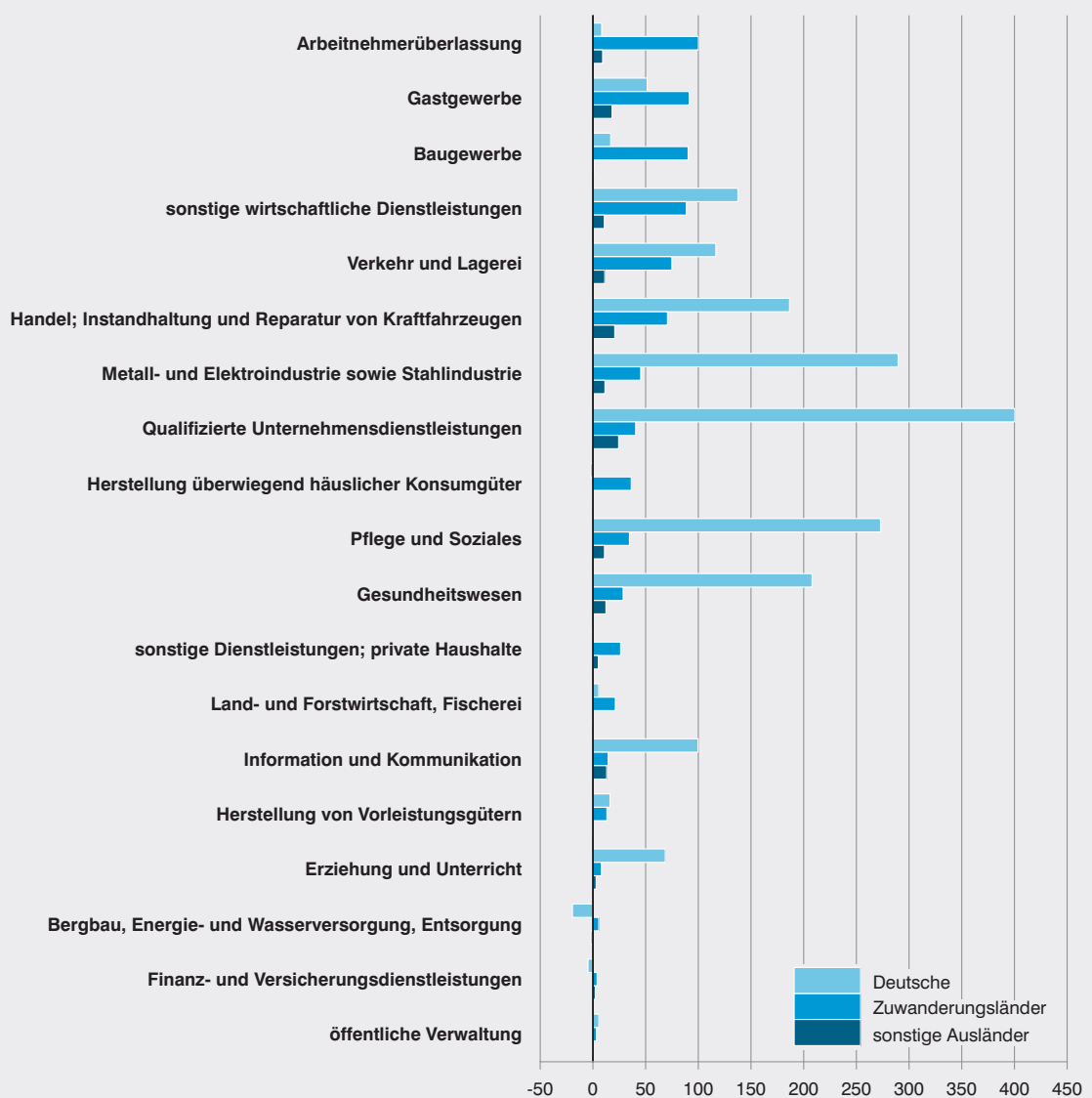
4 Auswirkungen auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland hat seit 2006 kräftig zugenommen. Zu diesem Beschäftigungsaufbau haben Staatsan-

gehörige aus den aktuellen Zuwanderungsländern einen Beitrag geleistet, der ab 2011 mit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für acht der elf osteuropäischen EU-Staaten deutlich größer wurde. So ist von Juni 2010⁵ bis Juni 2015 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 2,805 Millionen oder 10 % gewachsen; davon entfielen 798 000 Personen oder 28 % auf Staatsangehörige aus den aktuellen Zuwanderungsländern. Den Hauptbeitrag leisteten dabei die neuen osteuropäischen EU-Staaten: Ihre Beschäftigtenzahl ist um 565 000 gestiegen

⁵ Weil für den Dezember 2015 noch keine endgültigen Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vorliegen, wird hier jeweils der Juni herangezogen.

Abb. 2
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland nach Wirtschaftszweigen* und Herkunftsländergruppen
Veränderung Juni 2015 gegenüber Juni 2010 in Tausend



* Branchen auf Basis der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008.

und hat sich damit verdreifacht. Kräftige Zuwächse gab es auch bei Beschäftigten aus den GIPS-Ländern (+133 000 Personen; +39%) und den Asylherkunftsländern (+100 000 Personen; +36%). Die relativen Anstiege der Zuwanderungsländer fielen jeweils beträchtlich größer aus als für Sonstige Ausländer und für Deutsche (+15% beziehungsweise +7%). Infolge der Zuwanderung nahm der Anteil der Ausländer an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 6,7% im Jahr 2010 auf 9,2% im Jahr 2015 zu.

Abbildung 2 zeigt, in welchen Branchen sich dieses Beschäftigungswachstum realisiert hat. Dort sind für einzelne Branchen auf Basis der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 die Beschäftigungsveränderungen und ihre Verteilung auf die aktuellen Zuwanderungsländer, Sonstige Ausländer und Deutsche dargestellt. Danach erzielten die Zuwanderungsländer die absolut größten Beschäftigungsgewinne in der Arbeitnehmerüberlassung, dem Gastgewerbe, dem Baugewerbe und den Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (mit dem Reinigungsgewerbe und dem Garten- und Landschaftsbau). In der Summe entfällt auf diese Branchen etwa die Hälfte der zusätzlichen Beschäftigung von Staatsangehörigen aus den aktuellen Zuwanderungsländern. Darüber hinaus wird der Beschäftigungszugewinn in einigen Branchen, unter anderem der Arbeitnehmerüberlassung, dem Baugewerbe und der Herstellung von Konsumgütern (mit der Ernährungsindustrie), zum weitaus größten Teil oder ganz von den aktuellen Zuwanderungsländern getragen.

Um der Frage nachzugehen, in welchen Qualifikationen die Zuwanderer Beschäftigung finden, werden Auswertungen zum Anforderungsniveau der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit herangezogen. In der Klassifikation der Berufe 2010 werden vier Niveaus unterschieden, nämlich Helfer und Anlern Tätigkeiten, Fachkräfte (mit in der Regel zwei- bis dreijähriger Berufsausbildung), Spezialisten (insbesondere Meister und Techniker) und Experten (mit einer mindestens vierjährigen Hochschulausbildung). Auf Basis der Klassifikation der Berufe 2010 können die Veränderungen von Juni 2013 bis Juni 2015 betrachtet werden. In diesem Zeitraum betraf fast die Hälfte des Zuwachses der sozialversicherungspflichtigen Be-

schäftigung⁶ der aktuellen Migrationsländer Helfertätigkeiten. Dabei war bei den neuen osteuropäischen EU-Staaten der Beitrag der Helfer mit 54% deutlich größer als bei den GIPS-Staaten und den Asylherkunftsländern mit 37% beziehungsweise 38%. Zwar fiel auch für Deutsche und Sonstige Ausländer der Anstieg bei Helfern überdurchschnittlich aus, blieb aber für den Gesamtanstieg in diesen Gruppen mit Anteilen von 24% beziehungsweise 28% von deutlich geringerer Bedeutung als für die Zuwanderungsländer.

Der im Vergleich zu den Deutschen anders strukturierte Beschäftigungszuwachs von Staatsangehörigen aus den Zuwanderungsländern zeigt sich entsprechend auch in deren aktueller Branchen- und Qualifikationsstruktur. So sind Beschäftigte aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten und den nichteuropäischen Asylherkunftsländern im Vergleich zu den Deutschen insbesondere im Gastgewerbe, den Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und der Arbeitnehmerüberlassung überproportional vertreten. Das Qualifikationsprofil der Beschäftigten aus diesen Ländergruppen ist im Vergleich zu Deutschen und Ausländern insgesamt deutlich hin zu Geringqualifizierten verschoben. Der Helferanteil für Beschäftigte aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten beläuft sich auf 46% und der für Beschäftigte aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern auf 42%, während Deutsche nur zu 13% und alle Ausländer zu 35% als Helfer beschäftigt sind (vgl. Abbildung 3).

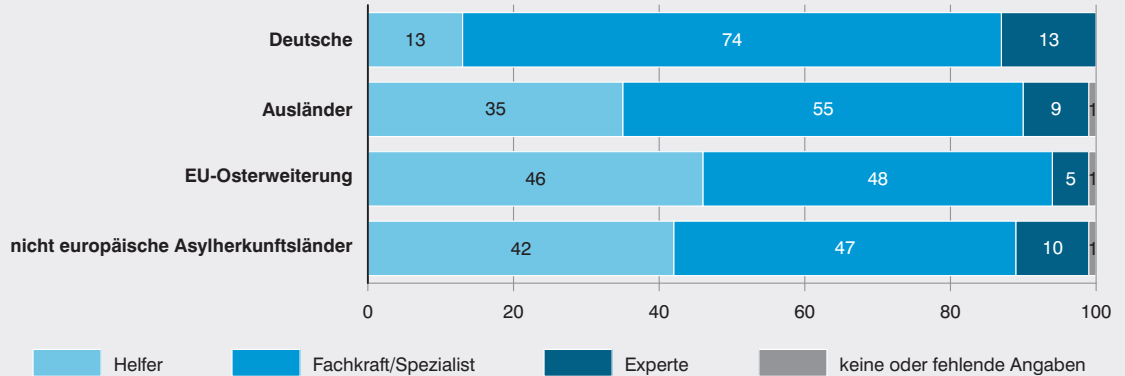
Branche und Qualifikation der ausgeübten Tätigkeit sind auch wichtige Bestimmungsgründe für die Höhe der erzielten Arbeitsentgelte. Angaben zu den Bruttomonatsentgelten von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Vollzeit (ohne Auszubildende) liegen für Dezember 2013 vor. Danach erzielten Ausländer im Mittel Arbeitsentgelte, die um 16% unter denen der Deutschen lagen.⁷ Vollzeitbeschäftigte aus den neuen osteuropäischen EU-Ländern und den nichteuropäischen Asylherkunftsländern unterschritten den Mittelwert der Deutschen noch deutlicher, nämlich um 33% und 37%. Schränkt man den Vergleich auf das jeweilige Anforderungsniveau ein, werden die Entgeltunterschiede zwar kleiner, bleiben aber weiter erheblich. Entsprechend war auch der Anteil der

6 Um unverzerrte Zeitvergleiche zu ermöglichen, umfassen die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten keine behinderten Menschen in Werkstätten, Einrichtungen der Jugendhilfe oder ähnlichen Einrichtungen für behinderte Menschen. Für diese Personengruppen hatte es eine Änderung im Meldeverfahren zur Sozialversicherung gegeben.

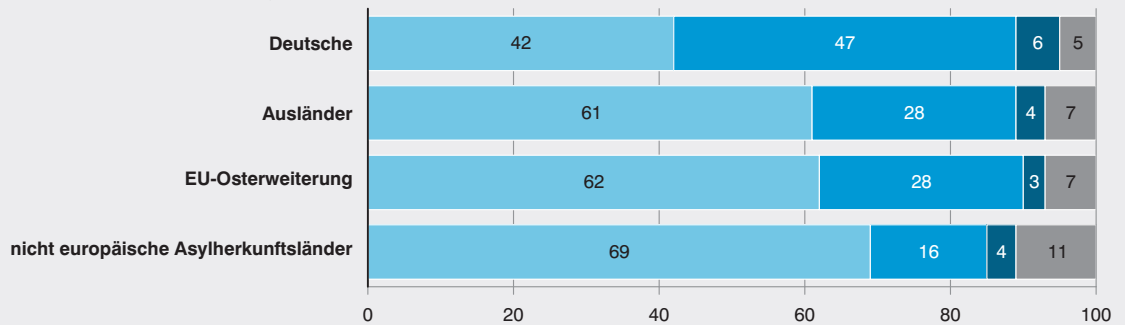
7 Vergleich von Medianwerten. Der Median teilt eine nach der Höhe der Entgelte sortierte Häufigkeitsverteilung in zwei gleich große Teile und steht damit in der Mitte der Verteilung.

Abb. 3
Qualifikationsniveaus nach Staatsangehörigkeit
 in Prozent

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte¹ nach Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit im Juni 2015



Arbeitslose nach Anforderungsniveau des Zielberufs im Dezember 2015



¹ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Personengruppenschlüssel 107, 111 und 204.

Beschäftigten im Niedriglohnbereich⁸ bei Ausländern und Neuzuwanderern größer. Während von den deutschen Vollzeitbeschäftigten 19% ein Monatsentgelt in der unteren Entgeltgruppe erzielen, steigt dieser Anteil für Ausländer insgesamt auf 32% und für Beschäftigte aus den Staaten der EU-Osterweiterung und den nichteuropäischen Asylherkunftsländern sogar auf 49% und 54%.

5 Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit

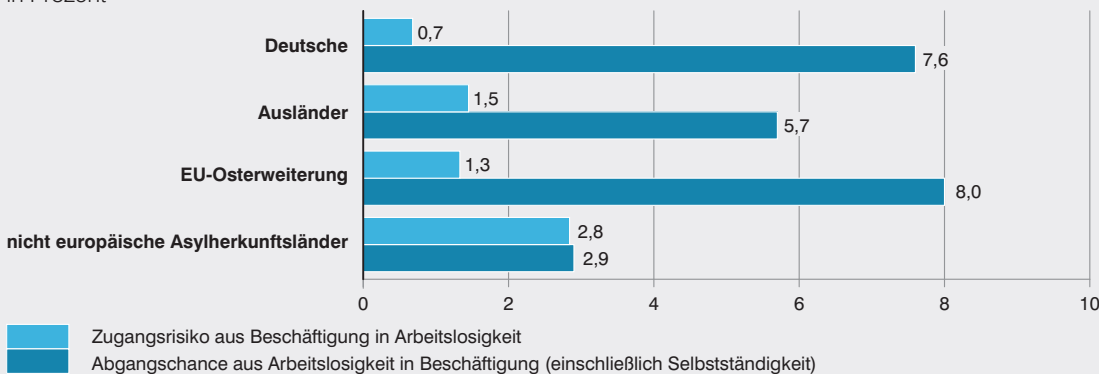
Dem kräftigen Beschäftigungsanstieg folgend ist die gesamte Arbeitslosigkeit in Deutschland seit 2006 deutlich gesunken. Moderate Anstiege gab es nur in den Jahren 2009 und 2013. Ab 2012 zeigt sich eine erhöhende Wirkung der Migration auf die Arbeitslosigkeit. Von Dezember 2010 bis Dezember 2015 ist die Zahl der Arbeitslosen aus den aktuellen Zuwanderungsländern um 117 000 oder 53% gewachsen. Der Anstieg verteilt sich etwa hälftig auf die Länder der EU-Osterweiterung und die nichteuropäischen

Asylherkunftsländer. Da die Zahl der deutschen Arbeitslosen im gleichen Zeitraum um 431 000 oder 17% und die der Sonstigen Ausländer um 17 000 oder 7% gesunken ist, nahm die Arbeitslosigkeit insgesamt um 330 000 Personen oder 11% ab. Der Anteil der Ausländer an allen Arbeitslosen ist von 16% auf 21% gestiegen.

Analog zu den Beschäftigten kann für Arbeitslose das Anforderungsniveau des (ersten) Zielberufs bestimmt werden, dessen Festlegung durch Arbeitsvermittler und Arbeitsuchende die vorhandene Qualifikation und die Einmündungschancen berücksichtigt (vgl. Abbildung 3). Danach suchen Ausländer und Neuzuwanderer in deutlich größerem Umfang eine Helfertätigkeit als Deutsche. So ist bei Arbeitslosen aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten der Helferanteil mit 62% etwa gleich hoch wie bei Ausländern insgesamt (61%). Arbeitslose aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern verzeichnen mit

⁸ In Anlehnung an die Definition der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gilt als Geringverdiener, wer als sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter weniger als zwei Drittel des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten erzielt (Schwelle des unteren Entgeltbereichs).

Abb. 4

Monatsdurchschnittliche Risiken bzw. Chancen am Arbeitsmarkt nach Herkunftsländergruppen 2015
in Prozent

Lesehilfe: Ausländische Beschäftigte haben ein Risiko von 1,5 %, im nächsten Monat den Job zu verlieren und arbeitslos zu werden. Ausländische Arbeitslose haben eine Chance von 5,7 %, im nächsten Monat die Arbeitslosigkeit durch Beschäftigungsaufnahme zu beenden.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

69 % einen noch höheren Anteil. Von den deutschen Arbeitslosen suchen dagegen 42 % eine Helfertätigkeit. Dass die Anteile der Helferberufe bei Arbeitslosen generell erheblich größer ausfallen als bei Beschäftigten, ist der Tatsache geschuldet, dass Helfer ein erheblich größeres Arbeitsloskeitsrisiko haben als Fachkräfte/Spezialisten oder Experten.

Der Zusammenhang von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit kann mit statistischen Indikatoren zum Zugangsrisiko und zu den Abgangschancen beschrieben werden. Das Zugangsrisiko beschreibt das Risiko, aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung heraus im nächsten Monat arbeitslos zu werden, die Abgangschance bezeichnet die Chance, im nächsten Monat die Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Beschäftigung (einschließlich Selbstständigkeit) zu beenden (Bundesagentur für Arbeit, a). Ausländer haben ein mehr als doppelt so großes Risiko, aus einer Beschäftigung heraus arbeitslos zu werden, als Deutsche. Gleichzeitig ist ihre Chance, durch Arbeitsaufnahme die Arbeitslosigkeit zu beenden, geringer als für Deutsche. Im Vergleich dazu haben Erwerbspersonen aus den Ländern der EU-Osterweiterung ein Zugangsrisiko, das etwas kleiner ist als für alle Ausländer, und eine Abgangschance, die deutlich größer ausfällt als für alle Ausländer und sogar leicht höher als für Deutsche. Das ist bemerkenswert, weil sich ihre Beschäftigungsstruktur erheblich ungünstiger darstellt als für Deutsche und Ausländer insgesamt. Beschäftigte aus den nicht-

europäischen Asylherkunftsländern unterliegen dagegen im Vergleich der Ländergruppen dem größten Risiko, arbeitslos zu werden; ihr Zugangsrisiko ist etwa doppelt so groß wie das aller Ausländer und viermal so groß wie das der Deutschen. Auch ihre Chance, durch Arbeitsaufnahme die Arbeitslosigkeit zu beenden, ist am geringsten und nur etwa halb so hoch wie für alle Ausländer (vgl. Abbildung 4).

6 Auswirkungen auf Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende

Wenn in Deutschland erwerbsfähige Personen ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, haben sie zusammen mit den in ihrem Haushalt lebenden Personen Anspruch auf Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten müssen dann alle Möglichkeiten nutzen, insbesondere durch Aufnahme einer Beschäftigung die Hilfebedürftigkeit zu beenden oder den Hilfebedarf zu mindern. Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende ist seit 2006 mit Ausnahme eines Anstiegs im Krisenjahr 2009 und einer Stagnation im Jahr 2013 gesunken. Dass die Abnahmen zuletzt schwächer ausgefallen sind, hängt auch damit zusammen, dass es infolge von Migration mehr Leistungsempfänger gibt. So ist von Dezember 2010 bis Dezember 2015 die Zahl der Regelleistungsberechtigten aus den aktuellen Zuwanderungsländern um 368 000 oder 70 % gestiegen. Der Hauptbeitrag kommt von den

nichteuropäischen Asylherkunftsländern und den neuen osteuropäischen EU-Staaten. Da die Zahl der deutschen Regelleistungsempfänger im gleichen Zeitraum um 551 000 oder 11 % und die der Sonstigen Ausländer um 131 000 oder 20 % gesunken ist, nahm die Zahl der Regelleistungsempfänger insgesamt um 313 000 Personen oder 5 % ab. Der Anteil der Ausländer an allen Regelleistungsempfängern ist von 19 % auf 24 % gestiegen.

In allen Ländergruppen fallen die absoluten Anstiege der Leistungsempfängerzahlen deutlich größer aus als die der Arbeitslosenzahlen. Das hat mehrere Gründe: Zum einen werden auch die nicht erwerbsfähigen Leistungsbezieher mitgezählt, das sind vor allem Kinder, die mit einem erwerbsfähigen Leistungsbezieher in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Zum anderen wird mehr als die Hälfte der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nicht als arbeitslos geführt. Die wichtigsten Gründe dafür sind die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, wie zum Beispiel an Integrationskursen oder Weiterbildungsmaßnahmen, die Betreuung kleiner Kinder, der Schulbesuch sowie die Ausübung einer Erwerbstätigkeit von mehr als 15 Wochenstunden, die mit Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende aufgestockt wird.

Dabei zeigt der Vergleich zwischen den Länderherkunftgruppen, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten am häufigsten einer Arbeit nachgehen und gleichzeitig Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende beziehen. Im Juni 2015 waren von ihnen 38 % als Erwerbstätige und darunter 19 % als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte registriert. Für Deutsche (28 % beziehungsweise 13 %) und Ausländer insgesamt (30 % beziehungsweise 14 %) werden deutlich kleinere Anteile ausgewiesen. In erheblich geringerem Umfang erzielen Leistungsberechtigte aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern Erwerbseinkommen. Der Anteil der Erwerbstätigen insgesamt belief sich für sie auf 19 % und der der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf 7 %.

Wechselt man die Blickrichtung und fragt, in welchem Umfang Beschäftigte aufstockende Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende beziehen,

differenziert sich das Bild. Danach erhielten von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten 4,3 % aufstockende Leistungen aus der Grundsicherung. Das ist zwar deutlich mehr als für Deutsche (1,6 %), aber weniger als für Ausländer insgesamt (5,9 %). Der Unterschied zu den Ausländern insgesamt ist bemerkenswert, weil Beschäftigte aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten deutlich niedrigere Arbeitsentgelte erzielen (vgl. Kapitel 4). Für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern wird dagegen ein sehr hoher Anteil an Beziehern von Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende ausgewiesen; fast jeder fünfte von ihnen (17,2 %) erhielt ergänzende Grundsicherungsleistungen. Die Tatsache, dass für Staatsangehörige aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten der Anteil der Beschäftigten an den Leistungsberechtigten trotzdem deutlich höher ausfällt als für Ausländer insgesamt und für die nichteuropäischen Asylherkunftsländer, erklärt sich vor allem damit, dass in den letzten beiden Gruppen die Hilfebedürftigkeit insgesamt größer und in stärkerem Maße durch Arbeitslosigkeit verursacht ist.

7 Integration von Ausländern in den Arbeitsmarkt

Wie in den vorangehenden Kapiteln gezeigt, ist aufgrund der aktuellen Zuwanderung die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, aber auch die der Arbeitslosen und der Bezieher von Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende deutlich gestiegen. Für die Beurteilung der Frage, wie gut die Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt gelingt, sind absolute Zahlen und ihre Veränderungen aber nur bedingt geeignet. Sie geben zwar Auskunft über die Größenordnung einer Gruppe und über ihre Bedeutung für den gesamten Arbeitsmarkt, für die Frage nach der Integration sind Quoten aber aussagekräftiger, weil sie auch die Veränderung der Bevölkerung beziehungsweise des Arbeitskräfteangebots der Zuwanderer berücksichtigen.

Die Integration in den Arbeitsmarkt kann mit folgenden Quoten beschrieben werden:

- der Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SV-Beschäftigungsquote), die zum Ausdruck bringt, in welchem Umfang die Bevöl-

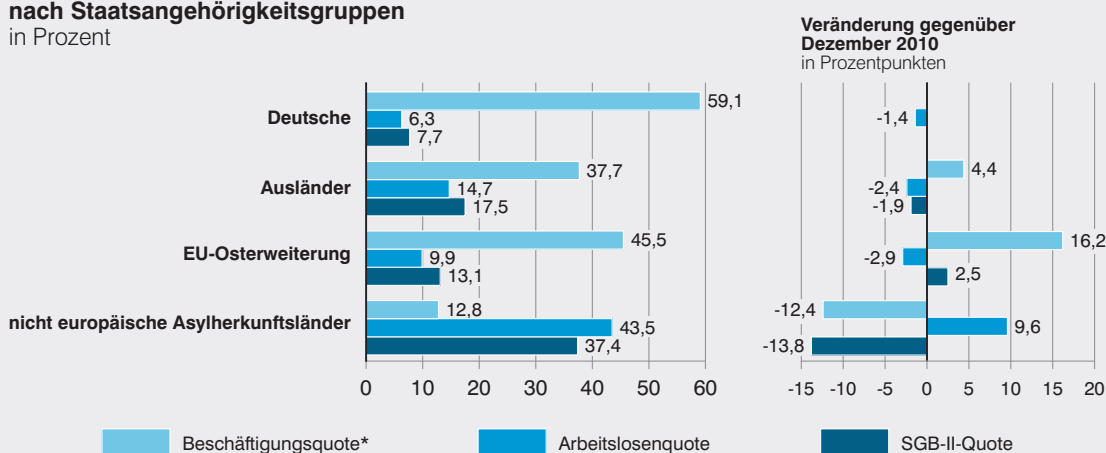
- der Arbeitslosenquote, die die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots anzeigt, indem sie die Zahl der (registrierten) Arbeitslosen zu der der zivilen Erwerbspersonen (Beschäftigte plus Arbeitslose) in Beziehung setzt; und
- der Grundsicherungsquote beziehungsweise SGB-II-Quote, die angibt, wie groß der Anteil der Menschen in der Bevölkerung ist, die zur Existenzsicherung auf Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II angewiesen sind.

In der Standardberichterstattung der Bundesagentur für Arbeit werden diese Quoten nur für Ausländer insgesamt und auf Basis einer zeitverzögerten und unterjährig fixierten Bezugsgröße veröffentlicht. Für die aktuellen Migrationsländer würde diese Berechnung zu systematischen Verzerrungen führen. Deshalb wurden für die Migrationsberichterstattung ergänzende Quoten eingeführt, die monatlich auf Basis einer anders abgegrenzten, aber periodengleichen Bezugsgröße berechnet werden (Bundesagentur für Arbeit, b). Die ergänzenden Quoten weichen deshalb von den Standardquoten ab. So fällt zum Beispiel die ergänzende Arbeitslosenquote für Ausländer auf Basis der anders abgegrenzten Bezugsgröße höher aus als die Standard-Arbeitslosen-

quoten, weil die ausländischen Selbstständigen in der ergänzenden Quote nicht berücksichtigt werden können.

Der Querschnittsvergleich der Quoten für Dezember 2015 zeigt deutliche Unterschiede zwischen Deutschen, Ausländern insgesamt und den aktuellen Migrationsländern. Für Staatsangehörige aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten wurde eine SV-Beschäftigungsquote von 45,5 % gemessen, der eine Arbeitslosenquote von 9,9 % und eine SGB-II-Quote von 13,1 % gegenüberstanden. Sie erreichten damit zwar ungünstigere Werte als Deutsche, aber günstigere als alle Ausländer. Die im Vergleich zu den Deutschen höheren Arbeitslosen- und SGB-II-Quoten erklären sich primär mit der ungünstigeren Beschäftigungsstruktur von Erwerbspersonen aus diesen Ländern, die deutlich häufiger als Deutsche in Jobs arbeiten, die ein größeres Risiko aufweisen, arbeitslos zu werden (vgl. Kapitel 5). Die nichteuropäischen Asylherkunftsländer verzeichneten im Vergleich zu allen Ausländern und zu den neuen osteuropäischen EU-Ländern deutlich schlechtere Werte. Staatsangehörige aus diesen Ländern erreichten im Durchschnitt eine SV-Beschäftigungsquote von nur 12,8 %, während ihre Arbeitslosenquote bei 43,5 % und ihre SGB-II-Quote bei 37,4 % lag. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Asylbewerber Arbeitsmarktbeschränkungen unterliegen und keine Grundsicherungsleistungen erhalten.

Abb. 5
Beschäftigungs-*, Arbeitslosen- und SGB-II-Quoten in Deutschland im Dezember 2015 nach Staatsangehörigkeitsgruppen
in Prozent



* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

cherungsleistungen für Arbeitsuchende beziehen können (vgl. Abbildung 5).

Die Unterschiede zwischen den Staaten der EU-Osterweiterung einerseits und den nichteuropäischen Asylherkunftsländern andererseits sind nicht überraschend. Arbeitsmigration führt der Natur der Sache nach zu einer schnelleren Arbeitsmarktintegration als Fluchtmigration. Arbeitsmigranten können die Migration planen und die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes im Aufnahmeland mit ihrem Qualifikationsprofil abgleichen. Bei Fluchtmigration steht dagegen die Rettung des eigenen Lebens an erster Stelle, und erst wenn das gelungen ist, stellen sich Fragen der Arbeitsmarktintegration im Aufnahmeland. Die Arbeitslosmeldung und die materielle Absicherung ist für Flüchtlinge ein erster Schritt in einem Integrationsprozess, der aufgrund der kulturellen Unterschiede, der fehlenden Sprachkenntnisse und fehlender formaler Qualifikation nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2015).

Wie haben sich die Quoten in der Migrationsperiode von Dezember 2010 bis Dezember 2015 entwickelt? Sowohl die Arbeitslosenquote der Deutschen als auch die der Ausländer insgesamt sind gesunken. Die Arbeitslosenquote für Erwerbspersonen aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten verringerte sich ebenfalls, und zwar um 2,9 Prozentpunkte. Gleichzeitig ist ihre SV-Beschäftigungsquote kräftig um 16,2 Prozentpunkte gestiegen. Der Aufbau der absoluten Arbeitslosenzahlen für Staatsangehörige aus diesen Ländern erklärt sich damit allein mit der Ausweitung des Arbeitsangebots. Ihr Arbeitslosigkeitsrisiko, ausgedrückt in der Arbeitslosenquote, hat sich sogar verringert. Für Staatsangehörige aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern nahm die Arbeitslosenquote dagegen deutlich um 9,6 Prozentpunkte zu und die SV-Beschäftigungsquote um 12,4 Prozentpunkte ab. Die Arbeitslosenzahl von Personen aus diesen Ländern ist also über den Arbeitsangebotseffekt hinaus gestiegen. Das ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass im Zuge der verstärkten Fluchtmigration der Anteil der Flücht-

linge, die noch nicht lange im Lande sind und erst am Anfang des Integrationsprozesses stehen, deutlich größer geworden ist.

Die SGB-II-Quote von Deutschen und Ausländern ist im Betrachtungszeitraum gesunken. Im Vergleich dazu hat sich die SGB-II-Quote für Staatsangehörige aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten um 2,5 Prozentpunkte erhöht. Hauptgrund für den Anstieg sind mehr Empfänger von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende aus Rumänien und Bulgarien. Die SGB-II-Quote für die nichteuropäischen Asylherkunftsländer ist dagegen kräftig um 13,8 Prozentpunkte gesunken. Allerdings hängt das allein damit zusammen, dass sich die Bevölkerungszahl dieser Gruppe aufgrund vieler neuer Asylbewerber erhöht hat und diese Personen während des Asylverfahrens keine Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende beziehen können.

8 Zusammenfassung und Fazit

Deutschland verzeichnete in den letzten Jahren aufgrund von Migration erhebliche Bevölkerungszugewinne. Das hat auch deutliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Weil Neuzuwanderer in den Arbeitsmarktstatistiken nicht direkt erkannt werden können, wurden Herkunftsländergruppen gebildet, die sich um die Hauptbeweggründe der Zuwanderung der letzten Jahre gruppieren: Osterweiterung der EU, EU-Schuldenkrise und Fluchtmigration. Es wurde gezeigt, dass der kräftige Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in den letzten fünf Jahren zu mehr als einem Viertel von Staatsangehörigen aus diesen Herkunftsländergruppen getragen wurde. Dabei entfällt der weitaus größte Teil des Beschäftigungszuwachses auf die Arbeitsmigration aus den osteuropäischen EU-Ländern und den GIPS-Staaten. Neuzuwanderer finden Beschäftigung vor allem in der Arbeitnehmerüberlassung, im Gastgewerbe und in der Bauwirtschaft, zu großen Teilen in Helfertätigkeiten. Mit der Zuwanderung sind auch die Arbeitslosigkeit und der Bezug von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende von Staatsangehörigen aus den Migrationsländern gestiegen. Zu diesen Anstiegen haben die Arbeitsmigration und die Fluchtmigration jeweils etwa zur Hälfte beigetragen.

Inwieweit Zuwanderer in den Arbeitsmarkt integriert sind, kann an den Beschäftigungs-, Arbeitslosen- und Grundsicherungsquoten abgelesen werden. Danach erreichen Staatsangehörige aus den Ländern der EU-Osterweiterung Quoten, die im Durchschnitt zwar ungünstiger ausfallen als für Deutsche, aber günstiger als für alle Ausländer. Weil Zuwanderer aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten weit überproportional in Jobs mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko und mit Entlohnungen im unteren Entgeltbereich arbeiten, sind sie auch häufiger arbeitslos beziehungsweise Leistungsbezieher in der Grundsicherung für Arbeitsuchende als Deutsche. Der Anstieg der Zahl der Arbeitslosen und Bezieher von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende aus diesen Ländern erklärt sich vor allem mit ihrer größeren Bevölkerungszahl; ihre Arbeitslosenquote ist in der Migrationsperiode gesunken, ihre Grundsicherungsquote etwas gestiegen. Deutsche und Ausländer insgesamt verzeichneten in dieser Zeit rückläufige Arbeitslosen- und Grundsicherungsquoten.

Für Staatsangehörige aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern werden sehr hohe Arbeitslosen- und Grundsicherungsquoten ausgewiesen. Dabei hat sich die Arbeitslosenquote aufgrund der sich verstärkenden Fluchtmigration vor allem in den letzten beiden Jahren erhöht. Mit der zunehmenden Anerkennung von Schutzbedürftigen wird auch die Grundsicherungsquote steigen. Die Arbeitslosmeldung und die materielle Absicherung mit Grundsicherungsleistungen ist für Staatsangehörige aus diesen Ländern ein erster Schritt in einem Integrationsprozess, der aufgrund der fehlenden Sprachkenntnisse und fehlender formaler Qualifikation einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird.

Literaturverzeichnis

Bundesagentur für Arbeit, a. Chancen und Risiken nach Wirtschaftszweigen. Monatlicher Analytikreport. Verfügbar unter:

<http://statistik.arbeitsagentur.de/>

Bundesagentur für Arbeit, b. Methodenbericht der BA, Ergänzende Arbeitslosen-, Beschäftigungs- und Hilfequoten für Ausländer in der Migrationsberichterstattung. Die Quoten werden monatlich im Migrationsmonitor Arbeitsmarkt veröffentlicht.

<http://statistik.arbeitsagentur.de/>

Bundesagentur für Arbeit, c. Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt. Verfügbar unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/>

Bundesagentur für Arbeit, d. Hintergrundinformation: Geflüchtete Menschen in den Arbeitsmarktstatistiken – Erste Ergebnisse. Nürnberg 2016. Verfügbar unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/>

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. IAB-Aktueller Bericht 14/2015. [Zugriff am 9. Juni 2016]. Verfügbar unter: <http://doku.iab.de/>

Statistisches Bundesamt. Nettozuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern im Jahr 2015 bei 1,1 Millionen. Pressemitteilung Nr. 105 vom 21. März 2016. Verfügbar unter: www.destatis.de

UNHCR. Weltweit fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Pressemitteilung vom 18. Juni 2015. [Zugriff am 8. Juni 2016]. Verfügbar unter: www.unhcr.de

25 Jahre Krankenhausstatistik – Ergebnisse seit 1991 für die Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Dipl.-Kffr. Karin Elflein

Die persönliche Gesundheit, deren Erhaltung oder Wiederherstellung, gehört für alle Menschen zu den wichtigsten Themen und größten Besorgnissen. Die Personen und Einrichtungen, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit mit der Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung sowie der Behandlung von Krankheiten befasst sind, bilden den Kern des Gesundheitswesens. Das Gesundheitssystem ist in Deutschland in drei Bereiche gegliedert: Es gibt die ambulante Versorgung, den Krankenhaus-Sektor sowie ambulante und stationäre Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. In diesem Beitrag werden das Leistungsangebot der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen im Bereich der stationären Gesundheitsversorgung (Betten und personelle Ausstattung) sowie die Inanspruchnahme der angebotenen Leistungen beschrieben. Aus der Diagnosestatistik werden einige Ergebnisse des Berichtsjahres 2015 im Vergleich zu 2003 dargestellt.

Statistik im Überblick

Die Krankenhausstatistik ist eine seit 1991 bundeseinheitlich durchgeführte jährliche Vollerhebung zum Stichtag 31. Dezember auf der Grundlage der Krankenhausstatistik-Verordnung.

Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sind Einrichtungen, die gemäß § 107 Absatz 2 SGB V

- der stationären Behandlung der Patienten dienen, um
 - eine Schwächung der Gesundheit, die in absehbarer Zeit voraussichtlich zu einer Krankheit führen würde, zu beseitigen oder einer Gefährdung der gesundheitlichen Entwicklung eines Kindes entgegenzuwirken (Vorsorge) oder
 - eine Krankheit zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern oder im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung den dabei erzielten Behandlungserfolg zu sichern oder zu festigen, auch mit dem Ziel, eine drohende Behinderung oder Pflegebedürftigkeit abzuwenden, zu beseitigen, zu mindern, auszugleichen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern (Rehabilitation), wobei Leis-

tungen der aktivierenden Pflege nicht von den Krankenkassen übernommen werden dürfen.

- fachlich-medizinisch unter ständiger ärztlicher Verantwortung und unter Mitwirkung von besonders geschultem Personal darauf eingerichtet sind, den Gesundheitszustand der Patienten nach einem ärztlichen Behandlungsplan vorwiegend durch Anwendung von Heilmitteln einschließlich Krankengymnastik, Bewegungstherapie, Sprachtherapie oder Arbeits- und Beschäftigungstherapie, ferner durch andere geeignete Hilfen, auch durch geistige und seelische Einwirkungen, zu verbessern und den Patienten bei der Entwicklung eigener Abwehr- und Heilungskräfte zu helfen,
- und in denen
- die Patienten untergebracht und verpflegt werden können.

Die Träger der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sind seit 1991 für die Grunddaten auskunftspflichtig. Im Rahmen der ersten Novellierung der Krankenhausstatistik-Verordnung vom 13. August 2001 wurde die Berichtspflicht zur Diagnosestatistik auf die Einrichtungen der Vorsorge oder Rehabilitation mit mehr als 100 Betten ausgeweitet. Seit 2003 stehen Ergebnisse hierfür zur Verfügung.

Im Bereich der Grunddaten sind die wesentlichen Erhebungsmerkmale die Art der Zulassung (Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung mit einem Versorgungsvertrag nach § 111 SGB V und sonstige Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (ohne Versorgungsvertrag)), die Art des Trägers und die Rechtsform der Einrichtung, die Bettenkapazitäten, medizinisch-technische Großgeräte, Pflegetage, Patientenzu- und -abgänge für die jeweiligen Einrichtungen und deren Fachabteilungen, sowie ärztliches Personal unterteilt nach Gebiets- bzw. Schwerpunktbezeichnung und nichtärztliches Personal nach Personalgruppen bzw. Berufsgruppen.

Im Rahmen der Diagnosestatistik werden neben der Hauptdiagnose (verschlüsselt nach der ICD = International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems), Verweildauer und Fachabteilung auch Alter, Geschlecht und Wohnort der behandelten Patienten erhoben. Die Angaben beziehen sich jedoch nur auf die entlassenen und vollstationären, nicht jedoch auf ambulante, vor-, nach- und teilstationäre Patientenfälle. Des Weiteren wird abgefragt, ob der vollstationär behandelte Patient im Laufe seines Krankenhausaufenthaltes verstorben ist.

Ausgewählte Ergebnisse aus den Grunddaten

Kennzahlen der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

In Bayern befanden sich 22,0% und damit nahezu ein Viertel der mehr als 1 150 deutschlandweit vorhandenen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen und 17,8% der aufgestellten Betten.

Im Jahr 2015 standen in den 253 bayerischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 29 290 Betten für die stationäre Vorsorge oder Rehabilitation zur Verfügung, das sind 570 Betten und 7 Einrichtungen weniger als noch im Jahr zuvor. Die seit 1997 anhaltende Reduzierung der aufgestellten Betten in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen setzte sich somit weiter fort. Seit 1991 nahm die Zahl der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen um 57 (-18,4%) ab und die Zahl der Betten reduzierte sich um 2 349 (-7,4%).

Bezogen auf die durchschnittliche Bevölkerung Bayerns standen 1991 für die stationäre Rehabilitation von 100 000 Einwohnern 274 Betten zur Verfügung, im Jahr 2015 waren es 229.

Die Zahl der vollstationär behandelten Patienten (Fallzahl) betrug im Jahr 2015 rund 354 000 und sank damit im Vergleich zum Vorjahr um 4 180 Personen (-1,2%); im Jahr 1991 wurden jedoch nur rund 332 000 Patienten vollstationär behandelt und somit ist ein Anstieg im Betrachtungszeitraum um 6,5% zu verzeichnen. Im Gegensatz hierzu nahm die Zahl der insgesamt angefallenen Pflegetage im Jahr 2015 um 45 623 (-0,5%) auf rund 8,52 Millionen im Vergleich zum Vorjahr ab. Parallel hierzu sank die Zahl der Pflegetage zwischen 1991 und 2015 um jedoch 12,3% von 9,7 Millionen auf das Ergebnis von 2015.

Die dargestellten Entwicklungen verliefen jedoch nicht kontinuierlich über den gesamten Betrachtungszeitraum. So wurden Anfang der 1990er-Jahre die Kapazitäten im Bereich der stationären Vorsorge und Rehabilitation stetig erweitert. Durch das Inkrafttreten des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes sowie des Beitragsentlastungsgesetzes zum 1. Januar 1997 wurden u. a. die Dauer der Rehabilitationsmaßnahmen generell von vier auf drei Wochen verkürzt und auf Personen beschränkt, die nicht dauerhaft aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, der Abstand zwischen Rehabilitationsmaßnahmen von drei auf vier Jahre verlängert, sowie die Zuzahlungen der Patienten erhöht und die Übergangsgelder gekürzt.

Der Bettenabbau insgesamt hatte keine verbesserte Bettenauslastung zur Folge, im Gegenteil, die Bettenauslastung sank von 84,1% im Jahr 1991 auf nur noch 79,7% im Jahr 2015. Die Ursache dafür dürfte wohl der merkliche Rückgang der Pflegetage sein. Gleichzeitig verkürzte sich auch die durchschnittliche Verweildauer von 29,2 Tagen 1991 auf 24,1 Tage im Berichtsjahr 2015 (vgl. Tabelle 1).

Auch im Bereich der Trägerschaft zeigten sich Veränderungen. Betrachtet man die zeitliche Entwicklung seit 1991, dann ergibt sich folgendes Bild. Der

Tab. 1 **Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, Betten und Patientenbewegung in Bayern von 1991 bis 2015**

Jahr	Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen insgesamt	Aufgestellte Betten insgesamt		Patientenbewegung ¹				
				Fallzahl		Pflegetage	durchschnittl. Verweildauer	Nutzungsgrad der Betten
		Anzahl	je 100 000 Einwohner ²	Anzahl	je 100 000 Einwohner ²	Tage		%
1991	310	31 639	274	332 176	2 882	9 713 512	29,2	84,1
1992	309	32 274	276	346 980	2 972	10 121 599	29,2	85,7
1993	316	33 404	283	353 554	2 992	10 338 134	29,2	84,8
1994	324	35 423	298	367 051	3 087	10 729 624	29,2	83,0
1995	331	36 691	307	385 451	3 224	11 265 535	29,2	84,1
1996	339	37 894	315	378 985	3 154	10 820 670	28,6	78,0
1997	342	38 182	317	303 137	2 514	8 089 024	26,7	58,0
1998	344	37 628	312	335 304	2 778	8 676 688	25,9	63,2
1999	346	37 037	306	370 710	3 059	9 278 630	25,0	68,6
2000	341	36 599	300	388 508	3 188	9 601 827	24,7	71,7
2001	329	36 056	294	385 992	3 143	9 529 034	24,7	72,4
2002	315	34 436	275	364 815	2 910	8 962 716	24,6	71,3
2003	305	32 632	263	330 974	2 670	8 226 070	24,9	69,1
2004	303	32 603	262	327 487	2 635	8 070 767	24,6	67,6
2005	302	32 628	262	332 032	2 666	8 143 550	24,5	68,4
2006	298	31 278	251	334 865	2 684	8 182 311	24,4	71,7
2007	302	32 004	256	361 220	2 889	8 719 927	24,1	74,7
2008	301	31 795	254	367 559	2 936	8 911 134	24,2	76,6
2009	299	31 631	253	366 085	2 928	8 906 153	24,3	77,1
2010	295	31 502	252	359 604	2 872	8 745 081	24,3	76,1
2011	289	31 365	253	351 784	2 838	8 539 820	24,3	74,6
2012	280	30 638	245	354 700	2 842	8 602 056	24,3	76,7
2013	269	30 355	242	363 840	2 896	8 559 777	23,5	77,3
2014	260	29 860	236	358 033	2 831	8 565 768	23,9	78,6
2015	253	29 290	229	353 853	2 772	8 520 145	24,1	79,7

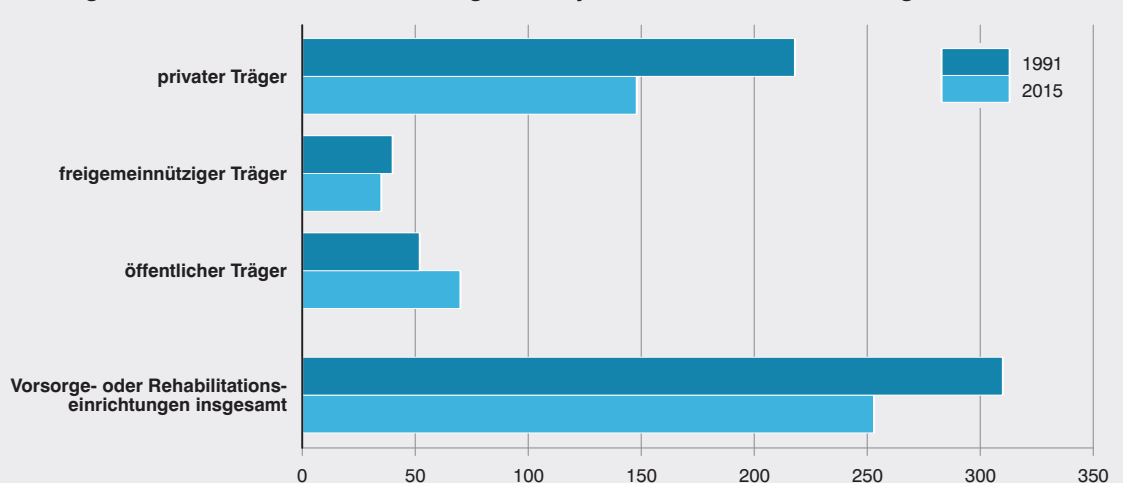
1 Einschließlich Stundenfälle.

2 Berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung des jeweiligen Jahres (arithmetisches Mittel aus den zwölf Monatsdurchschnitten). Ab 2011 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011.

Anteil der Einrichtungen der Vorsorge oder Rehabilitation in freigemeinnütziger Trägerschaft hat sich geringfügig von 12,9% auf 13,8% erhöht. Gegenätzlich dazu verlief die Entwicklung der aufgestellten

Betten in freigemeinnützigen Einrichtungen: Im Jahr 1991 waren es 11,2%, in 2015 dagegen nur noch 8,6% von allen aufgestellten Betten. Es besteht eine deutliche Abnahme des Anteils von privaten Einrich-

Abb. 1

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Bayern 1991 und 2015 nach Trägern

tungen der Vorsorge oder Rehabilitation von 70,3% im Jahr 1991 auf 58,5% in 2015, im Gegensatz hierzu hat sich jedoch der Anteil der aufgestellten Betten in privater Trägerschaft nur geringfügig von 67,2% auf 65,2% verringert. Nur bei Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft haben sich sowohl die Anzahl von Einrichtungen von 16,8% im Jahr 1991 auf 27,7% im Jahr 2015 als auch der Anteil der aufgestellten Betten von 21,7% auf 27,7% erhöht (vgl. Abbildung 1).

Personalstruktur der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

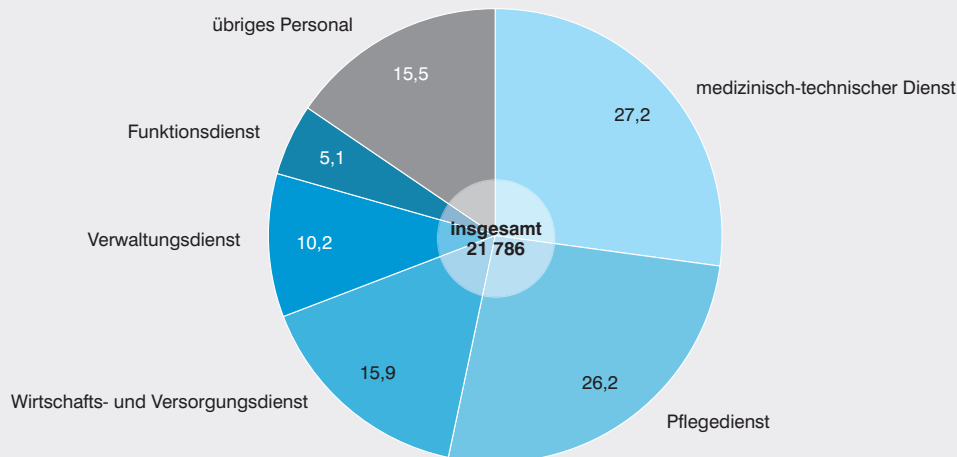
Zum Stichtag 31. Dezember 2015 wurden in den bayerischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 23 606 Beschäftigte gezählt; das waren 199 Personen bzw. rund 0,9% mehr als im Vorjahr und im Vergleich zu 1991 um 4 295 Personen mehr bzw. eine Zunahme von 22,2%. Die Anzahl der Beschäftigten unterteilt sich in den ärztlichen Dienst (nur hauptamtliche Ärzte und ohne Zahnärzte, nur Personal mit direktem Beschäftigungsverhältnis) und den nichtärztlichen Dienst (nur Personal mit direktem Beschäftigungsverhältnis). Des Weiteren gehören noch zum Personal der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen die Schülerinnen und Schüler, die Auszubildenden, die Belegärzte, die von Belegärzten angestellten Ärzte sowie das Personal der Ausbildungsstätten. Diese Personalgruppen werden hier jedoch nicht weiter dargestellt.

Der im Zeitraum 1991 bis 2015 festzustellende Anstieg der Zahl der Beschäftigten insgesamt betraf sowohl den ärztlichen als auch den nichtärztlichen Dienst, jedoch war der Anstieg beim ärztlichen Dienst um ein Vielfaches höher. 1991 waren es nur 1 294 Beschäftigte im ärztlichen Dienst, 2015 dagegen dann 1 820 Beschäftigte also ein Anstieg von 526 bzw. 40,6%. Im gleichen Zeitraum war der Anstieg im Bereich des nichtärztlichen Personals um 3 769 beschäftigte Personen bzw. um 20,9% weit aus geringer.

Der überwiegende Teil der in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen Beschäftigten zählt zum nichtärztlichen Personal. Im Jahr 2015 waren 21 786 Beschäftigte im nichtärztlichen Bereich tätig und damit 0,8% mehr als im Vorjahr. Das nichtärztliche Personal setzt sich aus Beschäftigten unterschiedlicher Personalgruppen (entsprechend der Gliederung der Krankenhausbuchführungsverordnung) zusammen. Die 5 700 im Pflegedienst tätigen Personen hatten einen Anteil von 26,2% am gesamten nichtärztlichen Personal. 5 916 (27,2%) Beschäftigte waren dem medizinisch-technischen Dienst zuzuordnen und 1 111 (5,1%) dem Funktionsdienst. Abbildung 2 gibt einen Überblick über die Personalstruktur des nichtärztlichen Personals der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen.

Abb. 2

Nichtärztliches Personal in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Bayern 2015 nach Beschäftigungsgruppen in Prozent



Im Betrachtungszeitraum hat sich die Personalstruktur in der Aufteilung zwischen ärztlichem und nicht-ärztlichem Dienst verändert. So betrug der Anteil der beschäftigten Ärzte an den insgesamt Beschäftigten im Jahr 1991 lediglich 6,7% im Jahr 2015 dagegen 7,7%. Auch innerhalb des nichtärztlichen Personals hat sich die Verteilung der Personalgruppen erwähnenswert verändert. Angestiegen ist die Zahl des Personals in den Bereichen Pflegedienst (+96,1%), medizinisch-technischer Dienst (+52,9%), Funktionsdienst (+138,4%), technischer Dienst (+13,1%) und Verwaltungsdienst (+12,0%). Gesunken sind jedoch die Beschäftigtenzahlen im klinischen Hauspersonal (-14,7%), Wirtschafts- und Versorgungsdienst (-26,1%), Sonderdienst (-28,4%) und dem sonstigen Personal (-39,2%), also vorwiegend in Aufgabenfeldern, die nicht direkt mit der Betreuung von Patienten beschäftigt sind. Es ist allerdings anzumerken, dass im Jahr 1991 im Sonderdienst die Sozialarbeiter enthalten waren, diese sind nun im medizinisch-technischen Dienst enthalten (vgl. Abbildung 3).

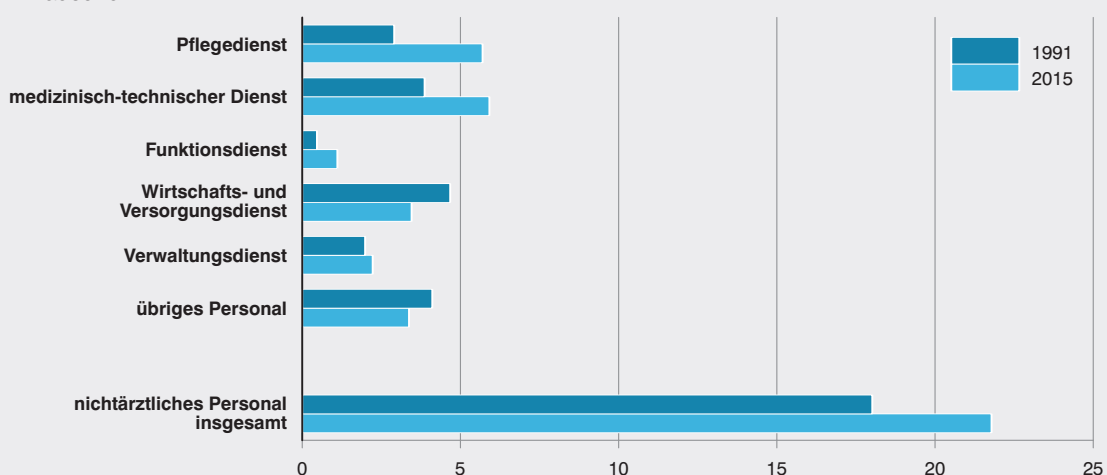
Zur besseren Vergleichbarkeit ist es jedoch sinnvoll, die Beschäftigtenzahl auf die volle tarifliche Arbeitszeit umzurechnen, um den verschiedenen Beschäftigungsverhältnissen (Teilzeit bzw. Vollzeit) Rechnung zu tragen. Dies sind im Bereich der Krankenhausstatistik die Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt, 2015 betrug deren Anzahl insgesamt 17 787. Das waren

239 Vollkräfte bzw. um 1,4% mehr als im Jahr 1991. Entsprechend der Entwicklung bei den Beschäftigtenzahlen war der Anstieg beim ärztlichen Dienst auch hier um ein Vielfaches höher als der Anstieg beim nichtärztlichen Dienst. 1991 waren es nur 1 226 Vollkräfte im ärztlichen Dienst (ohne Ärzte im Praktikum), 2015 dagegen dann 1 540 (inklusive Ärzte im Praktikum), also ein Anstieg um 314 bzw. 25,6%. Im gleichen Zeitraum war im nichtärztlichen Bereich die Entwicklung sogar umgekehrt, so war die Anzahl der Vollkräfte mit 16 247 um 75 niedriger als 1991.

Eine Betrachtung des Personals in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen im ärztlichen und nichtärztlichen Dienst nach Geschlecht und Beschäftigungsumfang zeigt folgendes: Der Frauenanteil im nichtärztlichen Dienst war 2015 mit 78,9% sehr viel höher als beim ärztlichen Personal (49,9%). Im Jahr 1991 klappte die Geschlechterverteilung zwischen ärztlichem Dienst und nichtärztlichem Dienst sogar noch weiter auseinander. 76,7% der Beschäftigten im nichtärztlichen Dienst waren Frauen und nur 30,7% des ärztlichen Dienstes waren weiblich. Der Anteil des teilzeit- oder geringfügig beschäftigten nichtärztlichen Personals in Vorsorge oder Rehabilitationseinrichtungen betrug im Jahr 1991 rund 17,8% und stieg bis 2015 sogar bis auf gut die Hälfte (50,8%) der Beschäftigten, im Bereich des ärztlichen Dienstes stieg der Anteil der teilzeit- oder geringfügig-

Abb. 3

Nichtärztliches Personal in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Bayern 1991 und 2015 nach Beschäftigungsgruppen in Tausend



Tab. 2 Ärztliches und nichtärztliches Personal in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Bayern 1991 und 2015 nach Geschlecht und Beschäftigungsumfang

Jahr	Insgesamt	darunter				
		Frauen		Teilzeitbeschäftigte		dar. Frauen
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Hauptamtliche Ärzte/Ärztinnen						
1991.....	1 294	397	30,7	67	5,2	40
2015	1 820	908	49,9	534	29,3	348
Nichtärztliches Personal						
1991	18 017	13 811	76,7	3 215	17,8	2 994
2015	21 786	17 199	78,9	11 065	50,8	9 925

gig Beschäftigten jedoch im Betrachtungszeitraum mit 5,2% im Jahr 1991 auf 29,3% im Jahr 2015 (vgl. Tabelle 2).

Diagnosedaten

Ab dem Berichtsjahr 2003 werden jährlich für alle aus Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten entlassenen oder verstorbenen vollstationär behandelten Patienten die Hauptdiagnosen erhoben. Die Hauptdiagnosen werden nach der Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme 10. Revision (ICD-10) verschlüsselt.

Im Jahr 2015 wurden in den bayerischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten 275 510 vollstationäre Behandlungsfälle gezählt. Dies entspricht einer Steigerung von 13,8% gegenüber 2003, als 242 141 Mal Patienten behandelt wurden. 52,3% der Behandlungsfälle waren Frauen und 47,7% Männer.

Betrachtet man die Altersstruktur der Patienten, so ist seit 2003 eine Verschiebung hin zu älteren Patienten zu verzeichnen. Im Jahr 2015 betrug das

Durchschnittsalter der Patienten 57 Jahre. Im Gegensatz dazu betrug das durchschnittliche Alter aller behandelten Patienten im Jahr 2003 nur 54,5 Jahre und war damit um einiges niedriger.

2015 waren mit 56,3 Jahren die männlichen Patienten im Durchschnitt etwas jünger als die weiblichen (57,6 Jahre). 2003 waren die Männer mit durchschnittlich 52,8 Jahren um im Durchschnitt nahezu 3,4 Jahre jünger. Bei den Frauen war der Unterschied mit 56,2 Jahren in 1991 und 57,6 Jahren in 2015 wesentlich geringer. Im Jahr 2003 betrug der Anteil aller Patientinnen und Patienten, die 65 Jahre oder älter waren, 31,0%, 2015 dagegen betrug der Anteil dieser Altersgruppe 34,4%. Die Altersgruppe der 45- bis unter 65-Jährigen hatte 2003 einen Anteil von 44,4% und war mit 47,0% im Jahr 2015 somit auch angestiegen. Bei den Kindern und Jugendlichen im Alter bis 14 Jahren verringerte sich der Anteil der behandelten Patientinnen und Patienten von 5,2% auf 4,7%. Ein bemerkenswerter Rückgang ist in der Altersgruppe der 15- bis unter 45-Jährigen zu verzeichnen und zwar von 18,9% im Jahr 2003 auf nur noch 13,9% in 2015 (vgl. Tabelle 3).

Tab. 3 Aus bayerischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen entlassene vollstationäre Patienten (einschließlich Stunden- und Sterbefälle)

Gegenstand der Nachweisung	Berichtsjahr		Anteil in Prozent		Veränderung 2015 gegenüber 2003	
	2003	2015	2003	2015	Anzahl	%
Patienten insgesamt	242 141	275 510	100	100	33 369	13,78
männlich	117 833	131 296	48,7	47,7	13 463	11,43
weiblich	124 298	144 214	51,3	52,3	19 916	16,02
ohne Geschlechtsangabe	10	–	x	x	x	x
im Alter von ... Jahren						
unter 15	12 698	12 899	5,2	4,7	201	1,58
15 bis unter 45	45 775	38 211	18,9	13,9	- 7 564	- 16,52
45 bis unter 65	107 475	129 608	44,4	47,0	22 133	20,59
65 oder mehr	75 169	94 792	31,0	34,4	19 623	26,11
Alter unbekannt	1 024	–	x	x	x	x

Tab. 4 Aus bayerischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen vollstationär entlassene Patienten nach Diagnosen (Einrichtungen mit mehr als 100 Betten, einschl. Sterbefälle und Stundenfälle)

Diagnose/Behandlungsanlass darunter Hauptdiagnose	Berichtsjahr		Anteil in Prozent		Veränderung 2015 gegenüber 2003	
	2003	2015	2003	2015	Anzahl	%
Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	833	846	0,3	0,3	13	1,6
Gut- und bösartige Neubildungen	17 169	24 337	7,1	8,8	7 168	41,7
darunter bösartige Neubildungen	15 973	22 555	6,6	8,2	6 582	41,2
Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmter Störungen mit						
Beteiligung des Immunsystems	1 283	742	0,5	0,3	- 541	- 42,2
Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	9 679	8 210	4,0	3,0	- 1 469	- 15,2
Psychische und Verhaltensstörungen	20 022	34 973	8,3	12,7	14 951	74,7
Krankheiten des Nervensystems	5 924	6 922	2,4	2,5	998	16,8
Krankheiten des Auges und des Augenanhangsgebildes	179	56	0,1	0,0	- 123	- 68,7
Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	354	912	0,1	0,3	558	157,6
Krankheiten des Kreislaufsystems	37 363	34 060	15,4	12,4	- 3 303	- 8,8
darunter ischämische Herzkrankheiten	13 914	11 437	5,7	4,2	- 2 477	- 17,8
Krankheiten des Atmungssystems	12 428	10 494	5,1	3,8	- 1 934	- 15,6
Krankheiten des Verdauungssystems	5 197	4 197	2,1	1,5	- 1 000	- 19,2
Krankheiten der Haut und der Unterhaut	1 942	2 407	0,8	0,9	465	23,9
Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und Bindegewebes	103 965	97 517	42,9	35,4	- 6 448	- 6,2
Krankheiten des Urogenitalsystems	848	615	0,4	0,2	- 233	- 27,5
Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	20	6	0,0	0,0	- 14	- 70,0
Bestimmte Zustände mit Ursprung in der Perinatalperiode	39	19	0,0	0,0	- 20	- 51,3
Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, a. n. k.	2 717	3 893	1,1	1,4	1 176	43,3
Verletzungen, Vergiftungen und andere Folgen äußerer Ursachen	17 426	19 802	7,2	7,2	2 376	13,6
Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	3 664	24 599	1,5	8,9	20 935	571,4
Sonstige	1 089	903	0,4	0,3	- 186	- 17,1
Insgesamt	242 141	275 510	100	100	33 369	13,8

Der mit Abstand häufigste Anlass für eine vollstationäre Behandlung in den bayerischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen waren im Jahr 2015 die Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes mit 35,4 % (nahezu 98 000 Fälle), gefolgt von psychischen Störungen und Verhaltensstörungen 12,7 % (rund 35 000 Fälle). Den dritten Rang nahmen mit 12,4 % (gut 34 000 Fälle) Krankheiten des Kreislaufsystems ein. Auch im Jahr 2003 waren die Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes mit sogar 42,9 % (rund 104 000 Fälle) der mit Abstand häufigste Anlass für eine vollstationäre Behandlung. Auf Platz zwei befanden sich jedoch die Krankheiten des Kreislaufsystems mit 15,4 % (rund 37 400 Fälle), gefolgt von den psychischen Störungen und Verhaltensstörungen mit 8,3 % (gut 20 000 Fälle); (vgl. Tabelle 4).

Betrachtet man die zehn häufigsten Hauptdiagnosen in den Berichtsjahren 2003 und 2015 dann ergibt sich folgendes Bild: In beiden Jahren befinden sich unter den zehn häufigsten Hauptdiagnosen Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes sowie Krankheiten des Herzens.

Dennoch gab es auch einige Verschiebungen: So befinden sich die Fraktur des Femurs (Oberschenkelknochen) und das Asthma bronchiale im Jahr 2015 nicht mehr unter den zehn häufigsten Hauptdiagnosen, dafür aber das Vorhandensein von anderen funktionellen Implantaten und andere neurotische Störungen.

Die Verteilung der Hauptdiagnosen nach Altersgruppen ist sehr heterogen. Für die meisten der unter 15-jährigen Patienten war Asthma bronchiale der Anlass für einen stationären Rehabilitationsaufenthalt. 1 943 Kinder wurden mit dieser Hauptdiagnose behandelt. Adipositas und hyperkinetische Störungen folgten an zweiter und dritter Stelle (vgl. Tabelle 5).

In der Altersgruppe der 15- bis unter 45-Jährigen waren es vor allem psychische und Verhaltensstörungen, derentwegen eine Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung in Anspruch genommen wurde. Die häufigsten Einzeldiagnosen waren andere neurotische Störungen, somatoforme Störungen und depressive Episoden. Bei nahezu jedem vierten Patienten in dieser Altersgruppe wurde eine von die-

Tab. 5 Gegenüberstellung der zehn häufigsten Hauptdiagnosen in Bayern in den Jahren 2003 und 2015

Rang- folge	2003		Rang- folge	2015	
	Diagnose	Anzahl		Diagnose	Anzahl
1	Rückenschmerzen	20 650	1	Rückenschmerzen	19 185
2	Koxarthrose (Arthrose des Hüftgelenkes)	15 899	2	Gonarthrose (Arthrose des Kniegelenkes)	18 534
3	Sonstige Bandscheibenschäden	15 082	3	Koxarthrose (Arthrose des Hüftgelenkes)	16 636
4	Gonarthrose (Arthrose des Kniegelenkes)	14 876	4	Hirinfarkt	10 221
5	Chronische ischämische Herzkrankheit	10 135	5	Vorhandensein von anderen funktionellen Implantaten	10 169
6	Sonstige Krankheiten der Wirbelsäule und des Rückens, andernorts nicht klassifiziert	8 218	6	Sonstige Bandscheibenschäden	8 761
7	Hirnfarkt	7 885	7	Chronische ischämische Herzkrankheit	7 541
8	Fraktur des Femurs	5 977	8	Andere neurotische Störungen	6 994
9	Asthma bronchiale	5 291	9	Sonstige Krankheiten der Wirbelsäule und des Rückens, andernorts nicht klassifiziert	6 597
10	Bösartige Neubildung der Brustdrüse (Mamma)	4 815	10	Bösartige Neubildung der Brustdrüse (Mamma)	6 340

sen Einzeldiagnosen als Hauptdiagnose gestellt. Der zweite Schwerpunkt waren Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes mit Rückenschmerzen und sonstige Bandscheibenschäden.

Bei den 45- bis unter 65-Jährigen waren die fünf häufigsten Einzeldiagnosen Rückenschmerzen, Arthrose des Kniegelenkes sowie des Hüftgelenkes, sonstige Krankheiten der Wirbelsäule und des Rü-

ckens und sonstige Bandscheibenschäden. Also nur Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes.

Bei den 65- bis unter 85-Jährigen rückten die Arthrosen des Kniegelenkes und des Hüftgelenkes in den Vordergrund. Jeder fünfte Patient dieser Altersgruppe wurde wegen einer dieser Diagnosen behandelt. Auf Platz drei folgte der Hirnfarkt.

Tab. 6 Die fünf häufigsten Hauptdiagnosen in Bayern im Jahr 2015 nach Alter der Patienten

Rang	Alter der Patienten Hauptdiagnose (ICD-Schlüssel)	Anzahl
	unter 15 Jahre	12 899
1	Asthma bronchiale (J45)	1 943
2	Adipositas (E66)	1 832
3	Hyperkinetische Störungen (F90)	973
4	Atopisches (endogenes) Ekzem - Neurodermitis (L20)	872
5	Reaktionen auf schwere Belastungen und Anpassungsstörungen (F43)	693
	15 bis unter 45 Jahre	38 211
1	Andere neurotische Störungen (F48)	5 237
2	Rückenschmerzen (M54)	2 981
3	Somatoforme Störungen (F45)	2 007
4	Sonstige Bandscheibenschäden (M51)	1 984
5	Depressive Episode (F32)	1 760
	45 bis unter 65 Jahre	129 608
1	Rückenschmerzen (M54)	14 011
2	Gonarthrose (Arthrose des Kniegelenkes) (M17)	7 343
3	Koxarthrose (Arthrose des Hüftgelenkes) (M16)	6 311
4	Sonstige Krankheiten der Wirbelsäule und des Rückens, andernorts nicht klassifiziert (M53)	5 300
5	Sonstige Bandscheibenschäden (M51)	5 079
	65 bis unter 85 Jahre	86 976
1	Gonarthrose (Arthrose des Kniegelenkes) (M17)	10 475
2	Koxarthrose (Arthrose des Hüftgelenkes) (M16)	9 418
3	Hirnfarkt (I63)	5 843
4	Vorhandensein von anderen funktionellen Implantaten (Z96)	5 447
5	Vorhandensein von kardialen oder vaskulären Implantaten oder Transplantaten (Z95)	4 076
	85 Jahre oder älter	7 816
1	Fraktur des Femurs (S72)	1 180
2	Hirnfarkt (I63)	779
3	Koxarthrose (Arthrose des Hüftgelenkes) (M16)	436
4	Gonarthrose (Arthrose des Kniegelenkes) (M17)	391
5	Fraktur der Lendenwirbelsäule und des Beckens (S32)	334

In der Altersgruppe der über 84-Jährigen war die Fraktur des Femurs (Oberschenkelbruch) die zentrale Einzeldiagnose. Bei mehr als jedem sechsten Patienten in dieser Altersgruppe war dies der Grund für den Aufenthalt in der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung, gefolgt vom Hirninfarkt und der Arthrose des Hüftgelenkes sowie des Kniegelenkes (vgl. Tabelle 6).

Ausblick

Die Krankenhausstatistik liefert vielfältige Informationen über das Volumen und die Struktur des Leistungsangebots sowie über die Inanspruchnahme stationärer Gesundheitsversorgung in den Krankenhäusern und den Vorsorge- oder Rehabilitati-

onseinrichtungen in Bayern. Die Ergebnisse der Krankenhausstatistik bilden die statistische Basis für viele gesundheitspolitische Entscheidungen der Länder und auch des Bundes, unter anderem dienen sie den an der Finanzierung beteiligten Institutionen als Planungsgrundlage. Des Weiteren erfolgt für Forschungszwecke eine rege Nutzung der erhobenen Daten im Forschungsdatenzentrum.

Die Krankenhausstatistik wurde bisher mehrmals weiterentwickelt und an die Veränderungen im Bereich der stationären Versorgung angepasst. So befasst sich das Bundesministerium für Gesundheit auch derzeit wieder mit einer Novellierung der Krankenhausstatistikverordnung.

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns im Jahr 2015

Dipl.-Math. (FH) Janine Große

Im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns wurden 2015 nominal rund 12,4 Milliarden Euro in Sachanlagen investiert. Nach einer Zunahme von 9,6% im Jahr zuvor stiegen die aktivierten Bruttozugänge an Sachanlagen im Jahr 2015 um 2,6%. Davon entfielen 87,0% auf Ausrüstungen, 12,2% auf bebaute Grundstücke und Bauten sowie 0,8% auf Grundstücke ohne Bauten. Der Fahrzeugbau bleibt stärkster Investor. Fast die Hälfte der Investitionen entfiel auf den Regierungsbezirk Oberbayern.

Soweit im nachfolgenden Text nicht explizit zwischen den Wirtschaftsabschnitten „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ und „Verarbeitendes Gewerbe“ unterschieden wird, umfasst die Bezeichnung „Verarbeitendes Gewerbe“ auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden.

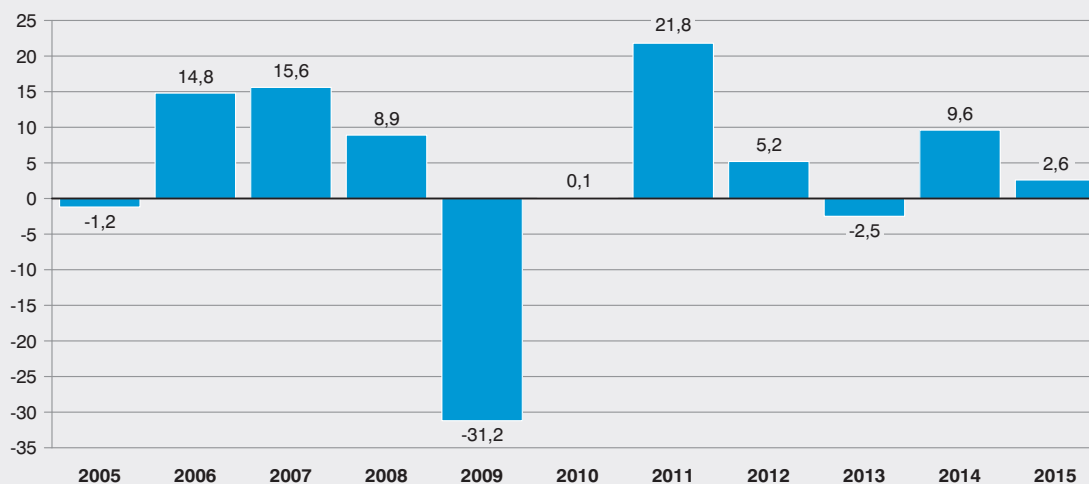
Investitionstätigkeit erhöht sich um 2,6% gegenüber dem Vorjahr

Im Rahmen der Investitionserhebung 2015 wurden 6 970 in Bayern ansässige Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes befragt, 12,8% der Betriebe meldeten für das Jahr 2015 keine Investitionstätigkeit.

Im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns wurden 2015 nominal rund 12,4 Milliarden Euro in Sachanlagen

investiert und damit 2,6% mehr als im Vorjahr. Die vorwiegend positive Entwicklung des Investitionsvolumens der letzten Jahre setzte sich somit in 2015 fort (vgl. Abbildung 1). Von den rund 12,4 Milliarden Euro entfielen 87,0% auf Ausrüstungen (Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung), 12,2% auf bebaute Grundstücke und Bauten und 0,8% auf Grundstücke ohne Bauten. Die Investitionen für Ausrüstungen erhöhten sich ge-

Abb. 1
Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe* in Bayern seit 2005
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Tab. 1 Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe* in Bayern
im Jahr 2015 nach Anlagearten
Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten

Anlageart	Aktivierte Bruttozugänge an Sachanlagen 2015		
	insgesamt in Millionen Euro	Veränderungen zum Vorjahr in Prozent	Anteil in Prozent
Bebaute Grundstücke und Bauten	1 517	- 20,5	12,2
Grundstücke ohne Bauten	101	- 13,8	0,8
Maschinen, maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10 808	7,2	87,0
Insgesamt	12 427	2,6	100

* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

gegenüber dem Vorjahr um 7,2%, diejenigen für bebaute Grundstücke und Bauten verringerten sich um 20,5%. Bei den betragsmäßig kaum ins Gewicht fallenden Investitionen für Grundstücke ohne Bauten ergab sich ein Minus von 13,8% (vgl. Tabelle 1).

Die Investitionsintensität (aktivierte Bruttozugänge an Sachanlagen je Beschäftigten) wurde von 9 954 Euro im Jahr 2014 auf 10 015 Euro im Jahr 2015 ausgeweitet. Die Investitionsquote (Anteil der Investitionen am Umsatz) verzeichnete im Vergleich zu 2014 einen minimalen Rückgang von 0,1 Prozentpunkten auf 3,6%.

Fahrzeugbau weiterhin stärkster Investor des Verarbeitenden Gewerbes

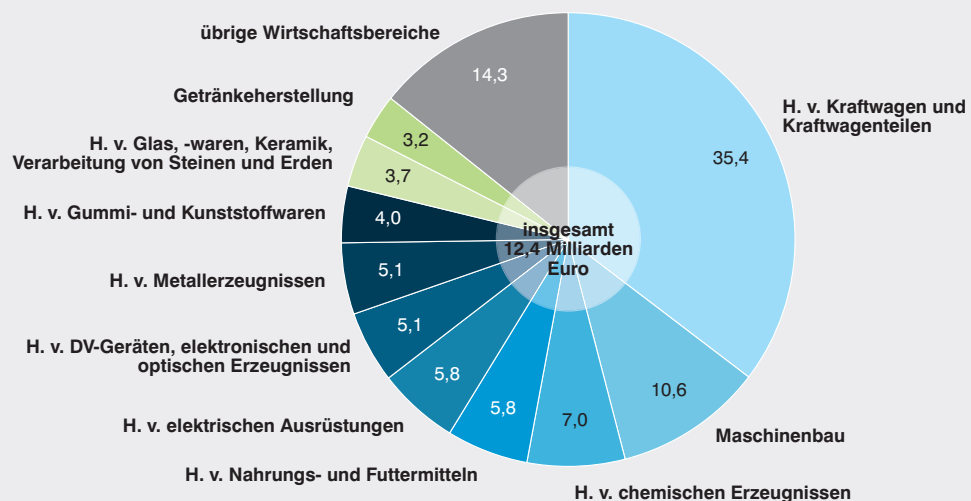
Der Bereich „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ hatte im Jahr 2015 einen Anteil von

35,4% an den gesamten Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes (vgl. Tabelle 2 und Abbildung 2). Er blieb damit Spitzenreiter in der bayerischen Industrie. Die Branche investierte 4,4 Milliarden Euro, was einem Plus gegenüber dem Vorjahr von 14,7% entspricht. Der Maschinenbau als zweitstärkster Investor des Verarbeitenden Gewerbes verzeichnete mit gut 1,3 Milliarden Euro einen Rückgang von 3,8% gegenüber den Ausgaben des Vorjahres. Nominal die dritthöchste Summe (0,9 Milliarden Euro) investierten die Hersteller von chemischen Erzeugnissen und übertrafen damit die Vorjahresinvestitionen um 14,6%. Den stärksten Rückgang mit 35,9% verzeichnete der Bereich „Herstellung von Textilien“.

Gemessen an der Investitionsintensität belegten die Getränkehersteller erneut die Spitzenposition im Verarbeitenden Gewerbe. Mit 26 659 Euro an Investitionen je Beschäftigten im Jahr 2015 übertrafen diese die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 22 259 Euro je Beschäftigten. Die geringste Investitionsintensität war bei der Herstellung von Bekleidung (2 594 Euro) festzustellen.

Die höchste Investitionsquote mit 10,9% hatten 2015 ebenfalls die Hersteller von Getränken. Es folgten die Herstellung von chemischen Erzeugnissen mit 5,8% und die Herstellung von Glaswaren,

Abb. 2 Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe* in Bayern 2015 nach Wirtschaftsabteilungen in Prozent



* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Tab. 2 Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe* in Bayern im Jahr 2015 nach Wirtschaftsabteilungen
Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsabteilung	Aktivierte Bruttozugänge an Sachanlagen 2015			
		Millionen Euro	Änderung zum Vorjahr in Prozent	je Beschäftigten ² in Euro	im Verhältnis zum Umsatz ³ in Prozent
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	96	14,4	18 138	10,5
C	Verarbeitendes Gewerbe	12 331	2,6	9 980	3,6
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	725	17,0	6 832	3,0
11	Getränkeherstellung	397	- 2,7	26 659	10,9
13	H. v. Textilien	59	- 35,9	4 605	2,2
14	H. v. Bekleidung	27	- 17,7	2 594	1,2
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	104	- 5,7	6 721	2,8
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	186	- 9,8	9 221	3,4
	H. v. Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	92	- 33,8	4 856	3,1
18	H. v. chemischen Erzeugnissen	866	14,6	16 635	5,8
20	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	501	6,6	6 764	3,7
22	H. v. Glas-, -waren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	461	8,6	9 895	5,5
23	Metallerzeugung und -bearbeitung	235	13,0	8 852	3,6
24	H. v. Metallerzeugnissen	633	1,6	6 373	4,2
25	H. v. DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	637	10,7	7 821	2,3
26	H. v. elektrischen Ausrüstungen	721	- 15,8	6 581	2,8
27	Maschinenbau	1 317	- 3,8	5 971	2,8
28	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	4 395	14,7	22 259	4,3
29	Sonstiger Fahrzeugbau	304	11,7	9 821	3,0
30	H. v. Möbeln	127	30,1	5 533	2,9
31	H. v. sonstigen Waren	220	- 25,6	7 710	4,2
32	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	82	- 12,2	3 207	2,6
33	Insgesamt	12 427	2,6	10 015	3,6
	darunter				
	Vorleistungsgüterproduzenten	3 814	3,8	8 783	4,0
	Investitionsgüterproduzenten	6 656	8,2	11 655	3,6
	Verbrauchsgüterproduzenten	1 590	- 13,5	8 256	3,9

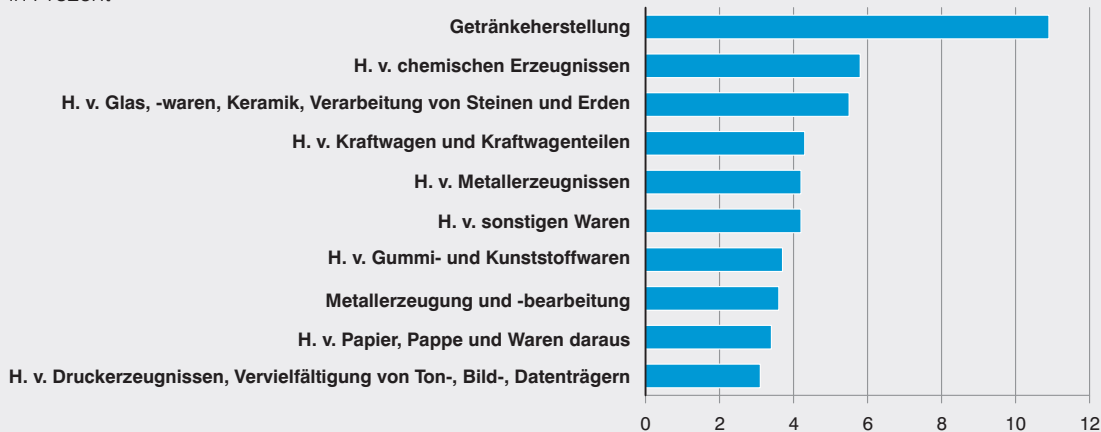
* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Investitionsintensität.

3 Investitionsquote.

Abb. 3
Investitionsquote* im Verarbeitenden Gewerbe** in Bayern 2015
in Prozent



* Investitionen im Verhältnis zum Umsatz.

** Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Tab. 3 **Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe***
in Bayern im Jahr 2015 nach Regierungsbezirken
Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten

Regierungsbezirk	Aktivierte Bruttozugänge an Sachanlagen 2015		
	Millionen Euro	Veränderung zum Vorjahr in Prozent	Anteil an Bayern insgesamt
Oberbayern	5 788	9,9	46,6
Niederbayern	1 357	- 4,8	10,9
Oberpfalz	898	- 5,5	7,2
Oberfranken	857	7,9	6,9
Mittelfranken	1 230	- 6,8	9,9
Unterfranken	841	- 0,9	6,8
Schwaben	1 456	- 3,2	11,7
Bayern	12 427	2,6	100

* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden mit 5,5% (vgl. Abbildung 3). Die niedrigste Investitionsquote des Verarbeitenden Gewerbes mit 1,2% wies die Wirtschaftsabteilung „Herstellung von Bekleidung“ auf.

Regionale Entwicklung der Investitionstätigkeit

46,6% der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern, d. h. rund 5,8 Milliarden Euro, entfielen 2015 auf den Regierungsbezirk Oberbayern, der damit wieder an der Spitze bei den aktivierten Brut-

tozugängen an Sachanlagen des Verarbeitenden Gewerbes stand (vgl. Tabelle 3). Der Regierungsbezirk Schwaben belegte mit einem Anteil von 11,7% den zweiten Platz. Das Schlusslicht unter den Regierungsbezirken bildete Unterfranken mit 6,8% Investitionsanteil.

Zunahmen bei den Investitionen gegenüber dem Jahr 2014 konnten mit 9,9% der Regierungsbezirk Oberbayern und mit 7,9% der Regierungsbezirk Oberfranken verbuchen. Alle anderen Regierungsbezirke mussten einen Rückgang der Investitionen gegenüber dem Vorjahr hinnehmen. Am höchsten fiel hier das Minus im Regierungsbezirk Mittelfranken mit 6,8% aus.



Details zur Investitionserhebung 2015 enthält der Statistische Bericht „Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern 2015“ (E1600C 201500), der im Internet (www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen) kostenlos als PDF-Datei heruntergeladen werden kann.

Die Einbürgerungen in Bayern von 1981 bis 1993

Die Einbürgerungsstatistik wird in Bayern wie in den übrigen Bundesländern seit 1981 als Geschäftsstatistik im Landesamt durchgeführt. Rechtliche Grundlagen für Einbürgerungsverfahren sind das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG), das Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (StAReG) und einige Vorschriften des Ausländergesetzes (AuslG). Bei den Einbürgerungsverfahren unterscheidet man zwischen Ermessenseinbürgerungen und Anspruchseinbürgerungen. Während die Ermessenseinbürgerungen von 1990 bis 1993 um 53% zunahmen, haben sich die Anspruchseinbürgerungen nahezu verdreifacht. Im Jahr 1993 wurden in Bayern 30 692 Einbürgerungen vorgenommen, davon waren 26 633 Anspruchseinbürgerungen und 4 059 Ermessenseinbürgerungen. In der vorliegenden Untersuchung der beiden Einbürgerungsarten werden die unterschiedlichen Strukturen und Entwicklungen aufgezeigt. Bei den Anspruchseinbürgerungen, die 87% der Einbürgerungen insgesamt ausmachen, nehmen die Rumäniendeutschen eine Ausnahmestellung ein. Den rund 95% Anspruchseinbürgerungen aus osteuropäischen Staatsangehörigkeiten stehen Ermessenseinbürgerungen aus einer Vielzahl von Nationalitäten gegenüber. Zahl und Struktur der Ermessenseinbürgerungen zeigen, daß bisher nur ein kleiner Teil der in Bayern lebenden Ausländer seit 1981 eingebürgert wurde.

Allgemeines

In Deutschland ist in den letzten Jahren eine komplexe, für den einzelnen Bürger oftmals nur noch schwer durchschaubare Zuwanderungssituation entstanden. Bei den Auseinandersetzungen über eine aktive Integrationspolitik spielen unter anderem auch Fragen des Staatsangehörigkeitsrechts eine wichtige Rolle. So wird zur Zeit stark diskutiert, ob Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit unter bestimmten Bedingungen beschleunigt erwerben können und ob man zulassen soll, daß Ausländer Deutsche werden können, ohne ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben. In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, in welchem Umfang von den derzeit rechtlichen Gegebenheiten in Bayern Gebrauch gemacht wurde. Vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung werden seit dem Berichtsjahr 1981 Ergebnisse über Einbürgerungen in Bayern erstellt. Diese Statistik, die bis zu diesem Zeitpunkt in den Innenministerien der Länder durchgeführt wurde, wird seither bundesweit als Geschäftsstatistik in den Landesämtern aufbereitet. Neben der vorher nur auf die Rechtsgrundlage bezogenen Darstellung der Einbürgerungen werden diese seither zusätzlich durch aussagekräftige demographische Strukturtabellen ergänzt. Von Seiten der Landesämter wurde in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien ein Aufbereitungs- und Veröffentlichungsprogramm entwickelt.

Die rechtlichen Grundlagen für Einbürgerungsverfahren sind das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG)¹⁾, das Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (StAReG)²⁾ und einige Vorschriften des Ausländergesetzes (§§ 85 ff. AuslG)³⁾. Ferner sind für Einbürgerungen im Ermessensweg Einbürgerungsrichtlinien⁴⁾ maßgebend.

In Deutschland wird die Staatsangehörigkeit entweder durch Geburt oder durch Einbürgerung erworben. Die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt erlangt man ausschließlich durch die Abstammung von mindestens einem deutschen Elternteil (§ 4 RuStAG), wobei es nicht darauf ankommt, ob das Kind damit eine weitere Staatsangehörigkeit erhält. So kann aus gemischtnationalen Ehen, deren Heimatländer beide dem Abstammungsrecht folgen, doppelte Staatsangehörigkeit durch Geburt erworben werden. Das deutsche Recht eröffnet hier die Möglichkeit, auf die deutsche Staatsangehörigkeit zu verzichten.

Ein Ausländer kann die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erwerben. Es wird dabei zwischen Einbürgerung im Ermessensweg und Anspruchseinbürgerung unterschieden. Zu den Einbürgerungen im Ermessensweg zählen die von Ausländern mit Wohnsitz im Inland (§ 8 RuStAG) und die Einbürgerungen ausländischer Ehegatten von Deutschen (§ 9 RuStAG). Die Voraussetzungen sind, daß der Antragsteller sich im Inland niedergelassen hat, unbeschränkt geschäftsfähig ist, einen unbescholtenen Lebenswandel führt, seine Wohnung am Ort der Niederlassung hat, fähig ist, sich und seine Angehörigen zu unterhalten und grundsätzlich aus der bisherigen Staatsangehörigkeit ausscheidet. Das behördliche Ermessen ist in Einbürgerungsrichtlinien festgelegt, wonach unter anderem die Einordnung in deutsche Lebensverhältnisse durch einen mindestens zehnjährigen Inlandsaufenthalt und der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit als zentrale Aspekte bei der Entscheidung über die Einbürgerung zu berücksichtigen sind. Eine Besserstellung gegenüber der Ermessenseinbürgerung nach § 8 RuStAG genießen die Ehegatten von Deutschen.

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 3/1995

Sie sollen nach § 9 des vorgenannten Gesetzes eingebürgert werden, wenn sie ihre bisherige Staatsangehörigkeit verlieren oder aufgeben, sich in die deutschen Lebensverhältnisse einordnen haben und wenn einer Einbürgerung erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht entgegenstehen.

Die Anspruchseinbürgerung ist im wesentlichen in § 6 StAReG geregelt. Danach müssen alle Antragsteller eingebürgert werden, die nach Artikel 116 Abs. 1 Grundgesetz Deutsche sind, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind alle Personen, die als Flüchtlinge oder Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit oder als deren Ehegatten oder Abkömmlinge im Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden haben. Darunter fallen insbesondere die in der Bundesrepublik aufgenommenen Aussiedler aus Osteuropa.

Des weiteren müssen deutsche Volkszugehörige, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, unter bestimmten in den §§ 8, 9 und 11 StAReG genannten Voraussetzungen auf Antrag eingebürgert werden. Außerdem sind frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen die Staatsangehörigkeit aberkannt worden ist, und ihre Abkömmlinge auf Antrag gemäß Artikel 116 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes wieder einzubürgern. Zu den Anspruchseinbürgerungen rechnen nach § 10 RuStAG ferner die Einbürgerungen nichtehelicher Kinder von Deutschen, sofern vor Vollendung des 23. Lebensjahres des Kindes ein nach deutschen Gesetzen wirksame Feststellung der Vaterschaft erfolgt ist.

Durch eine Änderung des Ausländergesetzes wurden zusätzliche Regelungen zur erleichterten Einbürgerung junger Ausländer (§ 85 AuslG) sowie von Ausländern mit langem Aufenthalt (§ 86 AuslG) geschaffen. Nach § 85 AuslG sind demnach auf Antrag 16- bis 22-jährige Ausländer in der Regel einzubürgern, wenn sie die bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben oder verlieren, sich seit acht Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, sechs Jahre lang eine Schule im Bundesgebiet, davon mindestens vier Jahre eine allgemeinbildende Schule, besucht haben und nicht wegen einer Straftat verurteilt worden sind. Nach § 86 AuslG sind Ausländer, die seit 15 Jahren ihren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet haben in der Regel einzubürgern, wenn die bisherige Staatsangehörigkeit aufgegeben oder verloren wird, keine Verurteilung wegen einer Straftat vorliegt und der Lebensunterhalt auch für unterhaltsberechtigten Familienangehörige ohne Sozial- und Arbeitslosenhilfe bestritten werden kann. Ehegatten und minderjährige Kinder können miteingebürgert werden, auch wenn sie sich weniger als 15 Jahre im Bundesgebiet aufhalten. Voraussetzung für eine Einbürgerung nach § 85 und § 86 AuslG bleibt aber grundsätzlich, daß der Ausländer seine bisherige Staatsangehörigkeit aufgibt oder verliert. Ausgenommen nach § 87 AuslG sind hiervon Antragsteller, die ihre bisherige Staatsangehörigkeit nicht oder nur unter besonders schwierigen Bedingungen aufgeben können. Dies ist der Fall, wenn der Heimatstaat die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit willkürlich versagt oder über den vollständigen und formgerechten Entlassungsantrag nicht in angemessener Zeit entschieden hat. Das geltende Recht anerkennt auch bereits Einbürgerungsansprüche, bei denen vom Prinzip der Vermeidung von Mehrstaatigkeit abgesehen wird. So muß ein Deutscher i. S. des Art. 116 Abs. 1 GG, der nicht zugleich deutscher Staatsangehöriger ist, auf seinen Antrag hin eingebürgert werden, auch wenn der Einbürgerende eine andere Staatsangehörigkeit besitzt und diese nicht verliert oder aufgibt (§ 6 StAReG). Dasselbe gilt für den Wiedereinbürgerungsanspruch gemäß Art. 116 Abs. 2 Satz 1 GG.

In den 80er Jahren durchschnittlich 8600 Einbürgerungen jährlich

Auf Bundesebene wurden im Zeitraum von 1981 bis einschließlich 1989 rund 375000 Personen eingebürgert; Bayern hatte daran mit rund 77000 Einbürgerungen einen Anteil von über 20%. Im vorgenannten Zeitraum wurden in Bayern im Schnitt jährlich etwa 8600 Personen eingebürgert; über ein Viertel davon waren Ermessenseinbürgerungen. Die Zahl der Einbürgerungen hat in diesem Zeitraum um rund 23% zugenommen. Seit Anfang der 90er Jahre ist dann die Zahl der Einbürgerungen kräftig angestiegen. Von 9900 Einbürgerungen im Jahr 1989 erhöhte sie sich im Folgejahr um über 19% auf 11800. Für 1991 war eine Zunahme um 57% auf 18500, für 1992 eine weitere um 59% auf 29500 und 1993 ein Anstieg um 4% auf 30700 zu verzeichnen. Die hohen Steigerungsraten bei den Einbürgerungen waren vor allem durch die rasant wachsende Zahl von Anspruchseinbürgerungen bedingt. Sie ist auf die erhebliche Zunahme der Aussiedlerzahl in diesem Zeitraum zurückzuführen.

Tabelle 1. Einbürgerungen in Bayern 1981 bis 1993

Jahr	Einbürgerungen insgesamt	davon	
		Anspruchs-	Ermessens-
		einbürgerungen	
1981	8097	5622	2475
1982	8295	6271	2024
1983	8872	6446	2426
1984	8940	6370	2570
1985	8143	5863	2280
1986	7611	5436	2175
1987	8350	6202	2148
1988	9027	6542	2485
1989	9924	7341	2583
1990	11823	9172	2651
1991	18538	15391	3147
1992	29487	26243	3244
1993	30692	26633	4059

Die Zahl der jährlich ausgesprochenen Ermessenseinbürgerungen schwankte bis 1990 zwischen 2000 und 2600. Der auffallend starke Anstieg der Ermessenseinbürgerungen von 1990 bis 1993 um insgesamt 53% dürfte wesentlich auf die erleichterten Einbürgerungen nach §§ 85 und 86 AuslG zurückzuführen sein. Bezogen auf alle Ermessenseinbürgerun-



Schaubild 1

gen in Bayern im Jahr 1993 waren bereits 58% erleichterte Einbürgerungen. Gliedert man diesen Anteil weiter auf, so zeigt sich, daß die weitaus meisten (78%) auf § 86 AuslG basierten, das waren etwa 45% aller Ermessenseinbürgerungen, während der entsprechende Anteil von Einbürgerungen nach § 85 AuslG mit etwa 13% aller Ermessenseinbürgerungen noch relativ gering war.

Zwischen 1981 und 1993 wurden etwas mehr Frauen als Männer eingebürgert; wobei von den Anteilen her keine größeren Unterschiede zwischen Ermessens- und Anspruchs-einbürgerungen festzustellen waren. Der Anteil der Frauen bei den Anspruchs-einbürgerungen lag bei 51%, und bei den Ermessenseinbürgerungen betrug er 52%.

Fast ein Viertel der Eingebürgerten sind Kinder und Jugendliche

Im Altersaufbau der eingebürgerten Personen haben sich seit Beginn ihrer Nachweisung im Jahr 1988 keine wesentlichen Verschiebungen ergeben. Bei den eingebürgerten Personen war 1993 die Gruppe der unter 18jährigen mit rund 27% die größte, gefolgt von den 35- bis unter 45jährigen und den 25- bis unter 35jährigen mit 19% bzw. 17%. Die Altersgruppen der 45- bis unter 55jährigen und der 55- bis unter 65jährigen weisen jeweils einen Anteil von rund 10% auf. Rund 9% der eingebürgerten Personen waren 18 bis unter 25 Jahre, und 8% waren 65jährig oder älter.

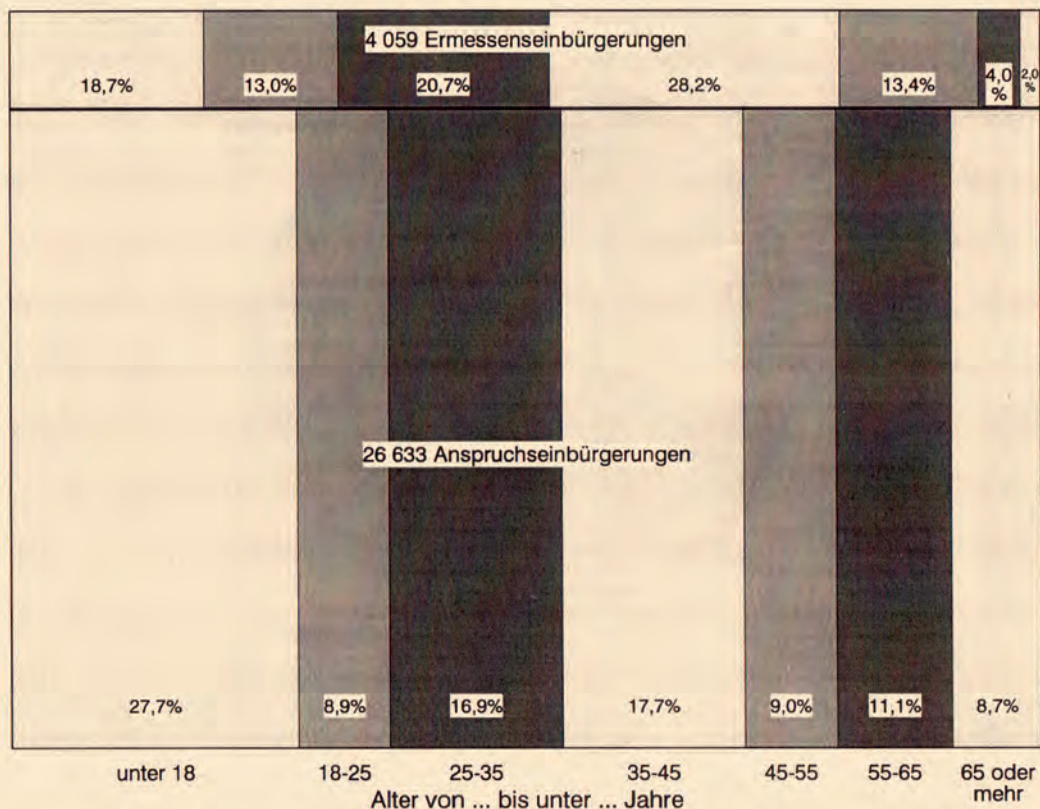
Tabelle 2. Eingebürgerte Personen in Bayern 1993 nach Altersgruppen und Einbürgerungsart

Alter der eingebürgerten Personen von ... bis unter ... Jahren	Einbürgerungen insgesamt		davon			
			Anspruchs-		Ermessens-	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 18	8 139	26,5	7 380	27,7	759	18,7
18 – 25	2 902	9,4	2 374	8,9	528	13,0
25 – 35	5 345	17,4	4 505	16,9	840	20,7
35 – 45	5 851	19,1	4 709	17,7	1 142	28,2
45 – 55	2 939	9,6	2 395	9,0	544	13,4
55 – 65	3 120	10,2	2 957	11,1	163	4,0
65 oder mehr ...	2 396	7,8	2 313	8,7	83	2,0
Insgesamt	30 692	100	26 633	100	4 059	100

Betrachtet man jedoch den Altersaufbau der eingebürgerten Personen nach der Art der Einbürgerung, dann zeigen sich erhebliche Unterschiede. So wurden 1993 anteilmäßig deutlich mehr Kinder und Jugendliche aufgrund eines Rechtsanspruchs als durch Ermessensentscheidung eingebürgert. Der Anteil der 35- bis unter 45jährigen wiederum war bei den Ermessenseinbürgerungen um rund 10 Prozentpunkte höher als bei den Anspruchs-einbürgerungen; hinsichtlich der 55jäh-

Eingebürgerte Personen in Bayern 1993 nach Altersgruppen und Einbürgerungsart

30 692 Einbürgerungen insgesamt



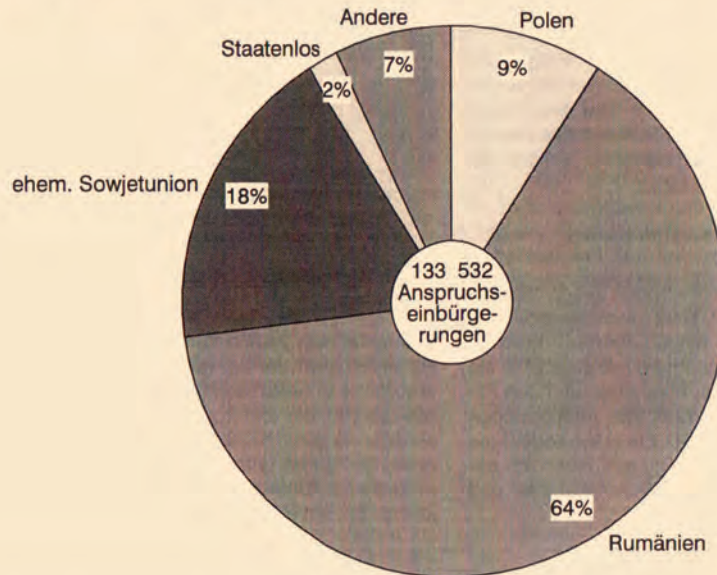
C 06295/Sg 25

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Schaubild 2

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 3/1995

Anspruchseinbürgerungen in Bayern von 1981 bis 1993 nach ausgewählten Ländern der bisherigen Staatsangehörigkeit

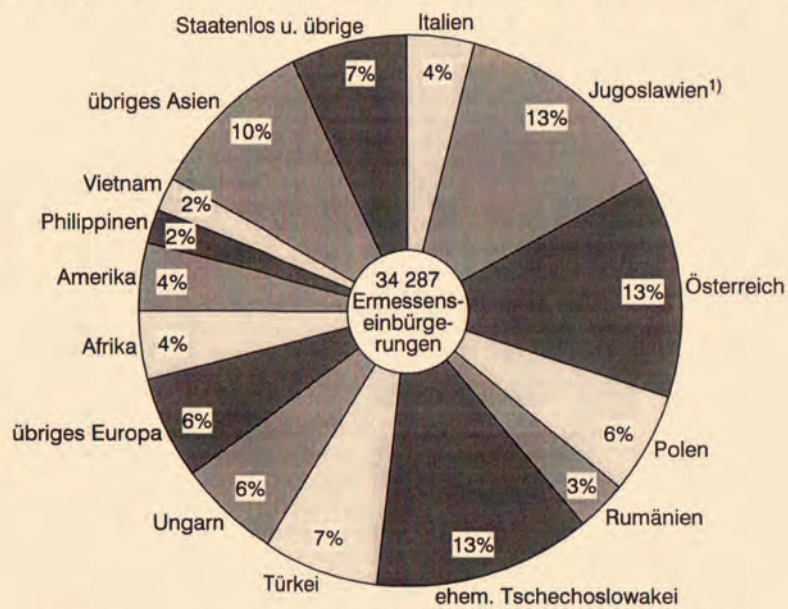


C 06495/Sg 25

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Schaubild 3

Ermessenseinbürgerungen in Bayern von 1981 bis 1993 nach ausgewählten Ländern der bisherigen Staatsangehörigkeit



¹⁾ Einschl. Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina, die seit 1992 selbständige Staaten sind.

C 06395/Sg 25

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Schaubild 4

rigen und älteren verhält es sich dagegen wiederum genau umgekehrt. Bei den Anspruchseinbürgerungen betrug ihr Anteil 20%, bei den Ermessenseinbürgerungen 6%. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß bei den Ausländern mit zunehmenden Alter die Bereitschaft abnimmt, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Große regionale Unterschiede bei Einbürgerungen

Entsprechend seiner Größe wurden 1988 und 1993 in Oberbayern mit 3596 bzw. 8345 die meisten Einbürgerungen registriert, gefolgt von Mittelfranken mit 1870 bzw. 5709 Einbürgerungen und Schwaben mit 1500 bzw. 5524 Einbürgerungen. Auch in den übrigen vier Regierungsbezirken ist seit 1988 die Zahl der Einbürgerungen erheblich angewachsen. Im Regierungsbezirk Niederbayern, der 1988 noch die niedrigste Zahl an Einbürgerungen aufwies, wurden 1993 gut sechsmal so viele Einbürgerungen als damals, nämlich 2931, registriert. In Unterfranken wurden 1993 3228 Personen und in der Oberpfalz 2803 Personen eingebürgert. Mit 2118 Einbürgerungen lag der Regierungsbezirk Oberfranken an letzter Stelle.

Tabelle 3. Einbürgerungen¹⁾ in Bayern 1988 und 1993 nach Regierungsbezirken

Regierungsbezirk	Jahr	Einbürgerungen insgesamt	davon	
			Anspruchs-	Ermessens-
			einbürgerungen	
Oberbayern	1988	3596	2316	1280
	1993	8345	6710	1635
Niederbayern	1988	468	334	134
	1993	2931	2756	175
Oberpfalz	1988	542	436	106
	1993	2803	2600	203
Oberfranken	1988	489	339	150
	1993	2118	1976	142
Mittelfranken	1988	1870	1541	329
	1993	5709	4852	857
Unterfranken	1988	478	304	174
	1993	3228	2938	290
Schwaben	1988	1500	1217	283
	1993	5524	4777	747
Insgesamt	1988	8943	6487	2456
	1993	30658	26609	4049

¹⁾ Ohne Einbürgerungen aus dem Ausland.

Bisherige Staatsangehörigkeit der Eingebürgerten

Bei den Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen gibt es erhebliche Unterschiede hinsichtlich der früheren Staatsangehörigkeit der eingebürgerten Personen. Da sich Anspruchseinbürgerungen überwiegend auf deutsche Volkszugehörige beschränken, dominieren hier die Staatsangehörigkeiten der Verbreitungsgebiete dieses Personenkreises. Unter den von 1981 bis 1993 aufgrund eines Rechtsanspruchs in Bayern Eingebürgerten insgesamt 133.500 Personen stellen die aus Rumänien stammenden Volksdeutschen mit 64% die größte Gruppe. Weitere 18% stammen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, 9% aus Polen und jeweils rund 2% aus der ehemaligen Tschechoslowakei und Ungarn. Auf diese fünf Länder entfallen somit 95% aller Anspruchseinbürgerungen seit 1981. Lediglich 3% der Eingebürgerten hatten andere bisherige Staatsangehörigkeiten als die vorgenannten, 2% waren staatenlos. Während zu Beginn der 80er Jahre überwiegend Volksdeutsche aus Rumänien eingebürgert wurden, hat ab 1988 die Zahl der Einbürgerungen aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion deutlich zugenommen. Aber auch die Zahl der Einbürgerungen von Ausländern aus Rumänien stieg ab 1990 nochmals deutlich an. Die Zahl der Anspruchseinbürgerungen aus der ehemaligen

Tschechoslowakei und Ungarn hatte 1989 bzw. 1991 ihren bisherigen Höhepunkt erreicht und weist für 1992 und 1993 wieder eine stetige Abwärtsbewegung auf.

Bei Ermessenseinbürgerungen, also den eigentlichen Einbürgerungen von Ausländern, gibt es im Gegensatz zu den Anspruchseinbürgerungen eine Vielzahl von Herkunftsländern. Rund 72% der von 1981 bis 1993 eingebürgerten 34.300 Ausländer hatte bis zur Einbürgerung nach Bayern eine europäische Staatsangehörigkeit, darunter jeweils rund 13% die jugoslawische⁵⁾, die österreichische oder die ehemals tschechoslowakische. Es fällt auf, daß gegenüber diesen Nationalitäten die Zahl der Einbürgerungen von Personen aus den früheren Hauptanwerbeländern von Gastarbeitern vergleichsweise gering ist. So lag beispielsweise der Anteil der eingebürgerten Spanier im vorgenannten Zeitraum bei 0,7%. Etwa 14% der im Ermessenswege Eingebürgerten hatten früher eine asiatische Staatsangehörigkeit. Der Anteil der eingebürgerten Personen mit afrikanischer bzw. amerikanischer Staatsangehörigkeit lag im Zeitraum von 1981 bis 1993 bei jeweils knapp 4%, und der Anteil der Einbürgerung von Staatenlosen und Sonstigen betrug rund 7%.

Eine Aufgliederung der Ermessenseinbürgerungen nach der Aufenthaltsdauer unterstreicht, welche Bedeutung hier den rechtlichen Regelungen hinsichtlich der Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet zukommt. Etwa 70% der 1993 durch Ermessensentscheidung eingebürgerten Personen wiesen eine Aufenthaltsdauer von mehr als zehn Jahren auf. Von den Eingebürgerten mit einer kürzeren Aufenthaltsdauer waren 35% minderjährig. Der Anteil der Minderjährigen mit einer Aufenthaltsdauer von weniger als sechs Jahren betrug rund 51%.

Setzt man unter Vernachlässigung der Aufenthaltsdauer die Einbürgerungszahlen und Staatsangehörigkeiten in Beziehung zu den in Bayern lebenden Ausländern, erhält man Hinweise über das Einbürgerungspotential für Ermessenseinbürgerungen in Bayern.

In Tabelle 4 wurden für ausgewählte Staatsangehörigkeiten die Ermessenseinbürgerungen aus den beiden Jahren 1992 und 1993 in Beziehung gesetzt zu den mit Stand 31. Dezember 1992 und 31. Dezember 1993 vom Ausländerzentralregister für Bayern nachgewiesenen ausländischen Personen.

Tabelle 4. Ermessenseinbürgerungen in Bayern 1992 und 1993 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Land der Staatsangehörigkeit	Anzahl der Ausländer insgesamt		Ermessenseinbürgerungen			
			insgesamt		je 1000 Ausländer	
	1992	1993	1992	1993	1992	1993
Europa	868.930	923.524	2.118	2.646	2,4	2,9
darunter						
Italien	77.556	79.278	113	129	1,5	1,6
Jugoslawien ⁶⁾	168.377	236.284	240	386	1,4	1,6
Österreich	86.301	86.583	289	270	3,3	3,1
Polen	36.202	32.230	204	192	5,6	6,0
ehem. Tschechoslowakei	32.559	32.539	551	402	16,9	12,4
Türkei	244.379	250.650	326	778	1,3	3,1
Ungarn	18.574	19.388	96	191	5,2	9,9
Rumänien	24.456	23.184	111	101	4,5	4,4
Afrika	19.678	21.085	197	252	10,0	12,0
darunter						
Äthiopien	1.688	1.849	52	30	30,8	16,2
Amerika	36.028	37.357	104	137	2,9	3,7
Asien	58.317	63.450	655	799	11,2	12,6
darunter						
Philippinen	3.214	3.278	124	143	38,6	43,6
Vietnam	10.523	11.585	184	160	17,5	13,8
Australien u. Ozeanien	1.663	1.695	2	6	1,2	3,5
Staatenlos und ungeklärt	7.243	5.940	168	219	23,2	36,9
Insgesamt	991.859	1.053.051	3.244	4.059	3,3	3,9

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 3/1995

Hierbei ist bemerkenswert, daß erhebliche nationalitätenspezifische Unterschiede bestehen. Es ist zu erkennen, daß 1992 und 1993 Nichteuropäer häufiger eingebürgert wurden als Europäer. Innerhalb der Gruppe der Einbürgerungen aus europäischer Staatsangehörigkeit wiesen die Bürger der ehemaligen Tschechoslowakei die höchste Einbürgerungsquote auf, gefolgt von Ungarn, Polen und Rumänien. Obwohl der Anteil der Türken an den Ausländern in Bayern mit rund 24% sehr hoch ist, lag ihre Einbürgerungsquote 1992 bei nur 0,1% und 1993 bei 0,3%. Ferner läßt sich feststellen, daß die Einbürgerungshäufigkeit von Angehörigen der früheren Anwerbeländer für Gastarbeiter erheblich geringer war als die von Angehörigen osteuropäischer Länder. Unter den Personen mit der Staatsangehörigkeit eines außereuropäischen Landes wiesen 1992/93 die in Bayern lebenden Bürger der Philippinen und Äthiopiens die höchsten Einbürgerungsquoten auf. Auch für Einbürgerungen von Staatenlosen errechnet sich eine vergleichsweise hohe Häufigkeit. Insgesamt läßt sich jedoch feststellen, daß die meisten der in unserem Land lebenden Ausländer bisher wohl nicht bereit waren, ihre nationale Identität aufzugeben. Die seit Inkrafttreten stark ange-

wachsenen erleichterten Einbürgerungen nach §§ 85/86 AuslG und die in § 87 AuslG geregelten Ausnahmen (Hinnahme der Mehrstaatigkeit) dürften jedoch eine deutliche Änderung bringen. Sicherlich werden wahrscheinlich künftig die Ermessenseinbürgerungen eine größere Rolle spielen, da die Zahl der in Bayern geborenen Ausländer (derzeit etwa 13 500 pro Jahr) und die Eheschließungen zwischen ausländischen und deutschen Partnern (derzeit in Bayern etwa 8 500 jährlich) stetig zunehmen.

Dipl.-Kfm. Helmut Andres

- ¹⁾ Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 (RGBl. I S. 583), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Neuordnung des Internationalen Privatrechts vom 25. Juli 1986, BGBl. I S. 1142.
- ²⁾ Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (BGBl. I S. 65).
- ³⁾ Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet vom 9. Juli 1990 (BGBl. I S. 1354).
- ⁴⁾ Einbürgerungsrichtlinien, RdSchr. BMI vom 15. Dezember 1977 (GMBI. 1978 S. 16).
- ⁵⁾ Einschl. Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina, die seit 1992 selbständige Staaten sind.

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 3/1995

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015				2016	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Sept.	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Bevölkerung ¹ und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 604	12 692	12 844	12 696	12 795	12 830	12 844
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹										
* Eheschließungen ²	Anzahl	4 969	5 194	5 428	1 447	6 911	3 530	6 455
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,7	4,9	5,1	1,3	6,6	3,3	5,9
* Lebendgeborene ³	Anzahl	9 131	9 496	9 855	6 798	10 836	9 296	12 746
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,7	9,0	9,3	6,3	10,3	8,8	11,7
* Gestorbene ⁴	Anzahl	10 575	10 344	11 128	10 849	10 118	10 428	12 249
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	10,1	9,8	10,5	10,1	9,6	9,9	11,2
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	25	26	27	30	27	32	36
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,7	2,8	2,8	4,4	2,5	3,4	2,8
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	13	16	15	13	16	19	25
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,4	1,6	2	1,9	1,5	2,0	2,0
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 444	- 848	-1 194	-4 051	718	- 173	497
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 1,4	- 0,8	- 1,2	- 3,8	0,7	- 0,2	0,5
* Totgeborene ⁵	Anzahl	29	31	33	18	36	25	45
Wanderungen ¹ (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	30 527	33 365	39 584	32 197	55 376	40 029	37 561
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	20 014	23 008	29 142	22 582	41 260	29 786	29 112
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	22 390	25 639	25 920	23 565	32 617	26 663	24 636
* darunter in das Ausland	Anzahl	13 050	15 839	15 813	14 196	18 785	16 904	16 651
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 514	10 356	10 441	9 615	14 116	10 243	8 449
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 340	9 800	10 107	9 369	13 382	9 759	7 985
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	8 137	7 726	13 663	8 632	22 759	13 366	12 925
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵	Anzahl	43 522	44 525	44 486	44 064	55 700	45 893	42 452
		2013	2014	2015	2015			2016		
		Jahresdurchschnitt			Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Arbeitsmarkt ⁶										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁷	1 000	4 961,3	5 065,9	5 189,0	5 184,9	5 281,8	5 234,4	5 259,6	5 308,7	...
* Frauen	1 000	2 266,9	2 318,4	2 382,7	2 374,6	2 416,6	2 413,6	2 420,2	2 431,4	...
* Ausländer	1 000	479,1	534,0	597,8	602,5	630,6	620,4	639,7	670,0	...
* Teilzeitbeschäftigte ⁸	1 000	1 215,2	1 267,0	1 338,1	1 340,0	1 361,3	1 369,5	1 381,3	1 400,9	...
* darunter Frauen ⁸	1 000	1 010,8	1 049,7	1 100,6	1 100,3	1 116,1	1 124,3	1 132,3	1 142,5	...
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	24,4	25,8	27,2	29,4	29,3	24,4	27,0	29,5	...
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 667,5	1 697,8	1 722,0	1 720,3	1 750,7	1 721,2	1 726,4	1 742,3	...
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 390,7	1 414,9	1 433,2	1 426,1	1 447,0	1 439,5	1 437,6	1 440,1	...
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 320,5	1 343,9	1 362,3	1 355,0	1 375,3	1 368,8	1 366,8	1 368,6	...
* F Baugewerbe	1 000	276,8	282,9	288,8	294,2	303,8	281,7	288,8	302,2	...
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 269,3	3 342,1	3 439,8	3 435,2	3 501,6	3 488,8	3 506,2	3 536,9	...
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 081,3	1 097,8	1 124,2	1 123,5	1 144,6	1 137,0	1 138,4	1 148,4	...
* J Information und Kommunikation	1 000	171,7	178,5	187,1	187,3	190,0	189,6	192,6	195,5	...
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	188,9	189,4	189,8	188,6	191,1	189,9	188,1	186,9	...
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	29,8	30,1	31,6	31,7	32,2	32,4	32,9	32,9	...
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	592,9	618,4	647,8	650,9	670,4	659,7	668,6	682,5	...
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	1 032,4	1 054,9	1 083,5	1 077,1	1 095,4	1 103,7	1 107,6	1 109,8	...
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	172,4	172,9	175,7	176,2	177,8	176,5	178,0	180,9	...
		2014	2015	2016	2016			2017		
		Jahresdurchschnitt			Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar	März
* Arbeitslose	1 000	264,6	256,5	250,6	288,8	228,3	234,5	276,3	273,2	252,2
* darunter Frauen	1 000	123,2	117,7	112,0	119,1	106,1	105,4	113,6	111,4	107,8
* Arbeitslosenquote insgesamt ⁹⁻¹⁰	%	3,8	3,6	3,5	4,1	3,2	3,3	3,8	3,8	3,5
* Frauen	%	3,7	3,5	3,3	3,5	3,1	3,1	3,3	3,3	3,2
* Männer	%	3,8	3,7	3,7	4,5	3,2	3,4	4,3	4,2	3,8
* Ausländer	%	8,7	8,6	8,9	10,2	8,3	8,5	9,9	9,7	9,1
* Jugendliche	%	3,2	3,1	3,2	3,4	2,6	2,6	3,1	3,2	3,0
* Kurzarbeiter ¹¹	1 000	17,7	16,2	...	41,9
* Gemeldete Stellen ¹²	1 000	73,1	87,8	103,9	95,3	109,6	106,2	104,0	108,9	111,5

1 Durch neues technisches Aufbereitungsverfahren und Änderungen des Standard der Datenlieferungen Verzögerungen bei der Softwareerstellung.
2 Nach dem Ereignisort.

3 Nach der Wohngemeinde der Mutter;
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
4 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
5 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
6 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurde bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt.

7 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
8 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.
9 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
10 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
11 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.
12 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016				2017	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Anzahl										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ...	1 000	519,3	511,6	495,6	466,0	464,0	522,5	530,8	481,4r	446,3
darunter Rinder	1 000	75,9	77,3	77,6	73,1	75,0	89,0	78,7	70,2r	70,2
darunter Kälber ²	1 000	1,6	1,5	1,5	1,2	1,2	1,6	2,4	1,3r	1,2
Jungrinder ³	1 000	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,3r	0,3
Schweine	1 000	432,9	423,9	407,4	386,4	381,7	423,6	441,4	405,1	369,8
Schafe	1 000	9,8	9,6	9,9	5,9	6,9	9,4	10,0	5,7	5,9
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	514,2	506,8	493,1	462,1	460,9	518,3	526,8	478,3r	443,4
darunter Rinder	1 000	75,1	76,5	77,2	72,7	74,6	88,3	78,2	69,8	69,8
darunter Kälber ²	1 000	1,5	1,4	1,4	1,1	1,2	1,5	2,3	1,2r	1,1
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3
Schweine	1 000	429,9	421,2	405,9	383,5	379,3	420,9	438,8	405,1r	367,7
Schafe	1 000	8,6	8,5	9,3	5,5	6,6	8,5	9,2	5,4	5,6
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	343,9	344,1	343,3	347,1	348,8	343,5	343,4	347,9r	349,5
darunter Kälber ²	kg	112,5	108,4	111,2	110,8	110,0	117,0	100,6	109,0	113,7
Jungrinder ³	kg	183,3	177,9	184,1	187,0	194,1	179,3	193,6	196,1	169,3
Schweine	kg	95,8	96,0	96,1	97,1	96,8	97,0	96,2	96,3	96,2
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ..	1 000 t	67,7	67,5	66,0	63,0	63,3	71,8	69,7	63,2r	60,2
darunter Rinder	1 000 t	26,0	26,6	26,6	25,4	26,1	30,5	27,0	24,4r	24,5
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,7	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	41,5	40,7	39,2	37,5	37,0	41,1	42,5	39,0r	35,6
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) ..	1 000 t	67,2	67,0	65,7	62,6	62,1	71,4	69,3	63,2r	59,9
darunter Rinder	1 000 t	25,8	26,4	26,5	25,2	26,0	30,4	26,9	24,3r	24,4
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1r	0,1
Schweine	1 000 t	41,2	40,4	39,0	37,2	36,7	40,8	42,2	38,8r	35,4
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	4 730	5 091	5 227	5 146	5 147	5 280	5 280	5 355	5 352
Legehennenbestand ⁶	1 000	4 153	4 499	3 648	3 545	3 580	3 994	3 969	3 955	3 955
Konsumeier ⁶	1 000	101 881	114 059	89 906	84 800	85 910	100 228	102 726	96 729	91 914
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	14,5	13,7	14,1	9,1	8,5	16,1	17,5	15,4	14,6
Getreideanlieferungen ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	4,5	3,9	4,0	2,1	2,1	2,7	5,4	3,3	3,4
Weizen	1 000 t	39,3	33,7	33,7	27,1	33,8	27,1	31,6r	17,1	23,1
Gerste	1 000 t	7,2	8,9	7,8	4,1	6,0	4,5r	2,8r	3,2	6,3
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	0,2	0,1
Vermahlung von Getreide ^{8,9}										
Getreide insgesamt	1 000 t	104,5	106,9	112,7r	99,3	108,8	122,1r	120,1r	107,9r	105,0
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,1	11,9	11,6	11,7	11,5	12,6r	13,2r	12,1r	11,5
Weizen und -gemenge	1 000 t	93,4	95,0	101,2r	87,6	97,4	109,5r	106,9r	95,8r	93,5
Vorräte in zweiter Hand ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	45,5	51,2	43,6r	43,5	38,2	54,8r	53,2r	47,0r	42,3
Weizen	1 000 t	467,9	490,3	486,3r	506,9	480,6	572,5r	635,9r	513,8r	503,3
Gerste	1 000 t	256,9	332,1	321,5	318,4	281,5	348,2r	350,6r	265,7	252,3
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	6,7	6,5	9,1	6,3	5,5	12,9	11,2r	10,3	9,6
Mais	1 000 t	52,4	63,2	72,3	87,4	82,2	124,3	135,4r	100,3	89,2
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 928	1 479r	1 625r	1 696	1 748	1 482	1 545
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	115	79	81	73	74	65	74
11 bis 13	1 000 hl	1 776	1 370	1 492r	1 587	1 640	1 385	1 427
14 oder darüber	1 000 hl	35	30	52	37	34	32	44
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	383	306	375r	357	324	350	377
dav. in EU-Länder	1 000 hl	236	189	219r	235	212	214	233
in Drittländer	1 000 hl	147	117	156	122	112	136	144

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygiene-recht im Besitz einer Zulassung sind.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016				2017	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbeanmeldungen ²	1 000	10,2	9,7	12,7	12,7	10,9	9,2	7,4	12,9	...
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,2	8,6	12,9	12,9	9,5	8,6	10,3	13,4	...
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 830	3 911	3 965	3 871	3 962	3 968	3 967	3 896	3 982
* Beschäftigte	1 000	1 111	1 135	1 153	1 136	1 144	1 163	1 159	1 154	1 160
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	386	388	392	386	389	395	394	399	401
Investitionsgüterproduzenten	1 000	526	542	551	545	548	555	554	546	548
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	35	36	37	37	37	37	37	37	38
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	162	166	171	166	168	173	172	170	171
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	142 141	146 141	147 575	136 449	153 474	157 660	134 435	145 287	149 038
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 651	4 885	5 083	4 950	4 565	6 346	5 036	5 111	4 727
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 190	27 327	27 292	23 291	27 703	29 942	27 604	25 646	27 442
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	7 223	7 416	7 463	6 510	7 210	7 882	6 892	7 224	7 382
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	14 315	15 358	15 807	12 783	16 115	17 297	16 210	14 047	15 643
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 208	3 221	3 238	2 912	3 154	3 381	3 219	3 128	3 137
* Energie	Mill. €
* darunter Auslandsatz	Mill. €	13 795	14 717	14 991	12 681	15 292	15 717	14 516	13 815	14 977
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung										
von Steinen und Erden	%	109,4	112,8	114,7	96,1	115,5	122,5	104,6	104,7	113,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	94,2	91,2	101,3	60,0	76,8	113,2	75,8	65,0	70,5
Verarbeitendes Gewerbe	%	109,4	112,9	114,8	96,3	115,7	122,6	104,7	104,8	113,2
Vorleistungsgüterproduzenten	%	108,3	109,8	112,7	96,8	111,1	119,3	101,9	106,5	110,3
Investitionsgüterproduzenten	%	111,5	116,5	117,5	96,0	120,9	126,4	106,0	104,0	117,9
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	106,8	108,0	110,2	95,6	105,1	115,5	105,8	101,7	101,7
Energie	%
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt										
Inland	%	118,0	118,3	123,5	111,2	121,0	129,9	144,2	117,6	122,8
Ausland	%	106,5	110,0	114,9	99,3	114,2	121,1	139,0	107,6	115,9
Vorleistungsgüterproduzenten	%	125,4	123,7	129,0	118,9	125,4	135,5	147,5	124,1	127,3
Investitionsgüterproduzenten	%	109,6	114,1	116,6	107,6	113,8	123,5	115,5	117,2	122,6
Gebrauchsgüterproduzenten	%	122,4	120,6	127,4	113,0	123,4	133,7	159,6	118,0	122,4
Verbrauchsgüterproduzenten	%	98,6	100,8	100,9	99,1	103,9	108,5	92,4	110,9	109,2
Verbrauchsgüterproduzenten	%	108,8	116,8	114,6	111,6	145,9	115,9	92,8	118,3	143,3

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen. Aufgrund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte ab dem Jahr 2014 mit den vorhergehenden Zeiträumen nicht vergleichbar.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016				2017	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Baugewerbe ¹										
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
Tätige Personen im Bauhauptgewerbe ³	1 000	80	81	83	75	77	86	83	81	81
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 923	7 840	8 081	3 548	5 428	9 585	6 524	3 433	5 341
dav. für Wohnungsbauten	1 000	2 325	2 377	2 420	1 056	1 704	2 875	1 962	1 008	1 774
gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	2 727	2 699	2 713	1 502	2 187	3 147	2 249	1 483	2 089
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 872	2 764	2 947	990	1 536	3 563	2 314	942	1 478
Entgelte	Mill. €	247,5	251,6	260,4	200,3	199,6	329,8	265,7	216,8	209,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 127,6	1 125,3	1 205,7	513,7	658,3	1 558,4	1 598,0	565,2	695,1
dav. Wohnungsbau	Mill. €	299,2	316,2	329,0	159,6	206,2	405,0	394,4	151,0	196,2
gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	466,4	462,2	476,9	206,4	292,6	611,4	668,9	251,8	319,7
öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	372,8	360,9	399,8	147,6	159,6	542,0	534,7	162,5	179,2
Messzahlen (2010 ≙ 100)										
Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	123,1	132,4	145,6	97,7	143,2	120,0	149,6	133,5	146,9
davon Wohnungsbau	Messzahl	130,5	154,9	166,4	104,8	152,0	147,8	154,7	133,7	175,2
gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	126,8	127,2	139,1	103,2	140,2	94,4	179,3	158,9	133,8
öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	114,2	123,3	138,9	87,0	140,8	130,0	113,4	105,2	142,9
darunter Straßenbau	Messzahl	126,7	125,9	165,6	69,4	167,0	217,5	93,9	131,2	133,0
Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ⁵										
Tätige Personen im Ausbaugewerbe	1 000	60	61	63	.	.	.	63	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	18 102	18 739	19 032	.	.	.	19 453	.	.
Entgelte	Mill. €	460,0	482,9	506,5	.	.	.	546,8	.	.
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 906,1	1 896,1	1 978,8	.	.	.	2 553,9	.	.
Energie- und Wasserversorgung										
Betriebe	Anzahl	247	257	275	276	276	275	275	281	280
Beschäftigte	Anzahl	29 587	29 461	29 483	29 384	29 309	29 833	29 778	30 174	30 172
Geleistete Arbeitsstunden ⁶	1 000	3 534	3 560	3 592	3 337	3 673	3 851	3 547	3 667	3 623
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	129	130	133	115	121	217	123	122	125
Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷ ..	Mill. kWh	5 300,8	4 919,6	4 541,2	5 148,1	4 703,9	4 766,7	4 121,7	4 539,4	.
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷ ...	Mill. kWh	5 017,3	4 654,1	4 303,9	4 888,4	4 463,7	4 520,7	3 881,2	4 289,8	.
dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	430,3	467,6	543,9	780,5	652,3	726,6	797,3	999,1	.
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷ ..	Mill. kWh	939,7	1 037,5	1 123,1	1 707,3	1 463,3	1 496,2	1 739,6	2 015,9	.
Handwerk (Messzahlen) ⁸										
Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 ≙ 100)	Messzahl	101,4 p	.	.
Umsatz ⁹ (VjD 2009 ≙ 100) (ohne Umsatzsteuer)	Messzahl	133,2 p	.	.
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen ¹⁰										
Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 995	2 116	2 237	1 915	2 212	1 980	2 052	1 855	1 981
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 744	1 852	1 920	1 720	1 937	1 722	1 694	1 596	1 675
Umbauter Raum	1 000 m ³	2 648	2 771	3 117	2 399	3 036	2 663	3 255	2 610	2 830
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	818	898	1 057	790	1 020	930	1 124	903	1 002
Wohnfläche	1 000 m ²	459	483	548	411	534	463	595	454	491
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	665	648	670	445	562	574	630	436	477
Umbauter Raum	1 000 m ³	4 041	4 020	4 112	2 677	4 446	3 541	4 414	2 395	2 620
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	550	614	675	423	658	590	656	304	456
Nutzfläche	1 000 m ²	576	590	609	415	604	540	642	352	395
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 897	5 138	6 212	4 352	6 026	5 244	7 172	5 224	5 638
Wohnräume ¹² insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	19 966	21 200	23 786	18 381	22 854	20 416	24 906	19 419	21 164
		2014	2015	2016 ¹³	2016 ¹³				2017 ¹³	
		Monatsdurchschnitt			August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁴	Mill. €	12 542,5	13 438,0	13 833,2	13 124,2	14 501,7	14 178,1	15 030,0	13 816,8	14 395,3
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	645,5	740,4	758,0	693,3	768,3	672,9	786,2	762,8	721,4
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	10 983,6	12 022,0	12 258,4	11 433,8	12 628,1	12 408,9	13 109,5	11 978,4	12 574,2
davon Rohstoffe	Mill. €	1 319,2	1 009,9	873,8	877,3	891,1	1 065,3	1 123,2	1 090,1	942,0
Halbwaren	Mill. €	497,9	516,3	485,8	440,1	447,7	460,4	560,0	525,1	537,1
Fertigwaren	Mill. €	9 166,5	10 495,8	10 898,8	10 116,4	11 289,4	10 883,2	11 426,3	10 363,2	11 095,2
davon Vorerzeugnisse	Mill. €	805,8	827,2	819,6	767,4	824,9	791,4	840,6	718,0	826,2
Enderzeugnisse	Mill. €	8 360,7	9 668,5	10 079,2	9 348,9	10 464,5	10 091,7	10 585,7	9 645,1	10 269,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Ergebnisse aus dem Monatsbericht im Bauhauptgewerbe.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftlicher Bau.

5 Ergebnisse aus der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

6 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

7 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

8 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

9 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

10 Einschl. Wohnheime.

11 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

12 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

13 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

14 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016 ¹	2016 ¹					2017 ¹
		Monatsdurchschnitt			August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ² aus										
* Europa ³	Mill. €	8 745,1	9 247,6	9 735,9	8 916,9	10 326,0	10 030,6	10 687,3	9 621,7	9 874,1
* dar. aus EU-Ländern ⁴ insgesamt	Mill. €	7 497,8	8 018,8	8 501,6	7 723,8	9 086,8	8 672,8	9 277,9	8 255,3	8 659,9
dar. aus Belgien	Mill. €	309,7	298,4	326,8	309,7	370,1	296,4	370,5	282,9	348,9
Bulgarien	Mill. €	35,2	38,2	44,8	44,2	46,8	41,6	46,3	44,9	44,9
Dänemark	Mill. €	61,5	58,5	60,4	56,1	63,9	66,5	67,3	55,2	72,4
Finnland	Mill. €	40,8	40,7	41,4	35,1	44,6	48,0	48,0	35,4	41,6
Frankreich	Mill. €	526,4	525,4	545,4	470,8	568,6	550,1	635,9	553,1	585,3
Griechenland	Mill. €	25,4	32,1	34,8	29,9	38,4	28,9	34,7	34,5	29,0
Irland	Mill. €	118,6	108,0	99,9	92,4	102,8	118,2	119,7	114,4	107,8
Italien	Mill. €	869,1	876,5	927,0	819,1	972,8	920,5	978,0	889,4	920,2
Luxemburg	Mill. €	21,0	24,2	23,9	23,2	21,9	22,1	27,3	21,2	24,4
Niederlande	Mill. €	662,1	711,4	755,4	696,2	810,7	757,2	890,5	867,0	899,2
Österreich	Mill. €	1 253,7	1 236,1	1 264,5	1 182,8	1 378,1	1 263,3	1 333,1	1 119,7	1 326,6
Polen	Mill. €	472,7	729,4	803,4	773,3	853,5	804,8	832,2	937,0	808,0
Portugal	Mill. €	67,0	75,1	78,4	77,2	79,5	79,9	81,2	67,8	77,8
Rumänien	Mill. €	220,8	236,1	246,5	239,2	260,9	251,7	270,4	223,0	245,3
Schweden	Mill. €	114,1	103,2	112,4	109,4	121,2	112,3	125,5	105,3	113,7
Slowakei	Mill. €	247,6	286,8	345,4	370,7	378,0	362,5	334,2	270,6	293,5
Slowenien	Mill. €	84,2	85,9	92,4	82,1	99,0	98,7	100,3	81,4	91,2
Spanien	Mill. €	318,5	349,1	339,6	231,2	349,9	354,5	354,1	294,8	304,0
Tschechische Republik	Mill. €	878,7	956,9	1 096,7	974,8	1 159,6	1 191,7	1 276,6	1 116,3	1 155,2
Ungarn	Mill. €	633,2	709,8	712,6	595,5	786,8	752,2	776,0	566,8	635,2
Vereinigtes Königreich	Mill. €	475,0	464,1	469,3	441,4	492,3	466,4	492,5	505,3	457,0
Russische Föderation	Mill. €	535,8	462,3	416,6	416,2	423,1	518,2	539,9	595,2	430,1
* Afrika ³	Mill. €	372,9	264,9	201,9	224,9	189,9	244,0	204,3	262,9	300,5
dar. aus Südafrika	Mill. €	36,7	38,4	47,4	45,1	41,9	66,0	51,2	88,4	68,0
* Amerika	Mill. €	962,8	1 169,6	1 147,4	1 126,0	1 169,0	1 073,9	1 308,7	1 160,2	1 134,3
darunter aus den USA	Mill. €	815,9	1 005,7	970,7	975,9	997,2	906,0	1 128,9	937,0	948,8
* Asien ³	Mill. €	2 450,9	2 745,4	2 736,0	2 846,4	2 800,7	2 819,0	2 818,6	2 762,3	3 071,7
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	991,4	1 230,7	1 190,1	1 256,3	1 244,0	1 187,4	1 159,0	1 190,6	1 335,4
Japan	Mill. €	240,4	240,4	274,4	266,6	293,1	293,3	299,1	259,1	287,0
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	10,9	10,4	11,9	10,0	16,1	10,6	11,0	9,8	14,7
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	14 118,4	14 910,8	15 236,0	14 445,9	16 284,3	15 417,9	15 977,3	14 133,6	14 383,8
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	711,1	726,6	732,4	741,2	762,7	713,8	730,6	702,5	679,6
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	12 896,5	13 807,4	14 120,8	13 158,3	14 910,3	14 125,5	14 634,4	12 906,5	13 135,3
* davon Rohstoffe	Mill. €	76,5	81,7	76,2	64,0	77,0	73,6	78,8	68,0	68,6
* Halbwaren	Mill. €	549,0	529,1	520,1	507,3	572,3	555,9	533,4	526,6	531,4
* Fertigwaren	Mill. €	12 271,0	13 196,7	13 524,6	12 587,0	14 261,1	13 496,0	14 022,2	12 311,8	12 535,3
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	988,7	1 035,1	1 039,1	999,8	1 066,8	1 035,4	1 064,7	931,9	1 072,6
* Enderzeugnisse	Mill. €	11 282,3	12 161,6	12 485,4	11 587,2	13 194,3	12 460,6	12 957,5	11 379,9	11 462,8
darunter ² nach										
* Europa ³	Mill. €	8 751,1	9 342,3	9 771,4	9 103,5	10 631,8	10 022,1	10 289,4	8 788,5	9 159,4
* dar. in EU-Länder ⁴ insgesamt	Mill. €	7 543,5	8 245,6	8 624,4	7 958,5	9 328,5	8 847,4	9 100,1	7 839,0	8 107,5
dar. nach Belgien	Mill. €	405,1	406,9	429,3	381,3	441,4	443,5	434,0	393,2	412,0
Bulgarien	Mill. €	30,7	37,4	37,5	33,6	37,3	35,1	42,6	41,7	40,1
Dänemark	Mill. €	115,8	120,9	125,0	114,0	133,7	123,1	127,9	115,3	119,2
Finnland	Mill. €	95,9	101,5	103,7	95,2	110,7	109,4	99,1	102,8	94,2
Frankreich	Mill. €	961,1	1 016,5	1 053,6	949,0	1 081,9	1 103,6	1 167,2	1 009,3	985,9
Griechenland	Mill. €	43,6	42,6	44,4	32,6	45,6	42,8	48,0	43,0	41,0
Irland	Mill. €	57,0	58,9	59,6	41,0	54,6	50,6	76,3	59,5	64,2
Italien	Mill. €	860,5	906,1	981,2	799,3	1 049,5	1 022,5	1 014,8	915,6	956,5
Luxemburg	Mill. €	38,1	39,6	44,4	37,4	45,8	45,0	44,3	43,8	36,8
Niederlande	Mill. €	485,4	508,6	528,2	486,5	566,2	541,4	589,0	523,5	488,9
Österreich	Mill. €	1 086,4	1 153,8	1 217,9	1 174,8	1 313,5	1 256,1	1 287,8	1 123,9	1 110,3
Polen	Mill. €	429,7	494,8	537,0	497,1	607,1	549,2	613,5	492,4	495,9
Portugal	Mill. €	91,1	96,5	105,8	76,3	100,6	115,3	103,5	95,8	92,4
Rumänien	Mill. €	142,7	155,3	183,6	182,3	203,3	188,3	207,1	178,6	177,9
Schweden	Mill. €	270,5	297,5	308,9	283,8	339,7	310,6	305,1	279,2	309,5
Slowakei	Mill. €	157,9	177,4	183,2	188,9	201,7	190,5	194,6	181,5	176,4
Slowenien	Mill. €	55,3	60,8	65,8	66,9	74,4	69,1	77,1	63,9	71,8
Spanien	Mill. €	375,7	420,7	459,7	404,0	475,5	504,4	528,2	450,0	452,3
Tschechische Republik	Mill. €	464,4	498,7	528,8	511,4	587,4	535,1	595,4	483,1	505,5
Ungarn	Mill. €	226,6	261,4	277,3	273,5	292,1	300,6	285,6	237,3	309,7
Vereinigtes Königreich	Mill. €	1 059,0	1 289,8	1 243,6	1 238,2	1 454,7	1 202,8	1 150,4	899,2	1 074,8
Russische Föderation	Mill. €	316,5	210,1	218,0	231,6	260,9	234,1	257,1	171,9	272,7
* Afrika ³	Mill. €	243,9	236,3	217,2	217,2	234,4	207,5	214,9	222,5	193,1
dar. nach Südafrika	Mill. €	94,1	95,0	81,0	82,6	83,1	78,1	64,9	83,4	77,8
* Amerika	Mill. €	2 127,6	2 411,3	2 222,3	2 258,5	2 252,9	2 168,0	2 443,3	2 032,7	2 181,9
darunter in die USA	Mill. €	1 644,0	1 897,2	1 711,7	1 714,4	1 742,7	1 707,2	1 924,9	1 523,0	1 724,9
* Asien ³	Mill. €	2 863,1	2 779,6	2 876,0	2 734,2	3 031,5	2 881,4	2 874,8	2 953,4	2 733,4
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	1 371,6	1 202,5	1 248,7	1 157,9	1 276,0	1 245,8	1 261,9	1 315,3	1 187,9
nach Japan	Mill. €	271,5	276,2	301,9	280,7	316,1	321,5	330,0	308,5	299,9
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	132,6	139,9	147,6	132,6	133,7	138,8	154,9	136,5	116,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

- 1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
- 2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
- 3 Ceuta und Melilla werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Afrika zugeordnet. Georgien, Armenien,

Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Asien zugeordnet.
⁴ EU 27. Ab Juli 2013 28.
⁵ Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsresultat“.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016 ¹	2016 ¹				2017 ¹	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Großhandel (2010 ± 100) ^{2, 3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	106,3	107,8	109,1	92,0	100,5	118,3	120,7	101,7	.
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	101,0	103,4	105,4	90,0	98,4	113,7	115,0	96,5	.
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	109,2	110,2	111,3	110,3	110,3	112,7	112,6	111,9	.
Einzelhandel (2010 ± 100) ^{2, 5}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	112,4	116,4	119,5	107,6	108,4	125,3	145,7	112,6	109,4
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	114,0	117,2	119,6	109,9	111,4	120,9	141,8	113,4	111,8
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	108,9	112,7	117,7	98,0	104,0	115,1	141,2	100,5	105,7
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	118,9	126,2	133,3	121,1	126,1	137,3	153,9	128,8	127,3
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	113,9	119,5	123,7	105,9	107,0	126,3	148,4	109,9	107,8
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	128,7	137,3	142,4	139,9	135,8	174,9	185,7	159,4	148,4
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	106,8	110,4	112,7	103,3	103,6	117,4	137,0	105,9	102,1
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	106,3	107,2	108,5	107,8	107,5	110,0	110,1	108,7	108,5
Kfz-Handel (2010 ± 100) ^{2, 7}										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	104,6	112,8	119,2	89,8	105,9	127,9	116,6	100,5	.
* Index der Umsätze im Kfz-Handel real ⁴	%	102,2	109,3	114,4	86,6	102,2	122,2	111,5	96,0	.
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	113,6	114,2	116,7	115,5	115,3	119,1	118,8	118,5	.
Gastgewerbe (2010 ± 100) ²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	118,0	122,9	127,5	102,3	105,3	112,1	125,8	103,4	106,5
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	123,0	128,7	134,3	105,9	109,2	116,6	122,4	106,8	111,4
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	137,2	167,3	362,6	253,0	282,3	359,9	329,0	314,4	309,2
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	114,0	117,6	121,0	99,0	101,2	106,0	127,6	98,9	99,8
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	114,1	117,7	120,9	97,4	99,4	104,7	127,4	97,2	98,5
Kantinen und Caterer	%	118,4	125,2	130,1	110,4	118,9	135,7	139,4	117,8	126,1
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	109,0	110,8	112,6	91,6	94,2	98,4	110,5	91,0	93,3
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	107,0	108,4	109,7	103,4	103,5	107,3	107,7	104,4	104,3
Fremdenverkehr ⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 706	2 850	2 884	1 905	2 268	2 360	2 311	2 098	2 334
* darunter Auslandsgäste	1 000	660	711	696	445	553	522	589	489	611
* Gästeübernachtungen	1 000	7 102	7 342	7 409	5 102	5 983	5 538	5 611	5 423	5 967
* darunter Auslandsgäste	1 000	1 381	1 463	1 422	974	1 154	1 078	1 209	1 001	1 289
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	58 711	60 725	64 910	49 092	58 943	61 752	56 071	53 556	55 545
darunter Krafträder ¹⁰	Anzahl	3 161	3 377	4 002	713	2 237	1 631	5 983	743	1 860
* Personenkraftwagen und sonstige „M1“-Fahrzeuge	Anzahl	50 141	51 721	55 045	44 239	51 769	54 330	44 823	48 379	48 532
* Lastkraftwagen	Anzahl	3 631	3 820	4 112	2 984	3 533	4 458	3 736	3 113	3 636
Zugmaschinen	Anzahl	1 432	1 442	1 364	920	1 023	1 001	1 093	978	1 173
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	234	245	257	126	230	213	295	191	262
Beförderte Personen im Schienen- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) ¹¹	1 000	107 580	106 408	110 237	.	.	.	344 391	.	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	92 963	91 908	94 367	.	.	.	294 957	.	.
private Unternehmen	1 000	14 617	14 501	15 870	.	.	.	49 433	.	.
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹²	Anzahl	30 748	32 594	33 175	30 848	27 645	33 751	32 635	32 253	...
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 377	4 486	4 542	3 454	2 972	3 957	3 712	2 967	...
mit nur Sachschaden	Anzahl	26 371	28 108	28 633	27 394	24 673	29 794	28 923	29 286	...
* Getötete Personen ¹³	Anzahl	52	51	51	55	32	42	35	39	...
* Verletzte Personen	Anzahl	5 795	5 930	5 980	4 723	4 013	5 212	5 045	4 116	...
Luftverkehr Fluggäste										
Flughafen München Ankunft	1 000	1 652	1 706	1 761	1 395	1 405	1 576	1 511	1 492	...
Abgang	1 000	1 646	1 699	1 752	1 335	1 427	1 499	1 539	1 426	...
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	135	140	144	93	92	141	120	115	...
Abgang	1 000	135	140	144	83	97	128	128	99	...
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	31	36	42	27	24	39	39	39	...
Abgang	1 000	31	36	41	25	24	33	40	36	...
Eisenbahnverkehr ¹⁴										
Güterempfang	1 000 t	2 273	2 387	...	1 919	2 350	2 142	2 179	2 007	...
Güterversand	1 000 t	1 904	2 052	...	1 467	1 821	2 624	1 888	1 594	...
Binnenschifffahrt										
* Gütereinfahrt insgesamt	1 000 t	444	361	356	260	374	395	317	168	...
davon auf dem Main	1 000 t	210	190	187	152	179	206	156	83	...
auf der Donau	1 000 t	234	171	169	108	194	189	162	85	...
* Güterversand insgesamt	1 000 t	274	254	242	154	143	289	205	112	...
davon auf dem Main	1 000 t	172	154	164	91	101	210	124	70	...
auf der Donau	1 000 t	102	100	78	63	41	79	81	42	...

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe und Großhandel in Preisen von 2010.

5 Einschließlich Tankstellen.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

8 Abschnidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 Einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

12 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

13 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

14 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016				2017	
		Monatsdurchschnitt ¹			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ^{2, 3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	462 351	480 758	500 590	.	.	.	508 036	.	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	410 140	423 243	440 184	.	.	.	444 476	.	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	51 100	51 091	49 746	.	.	.	46 877	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	45 752	46 695	46 500	.	.	.	44 433	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	5 348	4 397	3 246	.	.	.	2 444	.	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	59 317	61 419	65 747	.	.	.	67 166	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	57 358	59 465	64 061	.	.	.	65 567	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	1 959	1 954	1 686	.	.	.	1 599	.	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	351 933	368 248	385 097	.	.	.	393 993	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	318 906	335 294	353 193	.	.	.	362 443	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	33 028	32 955	31 904	.	.	.	31 550	.	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	572 073r	582 467	610 894	.	.	.	629 975	.	.
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	450 183	462 238	491 875	.	.	.	510 819	.	.
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	423 349	431 304	456 986	.	.	.	476 763	.	.
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	26 833	30 935	34 889	.	.	.	34 056	.	.
Spareinlagen	Mill. €	121 890r	120 229	119 020	.	.	.	119 156	.	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	48 126	47 043	46 068	.	.	.	45 862	.	.
bei Kreditbanken	Mill. €	27 944	26 967	26 139	.	.	.	25 842	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 284	1 214	1 160	1 032	1 157	1 164	1 152	993	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	93	102	93	71	98	103	90	79	...
davon Unternehmen	Anzahl	246	266	228	228	250	230	208	181	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	64	71	67	55	68	80	64	47	...
Verbraucher	Anzahl	741	674	654	564	657	655	662	562	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	1	1	2	2	3	1	2	–	...
ehemals selbständig Tätige	Anzahl	245	226	238	208	211	251	242	204	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	16	16	14	8	14	18	18	22	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	52	48	40	32	39	28	40	46	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	13	14	10	6	13	4	6	10	...
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	351 715	295 993	209 782	200 950	160 518	213 220	283 533	139 385	...
davon Unternehmen	1 000 €	255 439	192 203	126 560	125 735	80 831	130 986	181 967	65 214	...
Verbraucher	1 000 €	41 057	34 902	35 812	28 700	32 137	30 738	32 329	23 631	...
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	46 981	51 312	40 025	39 221	33 359	44 697	63 295	47 250	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	8 238	17 576	7 385	7 294	14 191	6 800	5 943	3 290	...
Öffentliche Sozialleistungen										
(Daten der Bundesanstalt für Arbeit)										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	132,5	127,9	121,5	157,9	155,1	107,8	117,0	149,9	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I ¹²	Mill. €	152,9	151,9	197,6	205,9	261,2	167,2	173,8	200,8	252,1
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) ¹³										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	234,1r	235,3r	243,0	235,1	239,7	244,5	245,2
Personen in Bedarfsgemeinschaften	1 000	436,1r	440,9r	454,1	440,6	448,7	458,6	460,6
darunter erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	296,3r	299,8r	310,4	298,9	305,2	314,0	315,4
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	111,7r	113,6r	116,6	112,8	114,4	119,6	120,6
Steuern										
Gemeinschaftsteuern ¹⁴	Mill. €
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	4 941,4	5 226,6	5 537,9	4 419,5	3 977,0	3 167,5	10 715,4	4 387,2	4 054,4
davon Lohnsteuer	Mill. €	3 230,5	3 437,8	3 569,9	3 440,3	3 384,4	3 178,5	5 313,0	3 726,5	3 494,7
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	813,8	881,1	977,2	194,8	77,4	- 58,5	3 027,1	212,4	140,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	355,8	395,5	446,3	195,4	489,2	91,1	505,2	300,3	146,9
Abgeltungsteuer	Mill. €	107,9	110,7	78,2	282,1	34,6	53,3	157,8	104,1	204,6
Körperschaftsteuer	Mill. €	433,4	401,5	466,3	306,9	- 8,8	- 96,9	1 712,3	43,9	67,9
Steuern vom Umsatz ¹⁵	Mill. €
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	2 065,9	2 110,0	2 306,8	2 536,3	2 992,2	2 454,5	2 373,4	2 350,4	3 237,9
Einfuhrumsatzsteuer ¹⁶	Mill. €
Bundessteuern ¹⁷	Mill. €
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €
Landessteuern	Mill. €	270,9	302,0	332,5	270,7	265,8	287,2	380,8	356,5	297,2
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	113,1	130,8	143,6	122,4	82,3	88,3	155,0	173,0	106,3
Grunderwerbsteuer	Mill. €	118,8	130,9	148,3	118,6	144,3	154,0	184,9	152,9	152,4
Biersteuer	Mill. €	12,9	13,1	12,9	12,3	10,2	11,5	11,2	10,9	9,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

13 Daten nach Revision und Wartezeit von drei Monaten.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2016				2017	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1, 2, 3}	Mill. €	861,6	888,0	958,0	.	.	.	3 087,2	.	.
darunter Grundsteuer A	Mill. €	7,0	7,1	7,0	.	.	.	18,9	.	.
Grundsteuer B	Mill. €	137,7	139,6	143,2	.	.	.	388,0	.	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	712,5	736,9	803,1	.	.	.	2 677,3	.	.
Steuereinnahmen des Bundes [*]	Mill. €									
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 953,5	2 074,8	2 205,0	1 708,0	1 516,0	1 142,2	4 518,4	1 684,9	1 523,5
Anteil an den Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €									
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6}	Mill. €	27,8	27,8	29,6	1,0	0,0	0,0	84,1	18,1	- 0,2
Steuereinnahmen des Landes [*]	Mill. €									
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 912,8	2 038,2	2 194,8	1 708,0	1 437,6	1 120,7	4 518,4	1 684,9	1 441,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €									
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6, 7}	Mill. €	104,5	104,4	111,4	65,4	66,0	27,3	316,1	- 31,5	94,2
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{2, 3, 4}	Mill. €	1 321,9	1 401,5	1 484,4				7 167,7		
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4, 8}	Mill. €	540,1	579,6	608,5	513,9	419,3	396,8	1 202,3	535,5	496,8
Anteil an den Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €	52,7	63,5	64,8				390,0		
Gewerbesteuer (netto) ^{1, 9}	Mill. €	580,2	603,3	662,5	.	.	.	1 810,9	.	.
Verdienste		2015	2016	2015	2016				2017	
		Jahreswert		1. Vj.	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
* Bruttonomonsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten										
Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	4 217	4 343	3 695	3 758	3 833	3 878	3 892	3 918	...
männlich	€	4 496	4 618	3 909	3 977	4 044	4 095	4 117	4 141	...
weiblich	€	3 540	3 663	3 180	3 222	3 312	3 338	3 339	3 366	...
Leistungsgruppe ^{1, 12}	€	8 275	8 349	6 791	6 898	6 927	7 013	7 067	7 097	...
Leistungsgruppe ^{2, 12}	€	5 045	5 128	4 387	4 467	4 493	4 544	4 599	4 614	...
Leistungsgruppe ^{3, 12}	€	3 353	3 426	3 027	3 092	3 100	3 154	3 178	3 194	...
Leistungsgruppe ^{4, 12}	€	2 793	2 801	2 535	2 600	2 568	2 605	2 625	2 633	...
Leistungsgruppe ^{5, 12}	€	2 206	2 292	2 063	2 101	2 162	2 188	2 166	2 168	...
Produzierendes Gewerbe	€	4 428	4 575	3 816	3 899	3 965	4 021	4 039	4 071	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 532	3 655	3 211	3 265	3 289	3 342	3 392	3 333	...
Verarbeitendes Gewerbe	€	4 632	4 776	3 969	4 036	4 112	4 157	4 166	4 207	...
Energieversorgung	€	5 069	5 154	4 441	4 485	4 516	4 543	4 600	4 610	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	3 447	3 491	3 180	3 207	3 231	3 241	3 278	3 232	...
Baugewerbe	€	3 336	3 480	2 904	3 171	3 104	3 293	3 340	3 322	...
Dienstleistungsbereich	€	4 070	4 181	3 611	3 659	3 743	3 778	3 789	3 812	...
Handel; Instandhaltung. u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	4 066	4 085	3 552	3 567	3 576	3 661	3 604	3 641	...
Verkehr und Lagerei	€	3 237	3 219	2 957	2 989	2 927	2 990	2 983	3 002	...
Gastgewerbe	€	2 439	2 481	2 304	2 342	2 354	2 367	2 369	2 410	...
Information und Kommunikation	€	(6 153)	5 786	5 060	5 195	5 060	5 107	5 187	5 210	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	5 703	5 813	4 746	4 750	4 853	4 830	4 917	4 973	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	4 417	4 798	3 848	3 894	4 121	4 222	4 233	4 244	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	5 391	5 489	4 606	4 633	4 752	4 741	4 711	4 763	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	2 501	2 700	2 324	2 397	2 548	2 568	2 564	2 557	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	3 711	3 810	3 460	3 492	3 552	3 583	3 641	3 655	...
Erziehung und Unterricht	€	4 505	4 564	4 185	4 214	4 266	4 319	4 342	4 335	...
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 805	3 916	3 509	3 583	3 597	3 628	3 668	3 691	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	3 952	4 065	3 589	3 614	3 676	3 675	3 714	3 740	...
		2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017		
		Durchschnitt ¹³					März	Januar	Februar	März
Preise										
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)										
Gesamtindex	%	104,3	105,8	106,6	107,0	107,6	107,4	108,1	108,8	109,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	106,0	109,6	110,7	112,3	113,1	113,2	115,1	116,9	115,5
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	105,5	108,0	110,3	113,6	116,6	115,2	117,4	117,3	117,6
Bekleidung und Schuhe	%	104,6	106,2	107,9	109,4	110,2	111,9	104,9	106,0	115,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	105,5	107,5	108,3	108,0	108,3	107,8	109,4	109,6	109,7
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	101,2	102,4	102,8	103,9	104,5	104,6	104,7	104,9	104,8
Gesundheitspflege	%	103,1	98,7	100,7	103,1	104,4	104,2	105,1	105,5	106,1
Verkehr	%	108,2	108,2	108,2	106,2	105,2	103,3	107,7	108,0	108,1
Nachrichtenübermittlung	%	94,8	93,4	92,3	91,2	90,3	90,7	90,1	90,0	89,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,6	103,2	104,4	104,7	105,7	107,9	104,2	106,9	107,0
Bildungswesen	%	102,8	97,3	76,8	78,5	80,5	80,1	81,6	81,6	82,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	102,5	105,2	108,1	111,0	112,9	112,1	113,6	113,6	113,6
Andere Waren und Dienstleistungen	%	102,8	104,2	106,1	107,6	109,7	109,1	108,6	108,9	109,1
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	102,5	103,6	104,9	106,2	107,6	108,0	106,9	107,9	108,0
Nettokaltmiete	%	102,7	104,0	105,6	107,2	108,9	108,3	109,9	110,1	110,3

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

- 1 Vj. Kassenstatistik.
2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

- 4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).
5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
7 Einschl. Erhöhungsbetrag.
8 Einschl. Zinsabschlag.
9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.
10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

- 11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.
12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.
13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2014	2015	2016			2017
		Durchschnitt ¹					Mai	August	Nov.	Februar
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2010 ± 100)										
Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	102,8	105,5	107,8	110,0	111,6	113,7	114,2	114,7	116,1
davon Rohbauarbeiten	%	103,2	106,0	107,9	109,8	110,8	112,8	113,4	113,7	115,0
Ausbauarbeiten	%	102,5	105,0	107,7	110,3	112,4	114,4	114,9	115,5	117,0
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	101,3	102,5	103,8	105,9	106,8	108,7	109,0	109,6	111,1
Bürogebäude	%	102,9	105,4	107,6	109,9	111,6	113,6	114,1	114,6	116,1
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	103,2	105,6	107,6	109,7	111,2	113,1	113,7	114,3	115,7
Straßenbau	%	102,3	105,5	107,8	109,2	109,2	109,1	110,4	111,1	111,5
							2015	2016		
							4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	206,57	225,40	223,59	234,86	235,17	226,62	238,82	224,51	240,11
Rohbauland	€	39,61	46,96	59,72	50,19	50,93	35,27	71,04	33,25	59,31
Sonstiges Bauland	€	42,56	57,33	61,06	67,30	68,30	70,99	74,67	106,75	82,43

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017		
		Durchschnitt ¹					März	Januar	Februar	März
Verbraucherpreisindex (2010 ± 100)										
Gesamtindex	%	104,1	105,7	106,6	106,9	107,4	107,3	108,1	108,8	109,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	106,3	110,4	111,5	112,3	113,2	113,5	115,8	117,7	116,0
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	104,8	107,0	110,3	113,4	116,0	114,6	117,0	117,0	116,8
Bekleidung und Schuhe	%	103,3	104,4	105,5	106,3	107,0	108,3	103,3	103,1	111,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	105,4	107,5	108,4	108,0	107,9	107,5	109,1	109,2	109,2
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	101,1	102,1	102,5	103,2	103,8	103,9	103,8	103,8	104,0
Gesundheitspflege	%	103,2	99,4	101,4	103,4	105,1	104,7	106,1	106,4	106,7
Verkehr	%	107,7	107,5	107,3	105,5	104,6	103,0	107,1	107,6	107,2
Nachrichtenübermittlung	%	94,8	93,4	92,3	91,2	90,3	90,7	90,1	90,0	89,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,6	103,1	104,4	105,0	106,1	108,2	104,8	107,4	107,5
Bildungswesen	%	94,0	95,1	93,1	92,8	94,4	94,2	95,1	95,2	95,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	103,6	106,0	108,2	111,0	113,2	112,6	114,1	114,4	114,6
Andere Waren und Dienstleistungen	%	102,6	104,3	106,1	107,2	109,2	108,5	108,5	108,7	108,9
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2010 ± 100)	%	108,7	105,9	103,6	100,9	97,8	96,5	102,2	102,9	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2010 ± 100)	%	104,9	104,3	104,0	104,9	104,0	103,6	105,8	106,0	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2010 ± 100)	%	107,0	106,9	105,8	103,9	102,1	101,2	104,1	104,3	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	105,8	104,6	103,5	102,3	100,8	100,1	102,8	103,4	...
Investitionsgüterproduzenten	%	102,2	103,0	103,5	104,2	104,8	104,6	105,4	105,5	...
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	106,3	108,4	109,0	108,1	108,8	108,1	110,6	110,6	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	103,3	104,3	105,7	107,1	108,4	108,2	109,1	109,3	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	106,8	109,0	109,5	108,3	108,8	108,1	110,8	110,8	...
Energie	%	113,0	112,0	108,5	102,6	96,6	94,9	100,0	99,8	...
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2010 ± 100)	%	119,4	120,7	111,1	106,9	106,6p	106,6p	114,8p	116,2p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	126,4	120,2	103,8	114,3	117,1p	124,0	124,2p	127,6p	...
Tierische Erzeugung	%	114,9	121,1	115,9	102,1	99,7p	95,2p	108,7p	108,8p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2010 ± 100)	%	108,0	107,4	106,1	104,8	103,8	102,5	106,8	107,3	107,3
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	107,7	111,5	111,8	112,9	114,4	113,8	115,4	116,8	115,8
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	%	121,3	115,8	110,2	95,0	86,0	81,2	96,4	96,1	94,9
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2010 ± 100)	%	103,3	104,4	105,0	105,3	105,9	105,6	106,8	107,3	107,8
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	104,6	107,2	108,3	108,8	109,4	109,4	110,8	111,7	111,5
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	105,7	108,8	110,1	111,8	113,4	113,0	114,8	115,9	114,9
Kraftfahrzeughandel	%	101,9	101,8	102,1	103,0	104,1	103,8	104,7	105,0	105,1

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

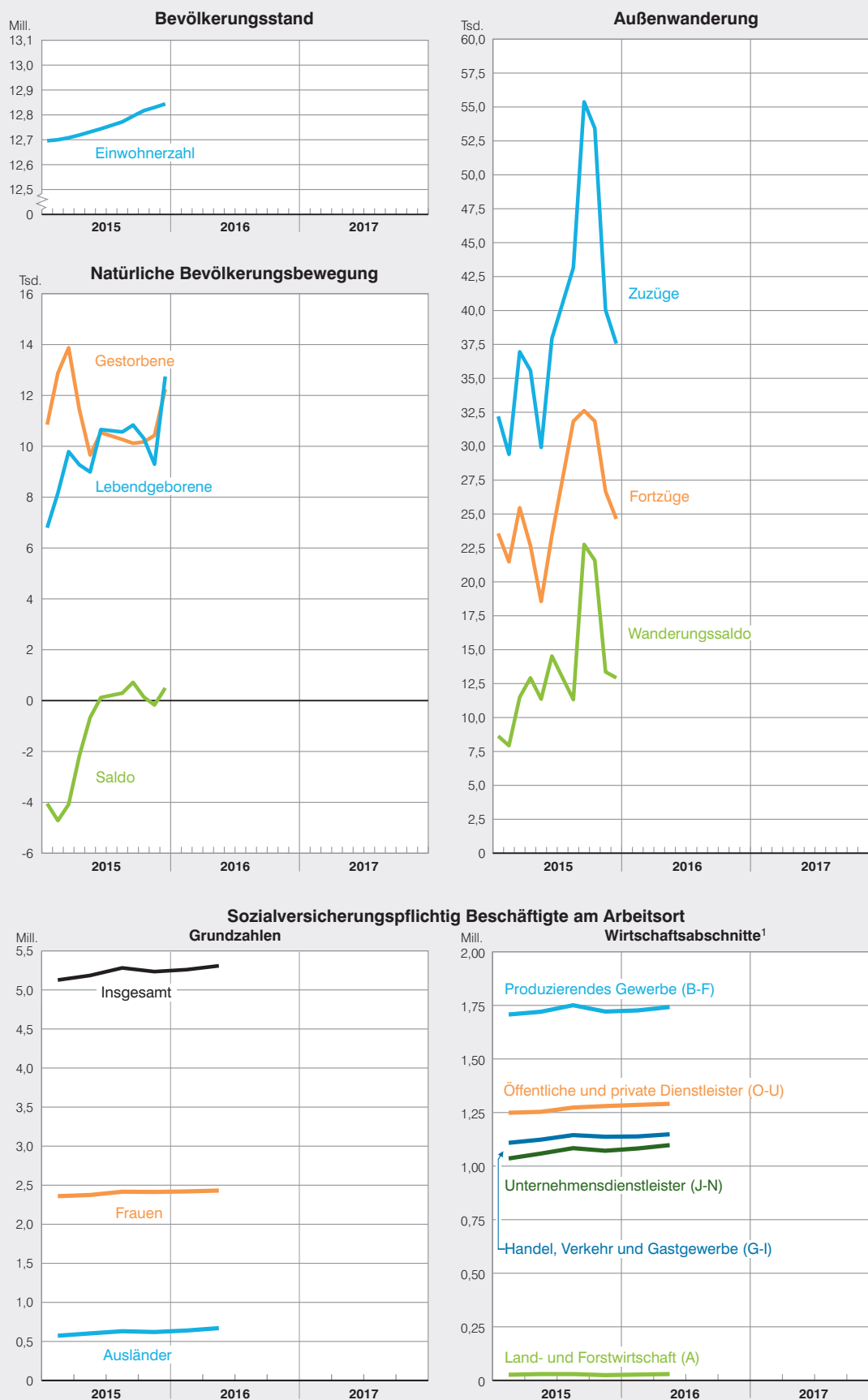
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

2 Einschl. Mehrwertsteuer.

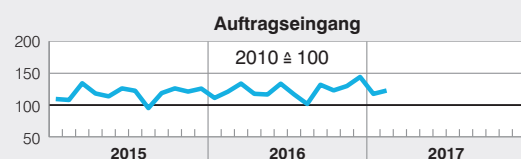
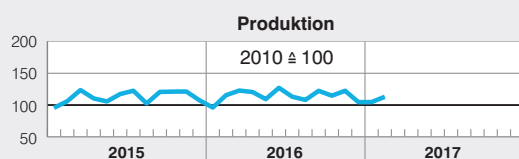
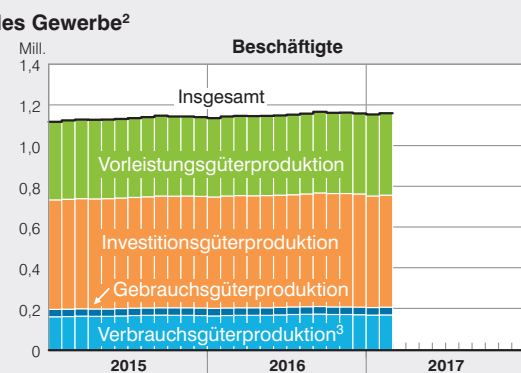
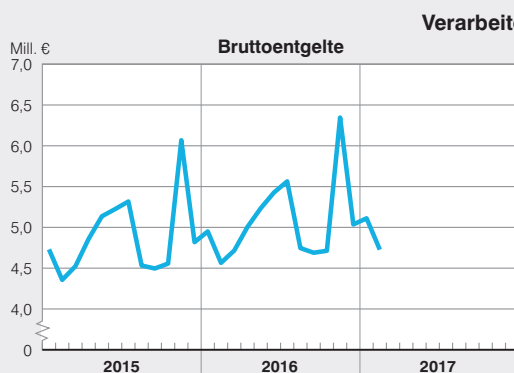
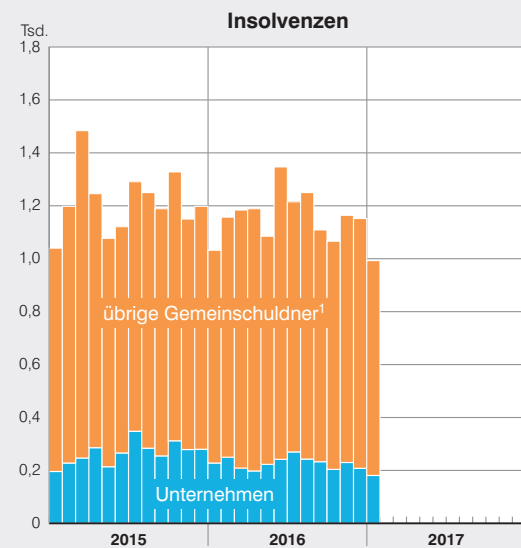
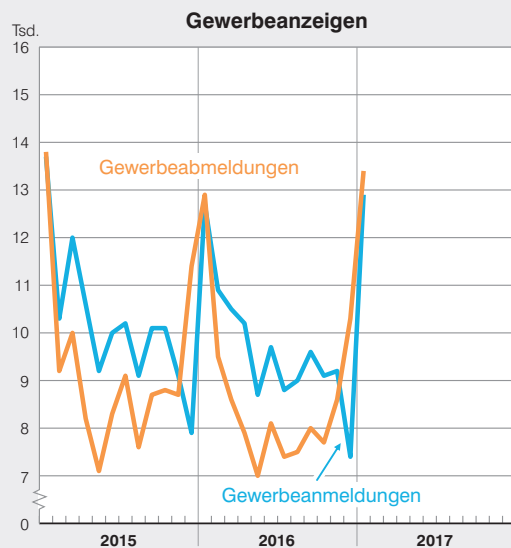
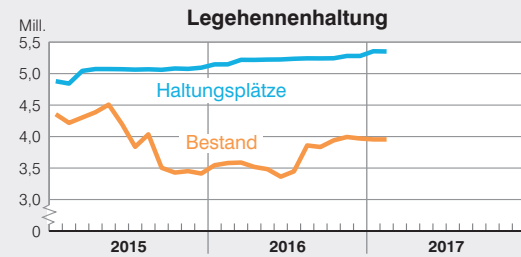
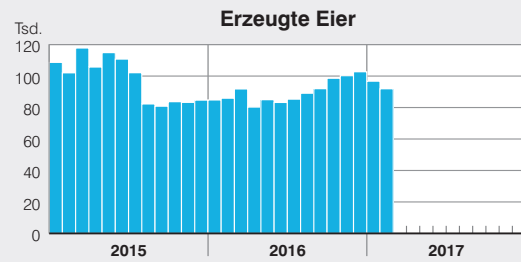
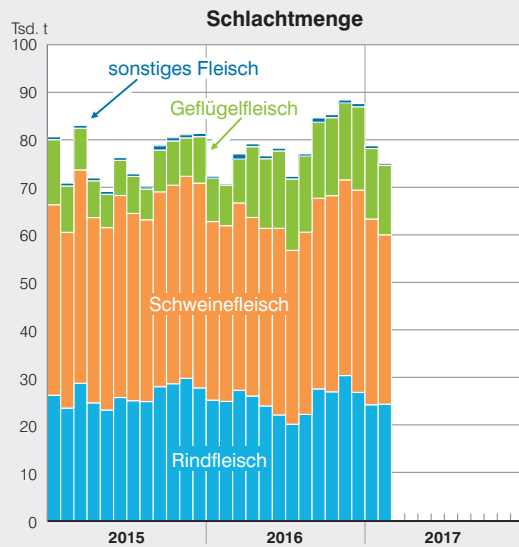
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

4 Ohne Mehrwertsteuer.

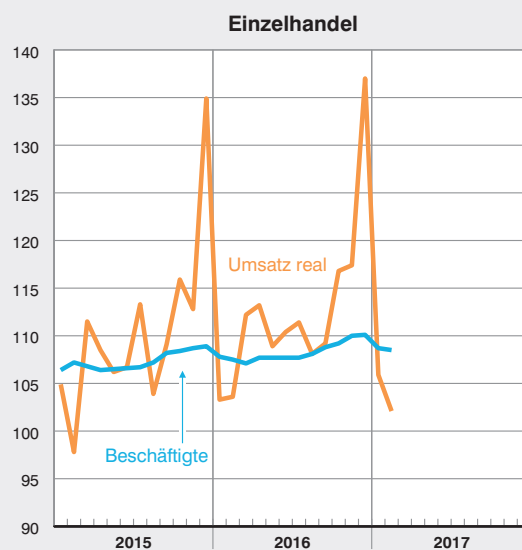
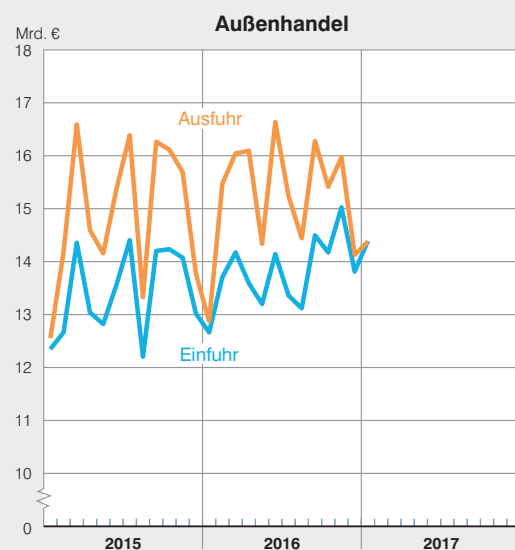
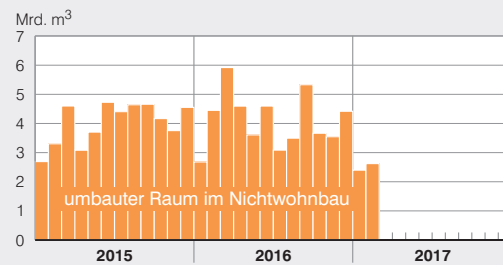
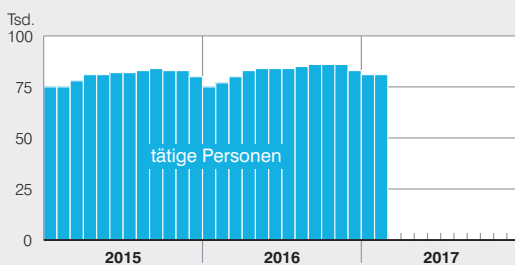
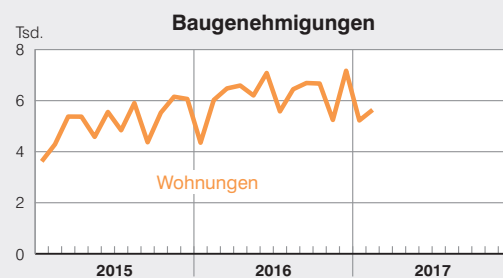
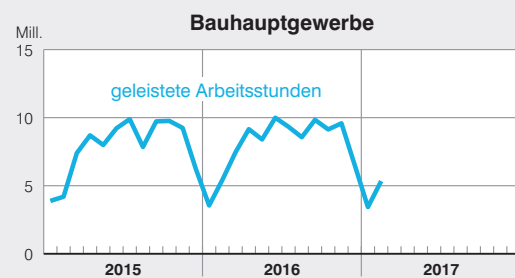
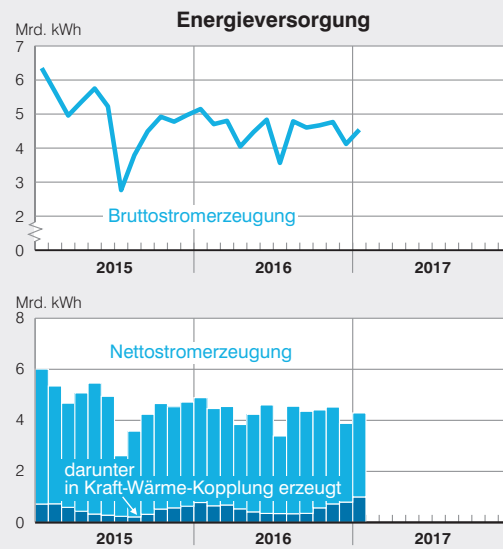
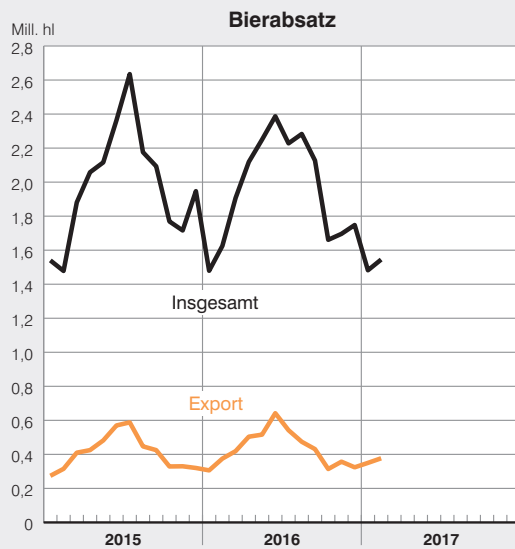
Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

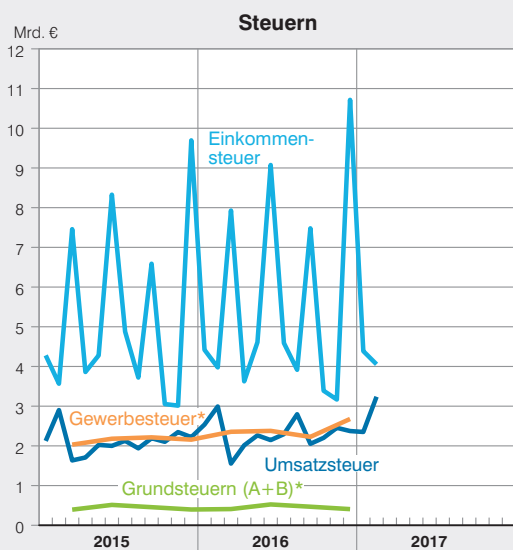
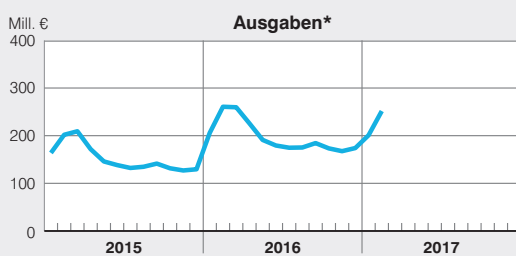
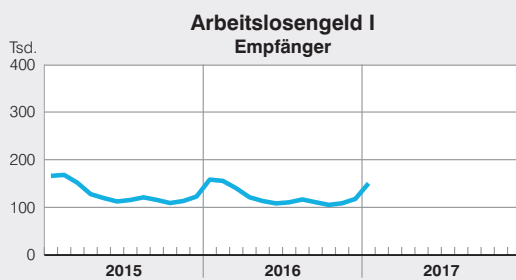
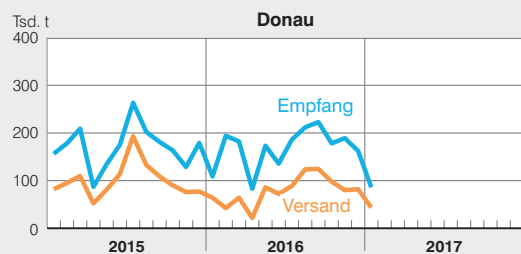
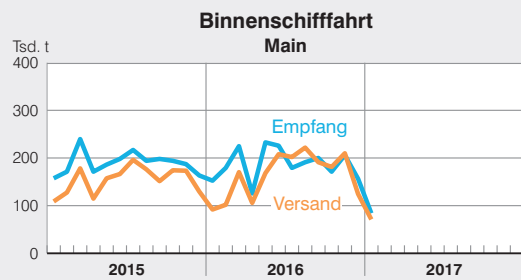
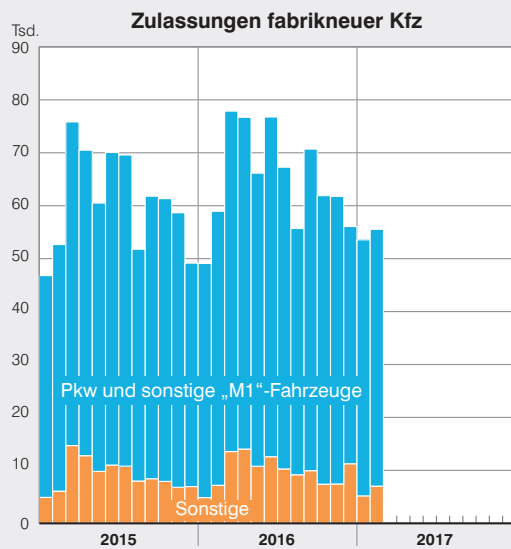
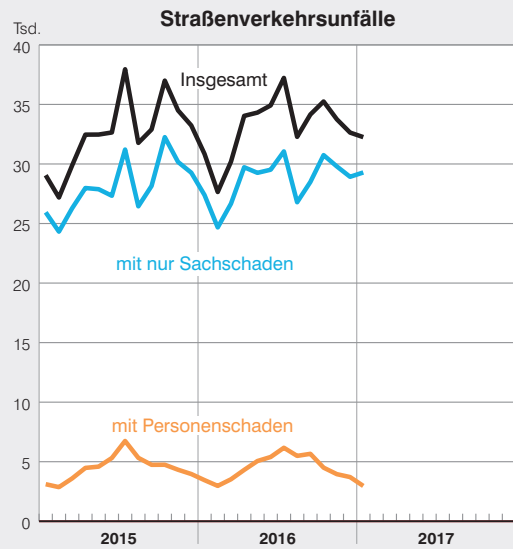
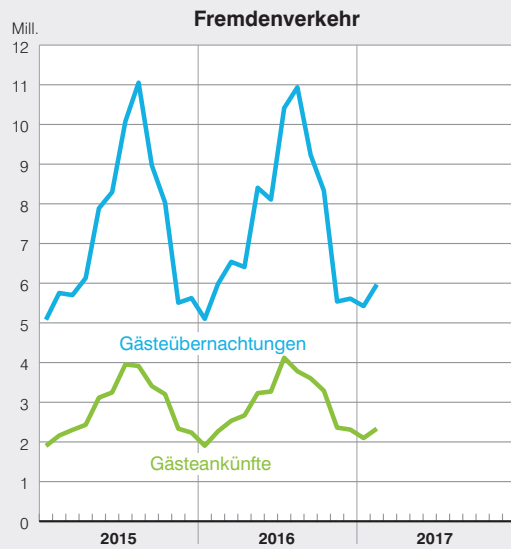


¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).



1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
2 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
3 Einschließlich Energie.

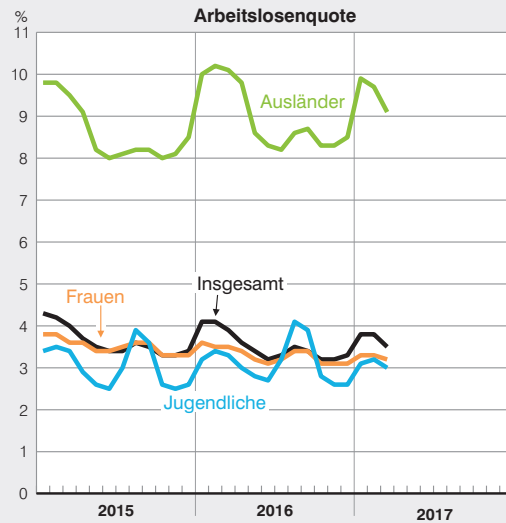
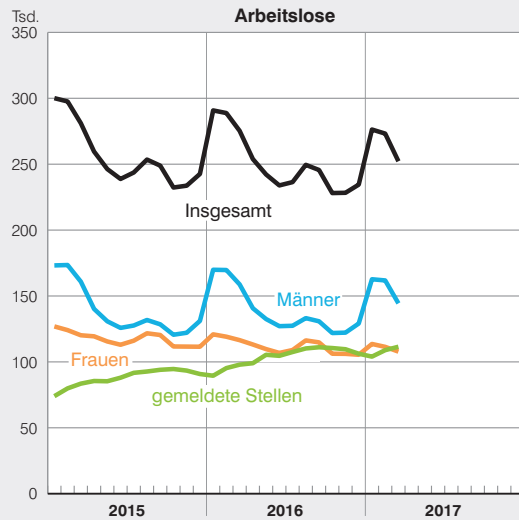




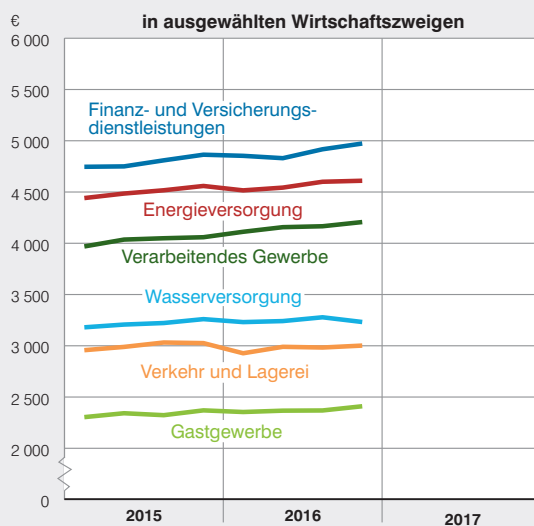
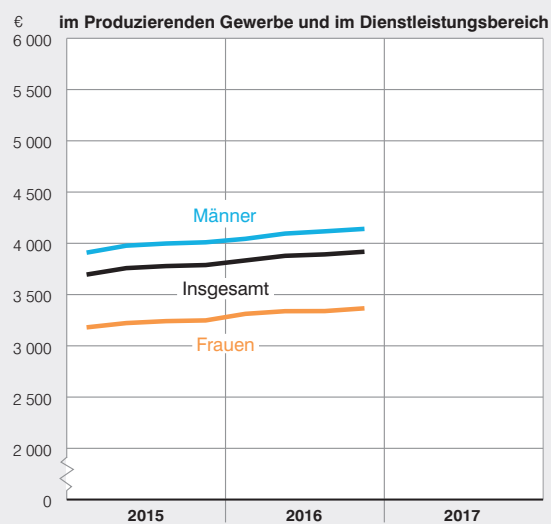
* ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

* Quartalswerte.

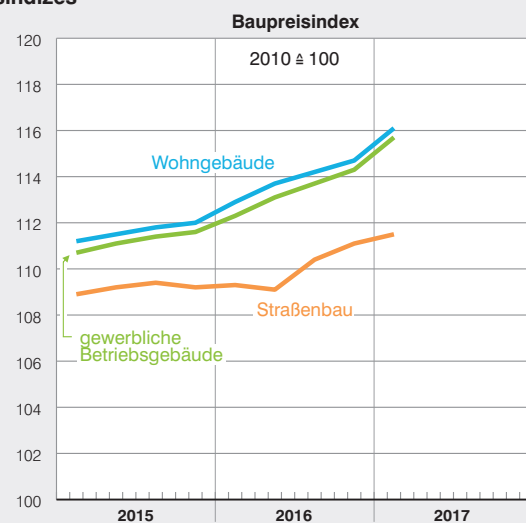
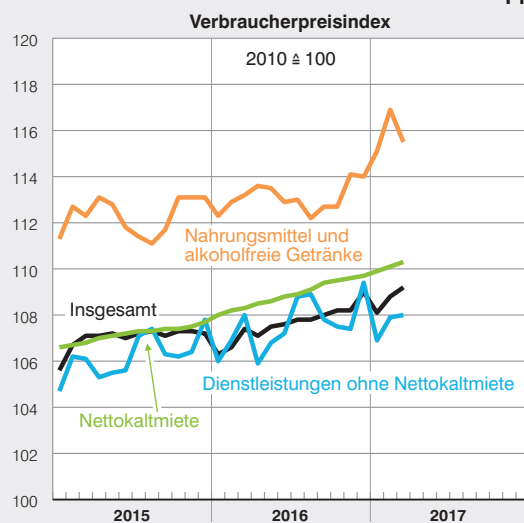
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Statistische Berichte

Erwachsenenbildung

- Erwachsenenbildung in Bayern 2014

Rechtspflege

- Tätigkeit der Sozialgerichte in Bayern 2016
- Tätigkeit der Verwaltungsgerichte in Bayern 2016
- Tätigkeit der Arbeitsgerichte in Bayern 2016

Wahlen

- Wahl zum 19. Deutschen Bundestag in Bayern am 24. September 2017
Vergleichszahlen, Abgeordnete
- Wahl zum 19. Deutschen Bundestag in Bayern am 24. September 2017
Wahlleiter

Viehwirtschaft

- Viehbestände in Bayern 2016

Gewerbeanzeigen

- Gewerbeanzeigen in Bayern im Januar 2016
- Gewerbeanzeigen in Bayern 2016
- Insolvenzverfahren in Bayern 2016

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Januar 2017 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Januar 2017 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), Basisjahr 2010
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Januar 2017, Basisjahr 2010

Baugewerbe (Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe)

- Bauhauptgewerbe in Bayern im Januar 2017
- Bauhauptgewerbe in Bayern 2016
Endgültige Ergebnisse für das Jahr 2016

Energie- und Wasserversorgung

- Energiewirtschaft in Bayern
Teil I: Monatsergebnisse – 4. Quartal 2016

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Januar 2017
- Baugenehmigungen in Bayern im Dezember 2016
- Baugenehmigungen in Bayern 2016

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Januar 2017

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Dezember 2016
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Januar 2017
- Tourismus in Bayern im Dezember 2016 und im Jahr 2016
- Tourismus in Bayern im Januar 2017
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Januar 2017

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Dezember 2016
Ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats

Schiffsverkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im Dezember 2016

Preise- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern im Februar 2017 sowie Jahreswerte von 2014 bis 2016 mit tiefgegliederten Ergebnissen nach Gruppen- und Untergruppen
- Verbraucherpreisindex für Bayern im Januar 2017
Monatliche Indexwerte von Januar 2012 bis Februar 2017 (mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen)
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im Februar 2017

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

- Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Bayern im 4. Quartal 2016

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder

- Bruttoinlandsprodukt in Bayern im Jahr 2016

Abfallwirtschaft, Recycling

- Abfallwirtschaft in Bayern 2013

Querschnittsveröffentlichungen

- Gemeindedaten für Bayern 2016

Verzeichnisse

- Gemeindeschlüsselverzeichnis für Bayern
Stand 1. Januar 2017

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis ist im Internet als Datei verfügbar, kann aber auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Kostenlos

ist der Download der meisten Veröffentlichungen, z.B. von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig

sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (z.B. von Verzeichnissen, von Beiträgen, vom Jahrbuch).

Newsletter Veröffentlichungen

Die Themenbereiche können individuell ausgewählt werden. Über Neuerscheinungen wird aktuell informiert.

Webshop

Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Aktuelle
Veröffentlichungen

unter

q.bayern.de/webshop



Bibliothek des Bayerischen Landesamts für Statistik

Die Bibliothek des Bayerischen Landesamts für Statistik ist eine der ältesten und größten statistischen Spezialbibliotheken in Deutschland mit einem Präsenzbestand von derzeit mehr als 120 000 Bänden und 120 laufenden Fachzeitschriften. Eine besondere Spezialität ist der reichhaltige Altbestand aus dem 19. Jahrhundert – eine Fundgrube statistischer Kostbarkeiten.

Neben dieser historischen Statistiksammlung besitzt die Bibliothek die einschlägigen Quellenwerke der amtlichen Statistik des In- und Auslands, Statistiken anderer nichtamtlicher Institutionen,

Literatur zu statistischen Methoden, Standardwerke der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie die wichtigsten Zeitschriften zur Informations- und Kommunikationstechnik.

Online- und Karten-Kataloge sowie eine kompetente Beratung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bibliothek erleichtern die Literaturrecherche. Jedes Buch der Präsenzbibliothek ist sofort verfügbar. Ein kleiner Lesesaal mit Kopiermöglichkeit bietet Platz zum Arbeiten. Anfragen werden gerne per E-Mail, Telefon, Fax oder Post entgegengenommen.



Bayerisches Landesamt für Statistik – Bibliothek, St.-Martin-Straße 47, 81541 München
Öffnungszeiten der Bibliothek: Montag bis Freitag 9:00–12:00 Uhr sowie nach Vereinbarung
Telefon 089 2119-3337 | Telefax 089 2119-3843 | bibliothek@statistik.bayern.de